Montag, 18. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,30 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 89 - 16. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Sagt Kohl die Begegnung mit Mittag ab?

hrk./DW. Berlin/Bonn

Der tödliche Zwischenfall am Grenzübergang *Drewitz* hat die für heute geplante Begegnung in Bonn zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem für Wirtschaftsfragen zuständigen SED-Politbüro-*Mitglied Günter Mittag* in Frage gestellt. Nach Informationen der „Bild"-Zeitung soll Kohl nur dann bereit sein, Mittag zu empfangen, wenn die „DDR" zuvor oder durch Mittag selbst ein Wort des Bedauerns über den mysteriösen Tod des aus Niedersachsen stammenden Berufskraftfahrers Rudolf Burkert ausspricht. *Mittag* hält sich seit gestern abend in Bonn auf. Burkert war, wie erst am Wochenende bekannt wurde, am 10. April bei einer Vernehmung durch „DDR"-Grenzer tot zusammengebrochen. Gerichtsmediziner in Hamburg, die die Leiche nach ihrer Überführung untersuchten, schließen nicht aus, daß Burkert mit Fäusten geschlagen wurde. Am vergangenen Dienstag hatte die „DDR" die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin unterrichtet. Ost-Berlin weigerte sich bislang, aber, Details des Hergangs mitzuteilen. Seiten 2 und 4

KPdSU rügt mangelnde Koordination

rtr. Moskau

Die sowjetische Parteiführung hat eigenmächtige Änderungen an den Planvorhaben der Industrie bemängelt und fünf Ministerien ausdrücklich kritisiert. In einer vom Parteiorgan „Prawda" veröffentlichten *Direktive* des Zentralkomitees der KPdSU heißt es, es gebe zuviele Fälle von „Korrekturen" an den Zielvorgaben, um diese dann leichter erfüllen zu können. Einige Industriesektoren würden ihre Liefertermine nicht einhalten und so Kettenreaktionen auslösen. Vertragsverletzungen stellte das ZK bei den *Ministerien* für schweren Maschinenbau und Transport, für Chemie, für Kraftwerksmaschinen, für die Papier- und Holzverarbeitung sowie beim Ministerium für Nicht-Eisen-Metalle fest. Die Änderungen von Jahres- oder Quartals-Plänen seien oft ohne Rücksicht auf nachfolgende Industriezweige vorgenommen worden, so daß die wirtschaftliche Kette zwischen Betrieben unterbrochen wurde. Westliche Beobachter sehen darin eine Fortsetzung der Kampagne von Parteichef Andropow gegen Korruption und Ineffektivität in der Wirtschaft.

ZITAT DES TAGES



„Die Forderung nach Abrüstung nur im Westen ist eben nicht die halbe Erfüllung unserer Forderung nach Abrüstung in Ost und West; sie ist das glatte Gegenteil."

Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, vor Gewerkschaftern in *Radolfzell*. FOTO: SVEN SIMON

Der Richtungsstreit in der SPD spitzt sich weiter zu

Vogel fürchtet eine Fortsetzung des Negativtrends in der Wählergunst

DW. Bonn

Im Richtungskampf der SPD melden sich jetzt immer mehr Politiker zu Wort, die offen die Frage stellen, ob die Partei die Verbindung mit dem Bewußtsein der breiten Wählerschichten verloren habe. Aus dem Gewerkschaftslager wird verstärkt eine Orientierung auf die Arbeitnehmer hin verlangt. Von der sozialdemokratischen Fraktionsführung im Bundestag wurde eine Zusammenarbeit mit den Grünen, eine der großen Ängste vornehmlich unter der SPD-Arbeitnehmerschaft, aber nicht definitiv ausgeschlossen.

Der Oppositionsführer im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, befürwortete auf dem Parteitag der bayerischen SPD in Nürnberg eine „Verbindung zwischen Kontinuität und Perspektive", wie sie das Dortmunder Programm beschrieben habe. Vogel: „Wir dürfen jetzt nicht einknicken und fortschrittliche Positionen des Programms in *dem Bestreben preisgeben, uns* der Linie der Union anzupassen. Wir dürfen aber auch nicht die Verbindung mit dem Bewußtsein und dem Lebensgefühl der breiten Schichten unseres Volkes verlieren und dadurch in eine Isolierung geraten, die uns die Rückeroberung der politischen Macht auf absehbare Zeit unmöglich macht." Vogel bereitete die Delegierten darauf vor: Die SPD müsse möglicherweise sogar mit einem weiteren Rückgang an Wählern rechnen.

Vogel gab deshalb die Parole aus, im „sozialen Geflecht der Verbände und Institutionen" wieder Fuß zu fassen. Ausdrücklich erwähnte er dabei die Kirchen. Nach seiner Einschätzung ist in vielen Fällen die inhaltliche Distanz zwischen Kirchen und großen Teilen der Union größer als zwischen Kirchen und SPD". Die „Friedensbewegung" bezeichnete er als „Bundesgenossen" der SPD, er rief sie aber eindringlich zur Gewaltlosigkeit auf.

Eine gelegentliche Zusammenarbeit mit den Grünen deutete Vogels Stellvertreter, Wolfgang Roth, an. Da der Kurs der Grünen noch nicht bekannt sei, könnten sich die *Sozialdemokraten in ihrem* Verhalten zur zweiten Oppositionspartei im Bundestag noch nicht endgültig festlegen, sagte Roth im Hessischen Rundfunk. In Bereichen, in denen die Grünen „Unfug" machten, müßten sie aber hart angegriffen werden.

Die Forderung nach einer stärkeren Orientierung an den Arbeitnehmern war – nach dem IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe – unter anderem vom nordrhein-westfälischen DGB-Vorsitzenden Michael Geuenich artikuliert worden. Er widersprach in Hagen dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau, wonach die SPD die Mittelschichten zu wenig angesprochen hatte. Geuenich: „Die Anbindung des kleinen und mittleren Unternehmers bei gleichzeitigem Erhalt der Stammwählerschaft ist gerade in Krisenzeiten fast unmöglich."

In der Sicherheitspolitik trat Vogel ebenso wie der bayerische SPD-Vorsitzende Helmut Rothemund der Befürchtung entgegen, daß in der SPD die NATO-Mitgliedschaft in Frage gestellt werde. Oskar Lafontaine, auf den diese Replik gemünzt war, setzte zur *gleichen Zeit im* „Spiegel" seine massiven Attacken gegen die Politik der USA fort. Er warf ihnen eine „Enthauptungsstrategie" vor und lehnte eine Stationierung amerikanischer Pershing 2 ab.

Moskau-Reise: Reagan stützt Kohls Plan

Will auch der US-Präsident Andropow treffen? / Bilanz des Amerika-Besuchs des Kanzlers

BERNT CONRAD, Bonn

Nach den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan zeichnet *sich* eine westliche Strategie ab, zu deren Bestandteilen zusätzliche Ost-West-Kontakte und die angestrebte europäische Abrüstungskonferenz (KAE) ebenso gehören wie die konsequente Verwirklichung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses: sowjetisch-amerikanische Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) und – gegebenenfalls – Nachrüstung.

Zur Unterstützung der Genfer INF-Verhandlungen, aber gleichzeitig auch mit dem Blick auf den Widerstand der Linken gegen die Pershing-Stationierung, will Kohl „*in den letzten Tagen* vor der Sommerpause" zu Gesprächen mit dem sowjetischen Generalsekretär Jurij Andropow nach Moskau reisen. Präsident Reagan ist mit diesem Plan einverstanden. „Ich glaube, es wird eine wichtige Botschaft für die Sowjetunion, daß der Westen, daß die europäischen Regierungen in der NATO und die Amerikaner in dieser Frage (NATO-Doppelbeschluß) so einig sind wie selten zuvor", sagte der Kanzler dazu gestern im ZDF.

Deutsche Gesprächsteilnehmer gewannen den Eindruck, daß auch Reagan jetzt eher als früher bereit wäre, sich mit Andropow zu treffen, wenn die politischen Umstände, die Erfolgsaussichten und die Terminplanung dies zuließen. Der Präsident widersprach jedenfalls nicht, als Kohl zum Abschluß des Treffens im Weißen Haus sagte: „Wir sind uns einig, daß persönliche Kontakte mit der sowjetischen Führung wichtig bleiben. Wir wollen in unserem gemeinsamen Bemühen *fortfahren, durch Dialog* und Zusammenarbeit zu konstruktiven Beziehungen zwischen Ost und West zu gelangen, wo immer die Sowjetunion dies möglich macht."

SEITE 3:
Beifall für die neue Bonner Tonart
SEITE 4:
Wie die USA den Besuch des Kanzlers bewerten

Ebenso wie solche Kontakte hätte eine europäische Abrüstungskonferenz nach Ansicht Kohls und seines Außenministers Hans-Dietrich Genscher einen beruhigenden Effekt auf die von den Nachrüstungsgegnern betriebene Verunsicherung der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Deshalb haben Kohl und Genscher den Amerikanern dargelegt, wie wichtig es sei, möglichst bald das KSZE-Folgetreffen abzuschließen, damit es noch in diesem Jahr zu der sechs Monate nach dem Ende in Madrid geplanten europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm kommen könne.

Ein Beginn der KAE noch im Jahre 1983 mit den dort auf der Tagesordnung stehenden vertrauensbildenden Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural könnte nach Bonner Auffassung angesichts der wahrscheinlich parallel dazu stattfindenden westlichen Nachrüstung auch zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses beitragen. „Diesen zeitlichen Zusammenhang sieht man jetzt auch in Amerika", hieß es in der Umgebung Kohls.

Generell zog Außenminister Genscher gestern die Bilanz: „Der Besuch in Washington war eine besonders wichtige Demonstration des Willens der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung zu enger Zusammenarbeit in einer ganz entscheidenden Phase des West-Ost-Verhältnisses."

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, äußerte demgegenüber im ZDF „leichte Zweifel", ob Kohl die deutschen Interessen in Washington mit genügendem Nachdruck vorgebracht habe.

DER KOMMENTAR

Warn-Schüsse

ENNO v. LOEWENSTERN

Es hätte ja sein können, daß irgendein unaufmerksamer Beobachter nicht darauf gekommen wäre, den ausgerechnet jetzt gemeldeten chinesischen Gegenschlag auf angeblich vietnamesische Provokationen mit der soeben angelaufenen vietnamesischen Offensive in Kambodscha in Verbindung zu bringen. So schlingt sich die Pekinger „Volkszeitung" verbal um sich selber, um den Zusammenhang herzustellen: die nunmehr zu ahndenden Übergriffe der Vietnamesen hätten dem Zweck gedient, chinesische Kräfte zu binden und China daran zu hindern, „den gerechten Kampf der Völker Kambodschas und Thailands zu unterstützen".

Wenn die Vietnamesen tatsächlich dergleichen getrieben hätten, so hätte das ihrer vielgerühmten jahrzehntelangen Kriegserfahrung hohngesprochen. Denn dann hätten sie sogar bewußt die Chinesen gereizt und ihnen einen Kriegsgrund geliefert, um die Guerrilla in Kambodscha zu entlasten, wie einst im Februar *1979. Tatsächlich hat China* offenbar genau dies vor, und es läßt dies alle Welt wissen.

Die unverblümte Parallele erinnert aber auch daran, daß die Sowjets es damals hinnahmen, wie ihr militanter Verbündeter bei der militärischen Expansion gestört wurde.

Zwar gab es sowjetische Drohungen gegen China, aber ihnen ist eben nicht die Tat gefolgt. Vielmehr haben die Sowjets sich seither verzweifelt darum bemüht, einen Ausgleich mit China zu arrangieren. Der hätte, selbst wenn er nur optisch gelungen wäre, zumindest im stets nervösen Westen das Horrorbild einer entlasteten, nur noch gegen Europa und Amerika gerichteten Sowjetmacht erzeugen und die kambodschanischen Widerstandskämpfer ebenso wie die Asean-Staaten entmutigen können.

China jedoch hat die sowjetischen Avancen bei aller gelassenen Hinnahme mit jenen vier Bedingungen beantwortet, zu denen das Ende der vietnamesischen Aggression in Kambodscha gehörte. In westlichen Kreisen pflegte man Äußerungen dieser Art, wenn sie *nicht* ins „Entspannungs"-Bild passen, als Selbstzweck und Propaganda nach innen abzutun. Vielleicht hat man diese Deutung auch intern in Hanoi riskiert. Die Kanonen von Yunnan jedenfalls haben alle Illusionen zerstört. *China macht Ernst*, wieder einmal. Und wieder steht Moskau auf dem Prüfstand. Es gibt Krisenherde außerhalb von Nachrüstung und Nahost, die weder von westlicher Verdrängungssucht noch von westlicher Lust am Nachgeben beeinflußbar sind.

Chinesische Gegenangriffe auf Vietnam

AFP/AP, Peking

China hat gestern Vietnam wissen lassen, daß es entschlossen sei, „auf die unerträglichen vietnamesischen Provokationen der letzten Wochen" an der gemeinsamen Grenze zu antworten. In scharfem Ton schreibt das chinesische Parteiorgan „Volkszeitung", die chinesischen Grenzwachen hätten das absolute Recht und die Pflicht, auf vietnamesische Angriffe zu antworten. Die „bewaffneten vietnamesischen Provokationen" der vergangenen Wochen hätten „unerträgliche Ausmaße" angenommen. Die Regierung in Peking fordere die „sofortige Einstellung" dieser Handlungen.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete gestern, chinesische Grenzsoldaten hätten am Samstag und Sonntag mit Artilleriefeuer auf „bewaffnete Provokationen" Vietnams in der autonomen Region Guangxi geantwortet. Dazu meint die „Volkszeitung", die „Gegenangriffe" der chinesischen Grenzsoldaten stellten „einen energischen Schlag gegen die Arroganz der *vietnamesischen Regierung* sowie eine ernste Warnung gegen ihre Hegemoniebestrebungen in der Region dar".

Der Artilleriebeschuß hatte nach chinesischen Angaben am Samstagmorgen (Ortszeit) begonnen.

Die Spannungen an der Grenze haben sich in den vergangenen Wochen verschärft. Bereits am vergangenen Sonntag hatte Peking bei der vietnamesischen Regierung formell protestiert. Die Regierung in Hanoi hat ihrerseits China bewaffneter Provokationen an der gemeinsamen Grenze beschuldigt. Zugleich setzte Hanoi seine Offensive in Kambodscha fort.

30 Anhänger der „Solidarität" verhaftet

AP/AFP, Warschau

Das polnische Militärregime hat zu einem neuen Schlag gegen Anhänger der im Untergrund operie*renden Führung der verbotenen* Gewerkschaft „Solidarität" ausgeholt. Wie das polnische Fernsehen meldete, sind in mehreren Großstädten mehr als 30 Personen festgenommen sowie Sendeanlagen und Druckerpressen beschlagnahmt worden.

Unter den Festgenommenen sind zwei Mitglieder des früheren Gewerkschaftsvorstandes, Jerzy Jastrzebowski und Zbigniew Belz, jedoch keines der fünf Mitglieder des Provisorischen Koordinierungsausschusses der Untergrund-„Solidarität". Nach Angaben des Fernsehens wurde in einer War*schauer Wohnung* ein modernes Sendegerät westlicher Herkunft gefunden. Dort hielt sich auch der seit Verhängung des Kriegsrechts untergetauchte Koordinator von „Radio Solidarnosc", Jastrzebowski, auf.

Der Sender war am Freitag wenige Minuten in Warschau auf UKW zu hören und wurde dann von einem Störsender mit Popmusik überlagert. „Radio Solidarnosc" warf dem Militärregime vor, der Bevölkerung den „großen Prozeß" zu verheimlichen, der „auf dem internationalen Schauplatz" der Kaste der jetzigen Machthaber Polens gemacht wird. Festnahmen und die Beschlagnahme von Druckmaschinen wurden auch aus Landsberg, Plock, Krakau, Breslau, Kattowitz, Lublin und Rzeszow gemeldet.

Das Innenministerium hat jetzt auch dem Verband der bildenden Künstler die Auflösung angedroht.

WIRTSCHAFT

Kritik an Subventionen

DW. Bonn

Scharfe Kritik an der ausufernden staatlichen Subventionierung von Industrie in den Ländern der EG hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, geübt. In einem Vortrag in Paris sagte Wolff, zum Teil seien in den vergangenen Jahren angepaßte und gut strukturierte Unternehmen in verschiedenen EG-Ländern durch dauerhafte und wachsende Staatshilfen an marktschwache Firmen in Partnerstaaten wettbewerbsunfähig gemacht worden. Subventionen seien die schlimmste Form des Protektionismus, nicht zuletzt weil eine Subvention in einem Land gleich Nachfolger in anderen Ländern finde, sagte Wolff. Seite 9

VW und Audi teurer

dos. Wolfsburg

Die Volkswagenwerk AG erhöht mit Wirkung vom heutigen Montag die Inlandspreise für die Pkw-Modelle um durchschnittlich 2,8 Prozent. Nach Angaben des Unternehmens sind von dieser Maßnahme nicht berührt die Lasttransporter-Reihe und der VW-Käfer, dessen Preis im Januar um 500 Mark gesenkt worden war. So beträgt jetzt der unverbindlich empfohlene Preis zum Beispiel für den Polo 12 125 (bisher 11 709) Mark, den Golf 12 945 (12 590) Mark, den Scirocco 18 705 (18 070) Mark, den Audi 100 22 215 (21 600) Mark und den Audi Quattro 63 720 (61 955) Mark. Vor VW hatte BMW bereits im Februar seine Preise erhöht.

Verstaatlichung?

dpa, Bonn

Die Übernahme der bislang privat betriebenen Beseitigung chemischer Industrieabfälle in staatliche Regie hat der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, zur Diskussion gestellt. Unter Hinweis auf die vergebliche Suche nach den Giftmüllfässern aus Seveso sagte Hirsch am *Wochenende in einem Rundfunkinterview*, es sei nicht auszuschließen, „daß wir allmählich vor die Alternative gestellt werden, ob man die Abfallbeseitigung Privaten überlassen kann, wenn die Chemie nicht von sich aus mehr tut, um das Entstehen gefährlicher Abfälle überhaupt zu vermeiden".

Türkei: Bankreform

SAD, Ankara

In der Türkei soll das Bankwesen gründlich reformiert werden. Finanzminister Kafaoglu hat Vertreter der 45 im Lande operierenden Banken zur Bildung einer Kommission aufgefordert, die in direkten Gesprächen mit ihm den Entwurf für ein neues Bankgesetz ausarbeiten soll. Seite 10

WETTER

Sehr mild

DW. Essen

Im Südwesten und Nordwesten wechselnd bewölkt und zeitweise leichter Regen, im übrigen Bundesgebiet und Berlin sonnig und trocken. Temperaturen bis über 20 Grad.

Vogel will Klärung

lz. Nürnberg

Die SPD wird im Bundestag die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Affäre um die Flick-Spenden beantragen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel kündigte gestern auf dem bayerischen SPD-Landesparteitag in Nürnberg an, seine Fraktion werde „in Bälde" einen entsprechenden Antrag stellen. Vogel hält die Klärung der Vorwürfe aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit für unerläßlich. Den Eindruck, den die bisherigen Veröffentlichungen hervorgerufen haben, nannte er „verheerend".

Angebot an Khomeini

AFP, Manama

Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein hat den iranischen Revolutionsführer Khomeini zu einer Begegnung aufgefordert, um den seit zweieinhalb Jahren andauernden Krieg zwischen beiden Staaten zu beenden. Vor dem in Bagdad tagenden Islamischen Volkskongreß teilte Hussein außerdem mit, er werde alle Resolutionen des Kongresses befolgen, „selbst wenn diese von den Positionen Iraks abweichen". An der Veranstaltung nehmen 280 Theologen und Schriftsteller aus 50 islamischen Ländern teil.

Treffen in Straßburg

rtr. Straßburg

Die Außenminister der Türkei und Griechenlands wollen sich am 27. April in Straßburg treffen, um Möglichkeiten zum Abbau der Spannungen zwischen beiden Ländern zu erörtern. Dies teilte gestern ein Sprecher des Außenministeriums in Ankara mit. Strittig zwischen den beiden Staaten, die der NATO angehören, sind vor allem das Zypern-Problem sowie Fragen über Hoheitsrechte in der Ägäis.

Budapest warnt die Kritiker des Regimes

AP, Budapest

Das Zentralkomitee der ungarischen Kommunisten hat die kleine Gruppe aktiver Systemgegner im Lande verwarnt. Die Debatten in jenen Kreisen zeigten gelegentlich „einen Mangel an Verständis" und mitunter eine „verzerrte und einseitige Auffassung der aktuellen Probleme in unserer Gesellschaft", erklärte das ZK.

„Das Zentralkomitee und die ungarische Regierung verurteilten mit äußerster Entschlossenheit jegliches Kundtun eines bürgerlichen Nationalismus", hieß es in dem Dokument weiter. Die Partei beabsichtigte, „die Disziplin auf jeder Ebene zu festigen".

Das Zentralkomitee bekräftigte gleichzeitig die Fortsetzung des bisherigen Wirtschaftskurses, bei dem auch weiter innerhalb des zentralen Planungssystems „die aktive Rolle des Marktes" beibehalten werde und unabhängige unternehmerische Entscheidungen möglich seien.

Eingeräumt wurde, daß die wirtschaftliche Produktivität sich nicht nach den gegebenen Möglichkeiten verbessert habe.

Hannover-Messe: Optimismus gefestigt

dpa/VWD, Hannover

Mit einem Besucherrekord von mehr als 100 000 Fachinteressenten ist die am 13. April eröffnete Hannover-Messe am Wochenende in die zweite Halbzeit gegangen. Nahezu jeder fünfte Fachbesucher kommt aus dem Ausland.

Eine Auswertung von Umfragen ergab, daß der überwiegende Teil der rund 6000 Firmen und Organisationen aus 47 Ländern das Messegeschehen mit gefestigtem Optimismus beurteilt. Besonders die Büro- und Informationstechnik, aber auch die Elektrotechnik und andere Branchen sprechen von einem spürbar verbesserten Investitionsklima. Vor allem die mittelständische Wirtschaft zeige in den Fachgesprächen große Investitionsbereitschaft, hieß es. Mit besonderer Zuversicht wird daher dem Nachmessegeschäft entgegengesehen.

Auch der Sonntag brachte dieser größten internationalen Investitionsgüterschau starken Besucherandrang. Für die jungen Besucher steht dabei die Informationsschau „Jugend und Technik" im Mittelpunkt des Interesses.

Seite 12: Weitere Berichte

Kreml verschärft die Kampagne gegen Paris

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat am Wochenende ihre Protestkampagne gegen die Ausweisung von 47 Sowjets aus Frankreich weiter verschärft. Die Massenmedien veröffentlichten eine – offenbar bestellte – Flut von Briefen, in denen sich sowjetische Politiker, Künstler, Wissenschaftler und Arbeiter über den „Willkürakt" der französischen Regierung empören.

In der Parteizeitung „Prawda" wurden gestern außerdem Auszüge aus „zahlreichen Briefen" aus „verschiedenen Ecken Frankreichs" abgedruckt, die bei den sowjetischen Vertretungen in Paris eingetroffen seien. Darin verurteilten französische Bürger den „groben und verwerflichen Schritt" ihrer Regierung und sprechen dem „ruhmreichen sowjetischen Volk" ihre Sympathie aus.

Westliche Beobachter in Moskau waren sich nicht schlüssig, ob diese Protest-Kampagne die mögliche Ausweisung französischer Vertreter aus Moskau vorbereiten soll, oder ob die Sowjetunion auf eine solche Vergeltungs-Aktion verzichten wird.

Bonn schickt Bräutigam auf Wartburg

Spekulationen über Carstens-Reise beendet / Honecker trifft Thüringer Bischof

hrk. Berlin

Die Bundesregierung hat entschieden, lediglich Staatssekretär *Hans Otto* Bräutigam, Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, am „Luther-Tag" auf der Wartburg am 4. Mai teilnehmen zu lassen. Auch die Spekulationen über eine mögliche Reise von Bundespräsident Karl Carstens nach Eisenach, der mehrfach öffentlich sein Interesse an einer Fahrt zu den *Lutherstätten* erklärt hatte, sind damit hinfällig.

Am 4. Mai – dem Erinnerungstag an Luthers Zuflucht auf der Wartburg 1521 – beginnen die offiziellen Gedenkfeiern der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum 500. Geburtstag des Reformators. Die Evangelische Kirche in Deutschland *reist* mit 37 Repräsentanten nach Eisenach. Unter ihnen ist auch der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker, ein Ratsmitglied der EKD. An seiner protokollarischen Behandlung in Eisenach wird sich erweisen, ob die „DDR" in ihm quasi auch einen politischen Gast sieht. Ost-Berlin läßt sich bei den Feierlichkeiten der mitteldeutschen Protestanten durch den Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann, den stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und Chef der Ost-CDU, Gerald Götting, und zwei Staatssekretären vertreten.

Honecker selbst besucht die Wartburg bereits am kommenden Donnerstag. Er besichtigt dort die für mehrere Millionen Mark renovierten Gebäude und historischen *Stätten. Bei seinem Aufenthalt* begleitet ihn der thüringische Landesbischof Werner Leich, zugleich Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees. Zum Programm des halbtägigen Besuchs des SED-Chefs, der das staatliche Luther-Komitee leitet, gehört neben einem ausgiebigen Rundgang auch ein Gespräch mit Leich über die durch die regimeunabhängige Friedensbewegung an der Gemeindebasis gespannten Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

Die Unterredung geht auf Honeckers Wunsch zurück. Sie soll offenbar, fünf Jahre nach dem „Gipfel" vom März 1978 zwischen ihm und der Kirchenführung, ein relativ gutes Einvernehmen zumindest zwischen den Führungsebenen demonstrieren.

Heute in der WELT

Meinungen: Jubiläum einer Demokratie – 35 Jahre Israel	S. 2
Giftmüll auf Reisen: Beim „Transit" sind die Lücken groß	S. 3
Friedensbewegung: Widerstand gegen Einflußversuche der DKP"	S. 4
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern	S. 5
Karl-Marx-Konferenz: Ostblock schickte nur zweite Wahl	S. 6
Kultur: In London startete der Super-Film „Wagner"	S. 7
El Salvador ist über die Haltung Bonns verbittert	S. 8
Fernsehen: Zensoren machen Überstunden – Pay-TV in Kanada	S. 8
Wirtschaft: OECD – Programm zur Förderung der Städte	S. 9
Aus aller Welt: Ein Dom und Lob der Hohenzollern in Berlin	S. 16

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Tod in Drewitz

Von Enno v. Loewenstern

Es gibt einige Fragen im Fall des in Drewitz zu Tode gekommenen Rudolf Burkert:

Warum hielt die Bundesregierung so lange still? Sie wußte seit Tagen, daß ein Einwohner der Bundesrepublik unter Umständen gestorben ist, die den Verdacht dringlich nahelegen, daß er von *„DDR"-Grenzpolizisten* regelrecht totgeschlagen worden ist.

Wird Bundeskanzler Kohl am heutigen Montag den „DDR"-Funktionär Günther Mittag empfangen? Wenn hier ein Mord vorliegt, so ist Mittag einer der Hauptverantwortlichen.

Bisher sind die Erkenntnisse lückenhaft. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß der Vorgang in einem rechtlosen Bereich spielt. Sicher scheint nur zu sein, daß Rudolf Burkert erheblich verletzt wurde, und zwar in einer Weise, die es ausgeschlossen erscheinen läßt, daß er, der anscheinend an Herzversagen starb, dies aus heiterem Himmel erlitt und beim Sturz alle diese Verletzungen auf einmal erhielt. Ohnehin gibt es bisher keinen Hinweis darauf, daß der 45jährige Sportler zu Herzanfällen neigte.

Jetzt wird flüsternd die Frage gestellt, ob Burkert vielleicht in einem Wutausbruch zugeschlagen haben könnte, worauf die Grepos ihn bei der Bändigung verletzt hätten. Das klingt absurd. Erstens standen da mehrere ausgebildete Kämpfer für den Sozialismus gegen einen wehrlosen Normalbürger, und zweitens hätte Burkert nie entkommen können, selbst wenn er sich gewaltsam den Weg zur Tür gebahnt hätte.

Polizeibeamte können sich auch schon einmal in einem Rechtsstaat vergreifen. Aber wenn ein Mensch auf der Transitstrecke totgeschlagen wird, nachdem er Verwandten ein Päckchen mit Geschenken überreicht hat, dann wird die Bundesregierung entweder eine *vollständig befriedigende Erklärung* erhalten – und sie wird auch aufzuklären haben, ob dieser scheußliche *Übergriff womöglich Signalwirkung* auf alle übrigen Transitreisenden haben sollte –, oder sie wird ihre vielbeschworene Kontinuität gründlich überdenken müssen. Bei einem brutalen Mord bleibt nicht viel Raum für Beschwichtigung, auch wenn Honecker selber gern die Bundesrepublik besuchen möchte.

Etappe eines Wettlaufs

Von Wilm Herlyn

Helle Aufregung herrscht unter den nordrhein-westfälischen Christdemokraten. Dabei ist nichts geschehen, was an den Grundfesten der Partei rütteln könnte. „Vor der Zerreißprobe", heißt es, stehe die CDU oder gar „tiefe Kluft" und „unüberbrückbare Gegensätze". Tatsächlich spielt sich aber ein ganz normaler demokratischer Vorgang ab: Zwei Männer kämpfen darum, ihre Partei bei der nächsten Landtagswahl 1985 führen zu dürfen. Eine solche Entscheidung kann nicht jedesmal eine Ein-Mann-Akklamation sein, wie es sich anscheinend der Kandidat Biedenkopf zunächst vorgestellt hat.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen-Lippe ging immer davon aus, daß er so etwas wie der natürliche Herausforderer von Ministerpräsident Johannes Rau sei. Um so erstaunter mußte er zur Kenntnis nehmen, daß sein rheinischer Kollege Worms ihn erst in seinen Ansprüchen bremste, ihn dann öffentlich „auf den Prüfstand" stellte und jetzt die Führerschaft selbst anstrebt.

Der allseits anerkannte brillante Analytiker und perspektivische Kopf, der Sachprobleme in fast atemberaubender Schnelligkeit zerlegen und schlüssig wieder zusammensetzen kann, hat anscheinend die eigenen Chancen – überhaupt die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kandidatur in diesem Bundesland – nicht allzu gründlich untersucht. Dagegen hat der kontaktfreudige Worms, weniger durch rednerische Brillanz als durch taktisches Geschick und tatkräftige Teilnahme auch an den ermüdenden Details in den niederen Bereichen der Politik, immer mehr Terrain erobert. Nun hat Biedenkopf eine frühe Vorentscheidung durchgesetzt, die ein so gut wie eindeutiges Votum für seinen Rivalen erbracht hat, während er selber im eigenen Verband sieben Gegenstimmen kassierte. Das ist keine Zerreißprobe, aber gewiß eine Probe aufs Exempel.

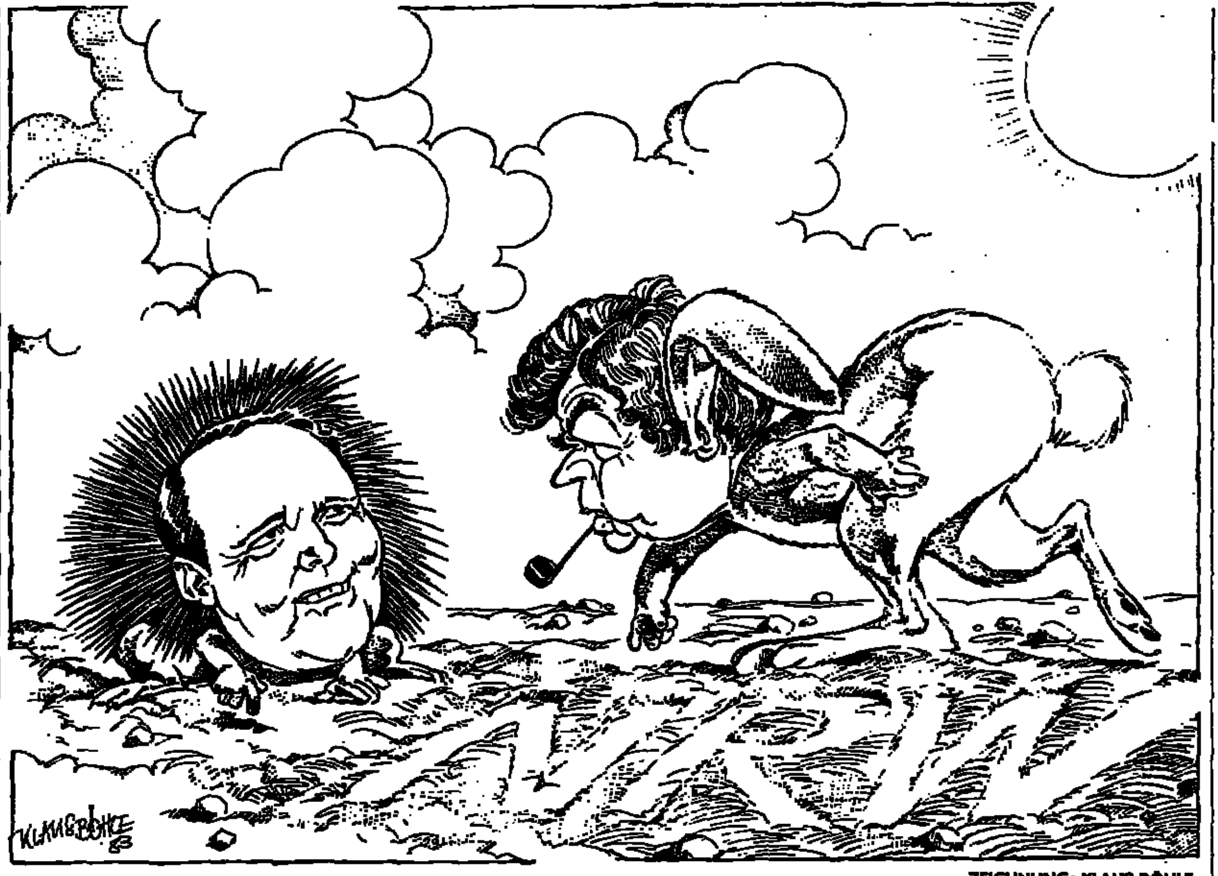
Zu viele Schrittmacher

Von Jochen Aumiller

Gäbe es keine Herzschrittmacher, so wäre nicht nur unsere politische Bühne vermutlich um einige prominente Hauptdarsteller ärmer: Diese elektrischen Impulsgeber halten weit mehr als hunderttausend Menschen in diesem Land am Leben. Man kann überspitzt sogar sagen: bei guter Gesundheit, denn sie brauchen es *sich an nichts fehlen zu lassen.* Weshalb dieser medizintechnische Geniestreich nicht mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, verstehe, wer mag. Dieser Fortschritt hat für die praktische Medizin weit mehr gebracht als viele prämierte molekularbiologische Erkenntnisse.

Aber auch hier gilt der Erfahrungssatz: Kein Fortschritt ohne Mißbrauch. In vielen Fällen wurde, kaum war ein Herz mehrere Male gefährlich aus dem Takt geraten, der elektrische Marschbefehl verpaßt – jedenfalls gewinnt man diesen Eindruck, wenn man die Steigerungsraten liest. Setzten 1977 noch 339 Kliniken in der Bundesrepublik solche Taktgeber ein, waren es 1982 schon 610.

Daß zuviel implantiert wird, also auch solche Herzen elektrisch an die Kandare genommen werden, die es auch anders schaffen könnten, gestehen die meisten kritischen Kardiologen unumwunden ein. Die Prozesse um illegal wiederverwendete Schrittmacher aus Verstorbenen legen natürlich eine Entente cordiale zwischen Kardiologie und Geräteindustrie nahe. Dahinter steckt aber sicher auch die Faszination an einer Methode, die, so nachweisbar, meßbar hilft.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Jubiläum einer Demokratie

Von Ernst Cramer

Der einzig wirklich demokratische Staat im Vorderen Orient feiert am heutigen Montag, dem jüdischen Kalender folgend, den 35. Jahrestag seiner Wiedergründung. Nach dem allgemein gültigen Gregorianischen Kalender war es der 14. Mai 1948, als David Ben Gurion die Unabhängigkeit des modernen Israel ausrief. Am nächsten Tag erfolgte die erste Anerkennung durch die Vereinigten Staaten, kurz danach die zweite durch die Sowjetunion.

Am 29. November 1947 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat beschlossen. Die in Palästina lebenden Juden stimmten dem Plan zu. Die Araber, angefeuert vom Großmufti von Jerusalem, der wenige Jahre vorher Hitler eine „Arabische Legion" zum Einsatz an der Ostfront angeboten hatte, lehnten den Plan ab und vereitelten so die Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates.

Im Land nahm der antijüdische Terror zu. Kurz nach der Unabhängigkeitserklärung zogen fünf Nachbarländer gegen den jungen Staat in den Kampf: Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, Irak; sogar saudische Hilfstruppen waren beteiligt. Es war der erste arabisch-israelische Krieg. Obwohl zahlenmäßig unterlegen, siegten die Israelis, so wie sie in allen weiteren Kriegen die Oberhand behielten.

Die noch heute unbeantwortete Frage nach den Grenzen Israels hätte 1947/48 ein für allemal geklärt werden können, wenn die Araber den Teilungsplan der UNO angenommen und den jüdischen Staat anerkannt hätten.

Ben Gurion selbst sagte damals dazu: „Wir kennen (die Grenzen des Staates Israel) nicht. Wir haben den Beschluß der Vereinten Nationen angenommen, die Araber nicht. Sie bereiten sich auf den Krieg gegen uns vor. Wenn wir ihren Angriff zum Scheitern bringen und Obergaliläa oder die Straße nach Jerusalem dabei erobern, werden diese Gebiete zu unserem Staat gehören."

Sie sind inzwischen Teil Israels geworden, und die Konfrontation mit den Nachbarn hat nie aufgehört. Es war Issam Sartawi, der vor kurzem ermordete Vertreter des gemäßigten PLO-Flügels, der immer wieder vor einer Fortführung des „Alles oder Nichts" gewarnt hatte. Je länger diese Konfrontation andauere, sagte er, desto stärker wirke sich die normative Kraft der geschaffenen Tatsachen gegen die Interessen der Palästinenser aus. Eine seiner letzten Äußerungen war: „Auch wenn die Jerusalemer Regierung noch nicht mitziehen kann, sollten wir Palästinenser einseitig, aber ganz unzweideutig erklären, daß wir uns einen Staat wünschen, der in Frieden Seite an Seite mit Israel existiert."

Wegen dieser Gedanken wurde Sartawi, der palästinensische Patriot, erschossen. Genau so, wie vor ihm der Ägypter Anwar el-Sadat und der Libanese Beschir Gemayel umgebracht worden waren, weil sie eine Politik der Zusammenarbeit mit Israel angestrebt hatten. Genauso, wie viele namenlose Palästinenser in ihren Dörfern ermordet wurden, die einen Weg des Ausgleichs einschlagen wollten.



Als zweite erkannte die Sowjetregierung seinen Staat an: David Ben Gurion (mit Enkel) FOTO: SVEN SIMON

In internationalen Kommentaren wird immer zwei bestimmten Seiten die Schuld dafür aufgebürdet, daß dieser Pfad der Versöhnung noch nicht beschritten werden konnte: den „unversöhnlichen, nicht kompromißbereiten" Israelis und der „zerstrittenen, unrealistischen" PLO. Nun hat aber Israel im Sinai längst gezeigt, daß es sehr wohl Kompromisse einzugehen bereit ist, selbst wenn sie mit Risiken verbunden sind – wenn auf der anderen Seite die Hand des Friedens ausgestreckt wird.

Was die PLO betrifft, so wäre sie längst in Bedeutungslosigkeit zerbrochen, gäbe es nicht die fortwährende finanzielle Unterstützung aus der ganzen arabischen Welt und die völlig unverständliche Aufwertung dieser Terrorgruppe durch viele Repräsentanten der freien westlichen Welt.

Nein, mit Ausnahme von Ägypten trifft die Schuld für den andauernden Nicht-Frieden im Nahen Osten die Nachbarländer des jüdischen Staates. Keiner von ihnen will Israel anerkennen. Zeigt einer einmal, wie z. B. Libanon, eine gewisse Bereitschaft, wird er sofort zurückgepfiffen – durch Drohung mit der Kürzung der finanziellen Zuschüsse, oder, noch deutlicher, durch Mordanschläge, wobei die PLO immer wieder bereitwillig Handlangerdienste leistet.

Alle Bemühungen um einen Frieden im Vorderen Orient bleiben zum Scheitern verurteilt, solange es nicht gelingt, zumindest die wichtigsten Nachbarn Israels davon zu überzeugen, daß der erste Schritt in eine sinnvolle Zukunft die diplomatische Anerkennung des jüdischen Staates sein muß. Dann lassen sich alle Probleme lösen, auch das der Palästinenser. Doch leider ist der Nahe Osten heute, an diesem 35. Unabhängigkeitstag Israels, noch weit von dieser Zukunft der Versöhnung und der Gemeinsamkeit entfernt.

IM GESPRÄCH Schroeder-Hohenwarth

Sprecher der Banken

Von Claus Dertinger

Heute, vier Tage nach seinem 62. Geburtstag, tritt Dr. Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth offiziell an die Spitze des Bundesverbandes Deutscher Banken. Der neue Präsident, der dieses Amt als Nachfolger des Privatbankiers Dr. h. c. Harald Kühnen, Senior-Mitinhaber des Kölner Hauses Sal. Oppenheim jr. & Cie., übernimmt, ist einer der *Geschäftsinhaber* der BHF-Bank, in der sich die Traditionen der vor dreizehn Jahren fusionierten Berliner Handels-Gesellschaft und der Frankfurter Bank vereinen.



Erstmals ein Frankfurter an der Spitze des Bankenverbandes: Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth FOTO: WOLF P. PRANGE

Schroeder, der das juristische Studium mit praktischer Bankausbildung verband und als Anwalt und danach als Regierungsrat im Schäfferschen Finanzministerium tätig war, ehe er Vorstandsmitglied der Frankfurter Bank wurde, ist der erste Frankfurter Bankier auf *dem Präsidentensessel des Kölner* Spitzenverbandes. Damit unterstreicht der Bankenverband auch die Bedeutung der Rheinmetropole als wichtigster Bankplatz. Aber er ist – nicht nur qua Geburt in Königsberg – Preuße im besten Sinne dieses Wortes. Der hochgewachsene Mann mit dem etwas verhaltenen Charme reagiert beinahe verärgert, wenn ihm die Präsidentschaft beim Bankenverband als Krönung seiner beruflichen Karriere unterstellt wird. Das ist für ihn unverändert die *Aktivität* als Geschäftsinhaber der großen Bank, die im Gewerbe zu den allerfeinsten Adressen zählt.

Sein neues Amt in Köln empfindet Schroeder eher als zusätzliche Belastung, der man sich nicht entziehen kann. Er versteht sich nicht *als Lobbyist,* sondern *als* Repräsentant eines Gewerbes, das seinen ökonomischen Sachverstand gerade *in einer wirtschaftlich schwierigen* Situation in den Gedankenaustausch mit der Bundesregierung einbringen kann. Schroeder hat das Glück, daß der Beginn seiner dreijährigen Präsidentschaft mit *der Etablierung der neuen Bundes*regierung zusammenfällt. Das erleichtert sicher die konstruktive Zusammenarbeit im Sinne eines Mannes, für den Einsatz und Leistungsbereitschaft ebenso allgemeines wie auch persönliches Credo ist.

Als erster Vertreter der Regionalbanken zum Präsidenten des Verbandes gewählt, an dessen Spitze sich Repräsentanten der Großbanken, der Privatbankiers und der Regionalbanken ablösen, muß Schroeder *nicht nur für einen Aus*gleich der manchmal widerstrebenden Interessen innerhalb des Bankenverbandes sorgen, sondern auch für Verständnis in der Öffentlichkeit. Und gerade hier gilt es, manche Barrieren zu überwinden. Die Schwierigkeiten im internationalen Finanzierungsgeschäft und der falsche Eindruck, die Banken hätten an der Rezession verdient, seien hier *nur* als Stichworte für das weite Feld genannt, auf dem sich Schroeder nun auch als Homo politicus einen Namen machen wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kohls Begegnung mit Reagan beschäftigte viele Kommentatoren:

CORRIERE DELLA SERA

Die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, die in den Zeiten Schmidts von zahlreichen Gegensätzen überdeckt war, auch auf persönlicher Ebene, ist wieder vollkommen in Ordnung und hat keine *Schatten mehr. Zwischen den bei*den Ländern besteht nun Übereinstimmung über fast alle Probleme. In diesem Sinn war Kohls Reise ein Erfolg. **(Mailand)**

WZ Westdeutsche Zeitung

Auf der Regierungsebene ist die Welt zwischen Washington und Bonn wieder in Ordnung. Selbst der mißtrauische Verteidigungsminister Weinberger kann bei Bundeskanzler Kohl keine Überläufermentalität oder einen verstohlenen Hang zur atlantischen Drückebergerei entdecken. Solchen Ver*dachtsmomenten hatte sich* Weinberger gelegentlich in den letzten Regierungsmonaten des Bundeskanzlers Schmidt überlassen. Ein harmonischer Schlußpunkt unter dem zweiten Treffen zwischen dem US-Präsidenten Reagan und Kohl war darum vorprogrammiert. **(Düsseldorf)**

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Niemand wird Helmut Kohl nach seinem US-Besuch vorwerfen können, er habe deutsche Interessen vernachlässigt. Der Kanzler hat in Washington mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen, welche Bedeutung für die Bundesrepublik als einem Land *in der* Mitte Europas ein vernünftiges Genfer Abkommen über Mittelstreckenraketen besitzt. Hinter der ausdrücklichen Würdigung der bisherigen amerikanischen Bemühungen stand nicht weniger als die diplomatisch formulierte Mahnung, in dem konstruktiven Willen zu einer Vereinbarung mit den Sowjets auch künftig nicht nachzulassen. Wenn Präsident Reagan den deutschen Gast nachdrücklich seines persönlichen Interesses an einem Erfolg in Genf versicherte, dann wohl nicht nur aus Freundlichkeit, sondern auch im Bewußtsein, daß die Bundesrepublik als wichtigster europäischer Verbündeter einen Anspruch darauf hat, nur das tatsächlich unvermeidbare Maß an Nachrüstung *hinzunehmen.*

Nordwest-Zeitung

Es ist Helmut Kohl im Vorfeld des Williamsburger Weltwirtschaftsgipfels offensichtlich gelungen, amerikanische Führungskreise zu einer moderateren Haltung zu veranlassen. So befürworten die Amerikaner zwar weiterhin eine scharfe Drosselung des Ost-West-Handels, ohne aber diese Frage in das Zentrum des Weltwirtschaftsgipfels rücken zu wollen. Wenn durch diese Haltung dem Bündnis Belastungen erspart bleiben, dann dürfte sich Kohls kurze Mission allemal gelohnt haben. **(Oldenburg)**

Aachener Volkszeitung

Kohl reiste im deutschen Interesse. *Aber er wird es jetzt den Deut*schen mehr als den *Amerikanern* erklären müssen, was wirklich deutsche Interessen sind und wo die wahren Wege zu einem Frieden in Freiheit führen.

HEILBRONNER STIMME

Bei der Frage der Genfer Verhandlungen und der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sind die Standpunkte klar. Auch Kohl setzt sich für eine Stationierung auf deut*schem Boden* ein. *In der Frage der* allgemeineren Ost-West-Beziehungen scheint es unterschiedliche Standpunkte zu geben. Beim *Welt*wirtschaftsgipfel *Ende Mai* in Williamsburg wird es nach dem Eindruck der deutschen Delegation dennoch nicht zu einer Kontroverse über den West-Ost-Handel mit für den militärischen Bereich sensiblen Gütern kommen.

Wieder einmal wandelt sich das Bild des Robert Mugabe

Entsetzen über die Morde im Matabeleland / Von Hans Germani

Selten hat in der bewegten jüngsten afrikanischen Geschichte das Urteil der Weltmeinung über einen führenden Politiker und sein Regime so kurz hintereinander so gründlich gewechselt, wie bei Premierminister Robert Mugabe von Zimbabwe. Als er noch mit seinen Zanla-Guerrillas gegen die erst weiße, dann gemischtrassische Regierung Rhodesiens bis Ende 1979 kämpfte – wobei die Zanla im Gegensatz zur Konkurrenz aus dem Matabelevolk, Zipra, weniger die weiße Armee als weiße und schwarze Zivilisten aufs Korn nahm –, wurde er in der westlichen Presse, besonders nach den Missions-Massakern scharf angegriffen. Der Londoner „Daily Express" nannte ihn in Balkenlettern einen „schwarzen Hitler".

Als Großbritannien Anfang 1980 Wahlen in Rhodesien veranstaltete, schwenkte es, wohl um die leidige Frage loszuwerden, *noch während* der Wahl vom Kurs einer Verurteilung des Wahlterrors Mugabes zu einer Verniedlichung dieser Aktionen und zur Akzeptierung des Wahlergebnisses um. Als der solcherart gewählte Mugabe dann Versöhnung zwischen Weiß und Schwarz sowie Zusammenarbeit zwischen seinem Mehrheitsvolk der Maschona und der schwarzen Minderheit der Matabele verkündete, schlug ihm am 18. April 1980, dem Tag der Entlassung des neuen Staates Zimbabwe in die Unabhängigkeit, aus dem Westen Vertrauen entgegen, begleitet von umfangreicher Finanzhilfe aus London, Washington und Bonn.

Die Vorschußlorbeeren verwelkten: Morde an Weißen im tiefsten Frieden, darunter durch den Generalsekretär der *Mugabe-Partei,* der *unbestraft* blieb; ein Polizeisystem, das Menschen wegen nichtiger Anklagen festnahm und folterte, die katastrophale sozialistische *Entwicklung* der *Wirtschaft,* der beginnende Aufstand der Matabele-Minderheit. Aber alles wurde heruntergespielt.

Nun hat die westliche Weltmeinung erneut umgeschlagen. Das britische Fernsehen sowie britische und amerikanische Zeitungen enthüllen die „Massaker von Matabeleland", wie ein Fernsehfilm heißt, und präsentieren Mugabe und seinen Armee-Kommandeur Rex Nhongo als „Schlächter". Täglich kommen neue Hinweise, daß Entführungen und Ermordungen von Weißen in Matabeleland auf das Konto getarnter Gruppen Mugabes zurückgehen. Mugabe, der erst als „sozialengagierter Katholik" aufgetreten und von der Kirche dafür hervorgehoben worden war, reagierte derart drohend auf einen Protest der Kirche wegen Massenmorden und Folterungen in Matabeleland, daß die Bischöfe in einer zweiten Erklärung Angst vor der eigenen *Courage zeigten.* Das hindert unerschrockene schwarze katholische Pfarrer nicht daran, sich Fernsehkameras zu stellen und genaue Beweise der Massenmorde vorzulegen.

Das benachbarte Südafrika *hatte zunächst beabsichtigt, im* Bunde mit dem schwarzen „Heimatland" Bophutatswana, achtzig flüchtige Matabele-Zivilisten an Mugabe auszuliefern. Auf den Protest der anderen Ministerien erklärte Südafrikas Innenministerium, wenn man das nicht täte, würde demnächst eine halbe Million schwarzer Flüchtlinge aus Zimbabwe nach Südafrika kommen.

Großbritannien, 1980 Mugabes Förderer, hat als erster westlicher Staat begonnen, Konsequenzen zu ziehen: Durch Abbremsen neuer Hilfeleistungen, auch durch Gewährung eines britischen Passes an den weißen Ex-Premier Ian Smith, um Zimbabwe verlassen zu können. Zur „Strafe" wurde der *neue* britische Hochkommissar nicht rechtzeitig genug von Zimbabwe akkreditiert, um bei den Feiern des 18. April London vertreten zu können. Andere Staatskanzleien klammern sich – trotz der bereits gesicherten Anwesenheit von Militärberatern aus dem Ostblock, auch der „DDR", in Zimbabwe – daran, daß man keinen Ersatz für Mugabe finde und er somit das „kleinere Übel" sei.

So setzt Mugabe, durch westliche Finanzhilfe gedeckt, den Weg in den realen Sozialismus fort. Am 16. April kündigte er die bevorstehende Verstaatlichung von Minen und Schlüsselindustrien an. Er betreibt weiter Völkermord gegen die Matabele und stößt seinen Staat immer tiefer in den Strudel des Bürgerkrieges. Statt ein Modell der Versöhnung vor den Toren Südafrikas zu bilden, ist er zum Negativbild des Schreckens für Südafrikas Weiße geworden – und auch für viele Schwarze.

Die neue Tonart aus Bonn findet in Amerika Beifall

Von BERNT CONRAD

Das habe ich noch nicht erlebt", murmelte ein Senator verblüfft. Auch altgediente deutsche Amerika-Kenner schüttelten erstaunt den Kopf: „Standing Ovations" (stehende Ovationen) für Helmut Kohl im Auswärtigen Senatsausschuß – nicht etwa nur zur Begrüßung, sondern immer wieder, wenn der Kanzler im Frage-und-Antwort-Spiel „genau den Punkt traf". Das morgendliche „Coffee Meeting" auf dem Kapitol Hill wurde zum bisher größten Erfolg Kohls in Amerika.

Schon der Andrang hatte die Erwartungen der Einlader – des republikanischen Mehrheitsführers Howard Baker und des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Charles Percy – weit übertroffen. Außer Parteifreunden Ronald Reagans wie Strom Thurmond, Paul Laxalt, Richard Lugar, Larry Pressler, Orrin Hatch und Pete Wilson waren auch Oppositionsführer Robert Byrd und andere prominente Demokraten wie Edward Kennedy, John Stennis und Claiborne Pell erschienen.

Sie alle beeindruckte der Kanzler auf ganz andere Weise als dies sein Vorgänger Helmut Schmidt so oft getan hatte. Mit seinem perfekten, amerikanisch akzentuierten Englisch, seinen globalen wirtschaftspolitischen Analysen und seinen stets auch pädagogisch gemeinten weltpolitischen Lektionen war Schmidt schon vor Jahren in den USA zu einer allseits respektierten, aber häufig auch als unbequem und lehrerhaft empfundenen Figur geworden.

Kohl versuchte die Senatoren gar nicht erst „aufzuklären". Statt mit europäischen Einsichten zu brilliieren, betonte er in einfacher, herzlicher Weise die Verbundenheit der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten. Wie schon bei seinem Antrittsbesuch im Weißen Haus im vergangenen November erinnerte der Pfälzer an die amerikanische Nachkriegshilfe und dankte für die Präsenz amerikanischer Soldaten Tausende Kilometer von der Heimat entfernt. „Wir waren, wir sind und wir bleiben treue Freunde Amerikas. Sie können sich auf uns verlassen, und wir vertrauen den Amerikanern", versicherte Kohl.

Solche Töne hatten die Senatoren aus europäischem Mund seit Jahren nicht vernommen. Und so hartgesotten amerikanische Berufspolitiker auch sein mögen – für derart selten gewordene Dinge wie Dankbarkeit und Lob von Freunden sind auch primär innenpolitisch orientierte Volksvertreter aus Utah, Mississippi oder Idaho zutiefst empfänglich. Ohne daß Kohl das psychologisch kalkuliert hatte, wirkten seine Worte menschlicher Verbundenheit wie Balsam auf die vielfach verletzte amerikanische Seele.

Doch der Kanzlerauftritt artete keineswegs in eine Predigt aus. Konkret versicherte Kohl: „Wir stehen zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses. Wir wissen, daß die amerikanische Regierung mit den Sowjets in Genf seriös verhandeln wird. Diese Anstrengungen müssen intensiv weitergehen. Wenn sich die Sowjetunion aber nicht bewegt, dann werden wir die Pershing-2-Raketen wie vorgesehen stationieren. Das ist der einzige Weg, um die Sowjetunion zu einer Reduzierung ihres Arsenals zu veranlassen. Dies ist die Meinung der großen Mehrheit der Deutschen."

Das kam bei den Senatoren an. Sie hörten auch aufmerksam zu, als Kohl ihnen die Vorteile eines baldigen Abschlusses des Madrider KSZE-Folgetreffens auf der Basis des zwar noch verbesserungsbedürftigen, aber im Prinzip akzeptablen Entwurfes der neutralen und ungebundenen Teilnehmerstaaten vor Augen führte.

Gerade weil im Senat der Wunsch nach mehr Menschenrechten und weiteren humanitären Leistungen für die Osteuropäer stark ist, wies der Kanzler darauf hin, daß man sich beim Kampf um die Menschenrechte nicht nur auf große Namen konzentrieren, sondern auch an die Hunderttausende Namenloser, zum Beispiel ausreisewillige Deutsche und Juden, denken müsse. Sollte Madrid scheitern, wäre der institutionelle Rahmen für Diskussionen über die Lage dieser Menschen zerstört.

Das Argument, man dürfe Moskau in der KSZE nicht zu weit entgegenkommen, drehte der Kanzler um: „Die Sowjetunion darf nicht die Chance erhalten, sich darauf zu berufen, daß der Westen sich in Madrid nicht einig sei. Wir dürfen den Sowjets nicht die Möglichkeit zuspielen, sich aus dem KSZE-Gipfel davonzustehlen."

Genauso argumentierte Kohl zwei Stunden später bei Ronald Reagan. In beiden Fällen erhielt er keine konkreten Zusicherungen. Aber er hatte das Gefühl: „Wir haben Wirkung erzielt."

Senator Pell fragte Kohl nach der Entwicklung des innerdeutschen Verhältnisses. Darauf schilderte der Kanzler auf plastische Weise die für Amerikaner so schwer verständliche, komplizierte Lage: Deutschland sei geteilt und müsse wieder zusammenkommen. Aber dies sei nur auf friedlichem Wege möglich. Niemand in der Bundesrepublik wolle Druck, Krieg oder Gewalt als Mittel der Politik.



Harmonie in Washington: Bundeskanzler Helmut Kohl und Gastgeber Ronald Reagan FOTO: POLY-PRESS

Kohl wies auf die Bemühungen hin, ein erträgliches Verhältnis zur „DDR"-Regierung zu entwickeln und gleichzeitig menschliche Erleichterungen durchzusetzen. „Wir müssen einen langen Atem haben", sagte der Kanzler mit großem Ernst. „Wir halten an der Einheit der Nation fest." Die Basis dafür sei menschliche Verbundenheit. Am Ende werde es sicher nicht wieder einen deutschen Nationalstaat im Stil des 19. Jahrhunderts geben. „Ich sehe die Zukunft Deutschlands im Rahmen eines vereinten Europa."

Der liberale Claiborne Pell war sichtlich beeindruckt, ja fast gerührt. Auf dieser Woge der Zustimmung hatte Kohl auch keine Hemmungen, kritische Fragen anzusprechen, zum Beispiel die Waffenkäufe innerhalb der NATO, die „keine Einbahnstraße" sein dürften. Gemeint waren die für die europäische Rüstungsindustrie schädlichen isolationistischen Bestrebungen innerhalb des amerikanischen Kongresses. Kohl legte den Senatoren auch dar, weshalb die Bundesrepublik zwar einer Begrenzung der Technologie-Ausfuhr in die Sowjetunion zustimme, aber generell beim Ost-West-Handel die Meinung vertrete: „Abschotten nützt nichts."

Von einem Freund akzeptierten das die Senatoren. Besonders von einem Freund, der ihnen auf ganz uneuropäische Weise Zuversicht und Optimismus vermittelte. „Wir haben keinen Anlaß zu kleinmütiger Resignation. Wir haben allen Grund, positiv in die Zukunft zu blicken", rief der Kanzler aus. Wieder erhoben sich die Zuhörer zu demonstrativem Beifall. Auch Edward Kennedy, prominentester Kritiker Reagans unter den Demokraten, beteiligte sich an der „Standing Ovation".

Die Kunde von Kohls großem Erfolg im Senat war für Präsident Reagan ein Anlaß mehr, Kohl anschließend noch einmal nachdrücklich zum Wahlsieg bei der Bundestagswahl zu gratulieren. Der hochaufgeschossene Kalifornier und der ihn noch um halbe Haupteslänge überragende Pfälzer hatten sich bereits beim ersten Kanzlerbesuch auf Anhieb verstanden. Diesmal gingen die beiden braungebrannten Männer (Kohl nach einer Abmagerungskur in Vorarlberg fast so drahtig wie Reagan) schon wie alte Freunde miteinander um. „Gut, herzlich und offen" nannte der Kanzler ihr zweieinhalbstündiges Gespräch. Es brachte Übereinstimmung auf breiter Linie.

Was die Senatoren beeindruckt hatte, das war von Anfang an die Grundlage eines menschlich wie politisch engen Vertrauensverhältnisses zwischen Reagan und Kohl: das Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten und Interessen, der Glaube an die Stärke der Demokratien und der Wille zu atlantischer Geschlossenheit. Auf dieser Basis berieten Präsident und Kanzler, wie die beiden wichtigsten Probleme des Jahres 1983 zu bewältigen seien – die Verwirklichung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses und die Sicherung eines dauerhaften Wirtschaftsaufschwungs.

Die Zusicherung, die Kohl für den Fall gab, daß die Genfer Raketen-Verhandlungen scheitern sollten, befriedigte Reagan. Dafür versprach er, „flexibel und dynamisch" mit den Sowjets zu verhandeln. Auf dem Rückflug zeigte sich der Kanzler überzeugter denn je von Reagans Willen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle, „trotz des in der Öffentlichkeit oftmals falsch gezeichneten Bildes des Präsidenten".

Mit seinem Konzept, von dem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel in Williamsburg ein „Signal des Vertrauens und des Optimismus für die Weltwirtschaft" ausgehen zu lassen, fand Kohl die volle Zustimmung seines amerikanischen Partners. Gerade weil Reagan die Dringlichkeit einer gemeinsamen Haltung in den Fragen der Konjunktur, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Abwehr des Protektionismus und einer vernünftigen Fortführung des Nord-Süd-Dialogs bejahte, konnte er auch Kohls Anregung akzeptieren, die umstrittenen Fragen des Ost-West-Handels in Williamsburg nur „am Rande" zu behandeln.

Beim abschließenden Austausch optimistischer Statements im festlichen East-Room des Weißen Hauses wirkten Reagan und Kohl zwischen den historischen Gemälden George und Martha Washingtons wie zwei Hausväter, die ihre Familienangelegenheiten wieder einmal zufriedenstellend geregelt hatten. Daß der Kanzler seinen Part nicht in Englisch, sondern in Deutsch vortrug, wurde durch die perfekte Übersetzung durch Chefdolmetscher Heinz Weber wettgemacht.

Als ein amerikanischer Journalist Kohl vor dem Rückflug fragte, welchen Sinn eine solche Reise angesichts der vorhandenen Übereinstimmung denn überhaupt habe, erwiderte der Kanzler lächelnd: „Die Lebenserfahrung besagt, daß man Freundschaften pflegen muß. Dies ist auch in der Politik nicht anders. Es mag ja langweilig für Sie klingen, daß alles ohne Streit, in freundschaftlicher Atmosphäre verlaufen ist. Aber der Sinn der Politik ist es ja, gute Beziehungen zu haben und keinen Krach."

Giftmüll auf Reisen: Beim „Transit" sind die Lücken groß

Von D. GURATZSCH

Wo auch immer die Spur der 41 Giftfässer aus Seveso entdeckt werden mag – eines hat die Verdunkelung dieser Spur bereits gezeigt: Das Netz zur Kontrolle der Abfallbeseitigung ist auch in der Bundesrepublik noch viel zu locker geknüpft. Erst recht aber bieten die grenzüberschreitenden Regelungen eine solche Fülle von Durchschlupfmöglichkeiten, daß der Kriminalität Tür und Tor geöffnet sind.

Einen Einblick in die internationale Verzweigung der Abfallbeseitigungs-Branche, ihre Geschäfte und Interessen bietet der Briefwechsel, den das hessische Landeskriminalamt bei der Firma „Rückstandsbeseitigungs-GmbH J. Weber" im südhessischen Neckarsteinach sichergestellt hat. Diese Firma und ihr Geschäftsführer Jürgen Weber waren vorübergehend in die Verhandlungen über die Beseitigung dioxinverseuchter Abfälle aus Seveso eingeschaltet gewesen – allerdings, ohne offenbar über die wirkliche Herkunft der Giftfässer informiert zu sein. Ihr Gesprächspartner, der französische Müllhändler Bernard Paringaux, habe bei Gesprächen im Mai 1982 lediglich mitgeteilt – so Weber heute –, „daß die Dioxin-Rückstände von einer Firma Wadir in Genf seien". Paringaux ist wegen seiner Aussageverweigerung über den Verbleib des Seveso-Giftes inzwischen in Frankreich in Beugehaft genommen worden. Die Firma Wadir (Abkürzung für Waste Disposal and Recycling, Inhaber André Maurer) erwies sich als „Briefkastenfirma" ohne Handelsregistereintrag, Telefonnummer und Geschäftsadresse.

Eine Anfrage für die Deponie Schönberg

Die Versuche von Paringaux, den Seveso-Müll über die Firma in Neckarsteinach loszuwerden, reichen bis in das Jahr 1981 zurück. Zeugnis davon gibt ein Fernschreiben, mit dem sich Müllkaufmann Weber unter dem 20. November 1981 an das Hanseatische Baustoffkontor (HBK) in Bad Schwartau bei Lübeck wandte: „Fragen an, ob die Chance der Einlagerung auf der Deponie Schönberg für ca. 100 bis 150 Tonnen Sandstrahlrückstände in 200-Liter-Fässern mit ca. 200 Gramm Dioxinen, in diesen 100 bis 150 Tonnen verteilt, besteht." Menge und Beschreibung der „Ware" lassen den von Weber heute nicht bestrittenen Rückschluß zu, daß es sich um die 150 Tonnen dioxinverseuchte Abfälle aus Seveso handelte.

Die Antwort muß den Geschäftsmann ermutigt haben, schon eine Woche später selbst nach Bad Schwartau zu fahren. Dabei wurden die Interessenssphären abgesteckt: Die HBK, selbst alleinberechtigt zur Beschickung der „DDR"-Sondermülldeponie in Schönberg, versicherte, „keine Absicht (zu haben), sich in Frankreich direkt einzuschalten", sondern Weber „die Betreuung des Marktes dort" überlassen zu wollen.

Weber legte darauf die Karten auf den Tisch. Das Geschäft mit der „DDR" und ihrer Mittlerfirma in Bad Schwartau sei deshalb für ihn interessant, weil die bisherigen Ablagerungsmöglichkeiten im liberalen Niedersachsen (hier läuft die Müllbeseitigung anders als zum Beispiel in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg noch über private Firmen und Deponien) „durch langwierige Behördenwege erschwert" würden. Auf der Sondermülldeponie Schönberg hingegen werde das Genehmigungsverfahren „nach den uns gegebenen Informationen ... zügig abgewikkelt".

Quer durch Europa auf der „Flucht" vor Auflagen

Dasselbe Argument klang ein halbes Jahr später wieder an, als sich Monsieur Paringaux nun doch direkt an die Firma in Bad Schwartau wandte und anbot, „die Vertretung Ihrer Firma bzw. Deponie in Frankreich zu übernehmen". Für einen französischen Kunden, das Chemiewerk Rhone Poulenc Pont de Claix, erklärte der erfahrene Müllunternehmer: „Monsieur Jouanjan (der Abfallspezialist der Chemiefirma, d. Red.) ist an einer sicheren, von behördlichen Launen soweit wie möglich unabhängigen Ablagerungsmöglichkeit interessiert." Gleichzeitig versicherte sich Paringaux, daß bei der Ablagerung in Schönberg „keine amtliche Bestätigung von französischen Behörden" erforderlich sei und daß die „Strecke durch die BRD" als „Transit" gelte.

Diese Bedingungen werfen ein Licht auf die eigentliche Motivation für den Müllhandel quer durch Europa. Verschärfte Umweltauflagen haben die Ablagerung von Sondermüll in zahlreichen Ländern erheblich erschwert. So sind Abfallerzeuger in Hessen verpflichtet, sich für die Beseitigung des Sondermülls der Hessischen Industriemüll GmbH (HIM) zu bedienen – eines Monopolunternehmens, das die Preise macht und an dem das Land mit 26 Prozent beteiligt ist. Sie müssen außerdem – genauso wie Abfallbeförderer und -beseitiger – ein „Nachweisbuch" führen, eine Beförderungsgenehmigung einholen, Begleitscheine in sechsfacher Ausfertigung vorlegen und einen Betriebsbeauftragten für die Abfallbeseitigung benennen.

Der komplizierte Instanzenweg, der die „möglichst lückenlose Überwachung der Abfallbeseitigung" gewährleisten soll, ist mit abfall- und bergrechtlichen Genehmigungsverfahren durch Regierungspräsidenten und Bergbehörden verbunden. Für die Einlagerung von Auslandsabfällen in diesem Bundesland ist zusätzlich die Genehmigung des hessischen Umweltministers vorgeschrieben. Ähnliche, zum Teil nicht ganz so strenge Regelungen bestehen auch in den anderen Bundesländern.

Nur der „Transit", der läuft in der Bundesrepublik weitgehend unkontrolliert. Erst jetzt will die EG-Kommission mit einer weiteren „Seveso-Richtlinie" Genehmigungspflicht und Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs von gefährlichen Abfällen verbindlich regeln. Die Bundesregierung hofft, daß die neue Richtlinie noch bis zur Jahresmitte vom Ministerrat verabschiedet werden kann. Auch dann würde es erfahrungsgemäß noch Jahre dauern, bis sie auch in einzelstaatliches Recht umgesetzt wäre. Bis dahin, so steht zu erwarten, wird der europäische „Gifttourismus", der schon heute 2,5 bis drei Millionen Tonnen Sonderabfälle jährlich umfaßt, weitergehen.

Offenbar haben sich italienische Behörden um den Preis des Abtransports der Giftfracht von Seveso ins Ausland von den ausführenden Firmen notariell zum Schweigen verpflichten lassen. In den Abmachungen zwischen Mannesmann Italiana als erster Auftragnehmerin für die Beseitigung des Giftmülls und dem Schweizer Unternehmen Hoffmann-LaRoche wurde ausdrücklich bestimmt, daß die Fässer weder in Italien noch in der Schweiz gelagert werden dürften.

Politik spielt auch mit, wenn zum Beispiel der hessische Umweltminister Karl Schneider (SPD), Hausherr der Untertagedeponie Herfa-Neurode, des „sichersten Giftbunkers der Welt", die Aufnahme der Seveso-Fässer auf offizielle italienische Anfragen hin 1981 zweimal verweigert hat – unter Hinweis auf die hohen Risiken des Transportes. Ebenso abschlägig haben Hessen und Nordrhein-Westfalen Anträge der Hamburger Firma Boehringer Ingelheim beschieden, die wissen wollte, ob sie ihre Dioxin-Rückstände in den modernen Verbrennungsanlagen von Biebesheim (Hessen) oder Herten (Nordrhein-Westfalen) entsorgen könne.

„Abfallbeseitigung muß teuer sein"

Die bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln anfallenden Dioxine von Boehringer werden von Experten auf eine Menge von acht Kilogramm jährlich geschätzt – ein beachtliches Potential gegenüber jenen 200 bis 300 Gramm des Seveso-Mülls, die gegenwärtig als verschwunden gelten. Mangels anderer Entsorgungsmöglichkeiten ist die Hamburger Firma genötigt, diese Abfälle quer durch Norddeutschland zunächst nach Belgien zu transportieren, wo sie auf Verbrennungsschiffe verladen werden, die später wieder mit rauchenden Schloten vor der deutschen Küste kreuzen. Die Umweltminister der Bundesrepublik haben dieses Verfahren wegen zu niedriger Temperaturen und zu geringer Dauer des Verbrennungsprozesses als risikoreich klassifiziert. Der Verbrennung an Land, wo diese Bedenken nicht gelten, stehen wiederum geltende Planfeststellungsbeschlüsse entgegen, die nur in langwierigen Verfahren umgestoßen werden könnten.

In Wahrheit jedoch wirken noch ganz andere, unausgesprochene Motive mit: die Sorge vor Bürgerinitiativen, vor Störfällen, Unfällen und Katastrophen. Hinzu kommen die nicht einmal verhehlten „erzieherischen" Absichten der Politiker: „Abfallbeseitigung muß teuer sein" sagt zum Beispiel Fritz Vahrenholt, Abfallreferent im hessischen Umweltministerium. Auf diese Weise solle Druck auf die Produzenten ausgeübt werden, ihre Produktion umzustellen.

Für den französischen Müllmann Paringaux war der Handel mit dem Seveso-Dioxin ein „einmaliges Geschäft". Die Auskunft in seinem Brief an die HBK in Bad Schwartau, datiert mit „Marseille, 1. 6. 1982", kann durchaus als doppelsinnig gelten. „Unter Vorbehalt der Erteilung einer Ablagerungsgenehmigung und in Betracht auf die sehr ungewöhnlichen Ausmaße der Verpackungen" konnte der Müllhändler nämlich Preise weit über jenen auf französischen Deponien bezahlten 30 bis 50 Mark pro Tonne herausschlagen: für die Ablagerung 2700 Mark pro Tonne, und für den Transport noch einmal „DM 577 bis 769". Aber das Geschäft, so HBK-Geschäftsführer Adolf Hilmer, kam nicht zustande. Dioxin habe schon damals auf einem „Negativkatalog" der „DDR" gestanden. Merkwürdig bleibt bei alledem, daß über den Handel mit den Giftfässern ein halbes Jahr lang mit der HBK korrespondiert worden ist.

In „St. Pauli" hat das Laster keine Chance

Von GISELA KRANEFUSS

Und wie heißt Ihre Kirche?" wird das Pastoren-Ehepaar Wiltrud und Rainer Hendriks von Besuchern mit Blick auf das über 300 Jahre alte, klassizistische Gotteshaus am Pinnasberg oft gefragt. „Wenn wir dann sagen, das ist ‚St. Pauli', dann wird verlegen gelacht, weil für Touristen St. Pauli eben ein Platz für Lust, Laster und Lotterleben bedeutet." Aber „St. Pauli" ist auch eine Kirche. Sie war zuerst da und gab dem Stadtteil seinen Namen.

Die Pastoren Hendriks, 32 und 39 Jahre alt, Eltern von drei Söhnen, kamen vor fünf Jahren aus einer Gemeinde im Harz. „Wir hatten den Eindruck, kein Pastor wollte nach St. Pauli. Wir kamen wie Landpomeranzen, unbedarft und keine Ahnung vom Milieu." Die Kenntnisse vom Kiez, die sie benötigen, haben sie inzwischen. Aber sie interessieren weniger die 420 Amüsierbetriebe als die 5500 Seelen ihrer Gemeinde. Sie haben sich auch daran gewöhnt, daß Davidwache, Reeperbahn und Herbertstraße bekannter sind als ihre Kirche.

In St. Pauli ist alles ein bißchen anders. Auch der Gottesdienstbeginn. Er ist auf 11 Uhr gelegt. Pastor Hendriks erklärt das so: „Früher passierte es oft, daß ich meine Predigt unterbrechen mußte, weil meine Worte durch das laute Schnarchen von Nachtbummlern übertönt wurde. Auch mußte ich im Talar durch die Kirche sprinten, um prügelnde Raufbolde auseinanderzubringen." Die Raufbolde sind weg, und die Kirche ist noch ein bißchen leerer geworden. Große Kirchgänger sind die Gemeindemitglieder von „St. Pauli" nicht.

Es ist Sonntagmorgen, die Kirchturmuhr schlägt halb elf. Auf dem Fischmarkt, zu Füßen der Kirche, der seit 7 Uhr die Menschen anlockt, wird kehraus gemacht. Bis zu 100 000 Besucher werden an Sommer-Sonntagen gezählt. Der Duft von Fischkästen mit unverkauften Resten, von leeren Bierflaschen, dem kalten Fett der „Fritten"- und Wurstbuden und auf dem Boden zertretenen Obst- und Gemüseabfällen paart sich mit dem des Elbwassers, das schmatzend an die Kaimauer schlägt.

„Waren Sie schon mal da oben in der ‚St.-Pauli'-Kirche?" Der Bananenhändler starrt mich entgeistert an, als hätte ich etwas Obszönes gesagt, was ansonsten seine Spezialität beim Anbieten der krummen Gelben ist. „Der liebe Gott da oben, der hat mir diesen Sonntagmorgen-Job verschrieben. Und damit hat es sich. Ich rede direkt mit ihm."

Als es 11 Uhr schlägt, sitze ich mit sechs Erwachsenen und vier Kindern in der „St.-Pauli"-Kirche. So viele an der Zahl wie der Kirchenvorstand. „Och nee, das ist aber ein bißchen wenig", klagt der Pastor und holt uns in die Sakristei. „Hier ist es doch gemütlicher und wärmer." Der kleine, geschnitzte Jesus am Kreuz balanciert an einer Hand. Bisher hat wohl niemand gemerkt, daß die Nägel aus den Füßen und der linken Hand verlorengegangen sind. „Mehr als 30 sind wir eigentlich nie beim Gottesdienst", erzählt Pastorin Hendriks traurig. Mit 16 Mitarbeitern sind sie und ihr Mann bemüht, das Gemeindeleben im aussterbenden Stadtteil in Gang zu halten. Gottesdienst, Jugend- und Altenarbeit, Gesprächskreise und Bibelstunden, Kirchenmusik, Diakonie und Kindergarten mit Krippe, der nach Fertigstellung des Neubaues 80 Kindern Platz bietet. Ein Fünftel sind Ausländer.

Rainer Hendriks erzählt: „Hier sind *nicht* Drogen das Thema Nummer eins, sondern der Alkohol. Wenn man das Elend so hautnah erlebt wie wir, dann schmeckt das Bier einem selber nicht mehr." Und Hunger kennt man auch in der Gemeinde. 60 Prozent sind Sozialhilfeempfänger mit 500 Mark im Monat oder weniger. Zu ihnen gehört Charlotte Kastner, die vor 75 Jahren hier in – oder wie der Hamburger sagt – auf St. Pauli geboren wurde. Jeden Mittag um 14 Uhr kocht die kleine, adrette „Lotte", die Herz und Mundwerk auf dem rechten Platz hat, den Kaffee für die Senioren im Gemeindehaus.

Fünf Söhne hat sie geboren. Acht Enkel hat sie jetzt dazu. „Jahrzehnte bin ich früh um halb vier in der Fischhalle auf unserem Stand gewesen, bei dem die Hamburger Höker kauften." Der Mann starb an Nierenkrebs, der Handel blieb auf der Strecke. „Geklebt" hatte niemand für Lotte Kastner. Jetzt wohnt sie in einer kleinen, blitzblanken Sozialwohnung in der Bernhard-Nocht-Straße. „Ich habe den Blick auf meinen Hafen, mehr will ich nicht. Nur nicht weg von St. Pauli, alles andere kann ich ertragen."

Pastorin Wiltrud Hendriks, die morgens im Tante-Emma-Laden erfährt, wer krank oder zugezogen ist, will ihre Kirche ins Gespräch bringen. „An jedem letzten Sonntag im Monat veranstalten wir um 10 Uhr eine Fischmarktkirche mit viel Musik von klassisch bis zum Gospelchor, und wir machen dazu Foto-Ausstellungen." Einer, der wie alle anderen auch ohne Gage mitmacht, ist Reiner Schöne, Deutschlands erster „Jesus-Christ-Superstar"-Darsteller. „Ich wohne mit meiner Frau seit Jahren in St. Pauli. Die Menschen sind sehr arm, sehr nett und sehr ehrlich."

Letzteres wohl nicht alle. Rainer Hendriks: „Die haben uns kräftig beklaut. Zwei Zeugen der alten Vergangenheit gibt es nur noch. Den steinernen Heiligen St. Paulus aus dem 17. Jahrhundert und das ebenso alte Taufbecken. Von ihm ist der Deckel weg, dann wurden noch ein Ölbild und ein Kruzifix gestohlen." Die Hendriks sind keine Moralapostel. Damit kämen sie in St. Pauli nicht weit. Sie lassen sich aber auch nicht entmutigen. „Wir arbeiten so, wie wir jede normale Gemeinde betreuen würden. Was wir im Milieu helfen können, das tun wir ganz, ganz still."

St. Pauli, das sind immer mehr alte Leute und immer mehr Ausländer. Viele werden mit den eindeutigen Angeboten vor der Haustür nicht fertig oder sie erliegen der Versuchung, eine schnelle Mark auf nicht legale Weise zu machen. Kleine Mädchen spielen auf der Straße „Nutte". Sie wackeln mit dem Popo und machen „Paff-paff", als ob sie rauchten.

Zwei Straßen weiter, auf der Großen Freiheit, steht die katholische „St.-Joseph"-Kirche, Norddeutschlands schönster Barockbau, von 1721. Nur wenige hundert Meter dieser schmalen Straße bieten Garantie für Lust und Laster. Bei Tageslicht, ohne die grellen Neon-Leuchtreklamen, sieht alles ein bißchen schäbig aus. Das ausgebrannte Sextheater „Salambo" des Franzosen René Durand grenzte direkt an das neue Schwesternhaus von ‚St. Joseph'. Pfarrer Albert Mackels ist seit dreißig Jahren Priester auf Hamburgs heißester Zeile. Der drahtige 70jährige Aachener, liebevoll Don Camillo genannt, lächelt milde: „Schade, daß es nicht ein Jahr früher gebrannt hat, dann hätten wir den Abbruch unseres alten Schwesternhauses vielleicht billiger gehabt."

Eine alte Frau bringt eine dicke Kerze für die Jungfrau Maria. „Weil der Schweinekram da nebenan ein Ende hat." Als René Durand einmal sehr krank war, da füllten seine Sex-Akrobaten während der Messe zwei Reihen und beteten für ihn. An der Mauer von „St. Joseph" steht: Es gibt nichts, womit Jesus nicht fertig wird.

Pfarrer Mackels erzählt, daß 4000 Bürger in seinem Bereich wohnen. „2000 aus 58 verschiedenen Nationen gehören zur Gemeinde. Von Schwarzafrikanern über Ceylonesen bis zu Filipinos. Die Portugiesen sind am stärksten vertreten und besonders fleißige und gute Kirchgänger. Wir haben immer rund 150 Besucher in der Kirche." Über die Geheimnisse um „St. Joseph" redet der Pfarrer nicht gerne. „Alles Quatsch. Ich weiß nichts von unterirdischen Gängen, die bis zum kleinen und großen Michel führen sollen." Besonders interessant ist „St. Joseph" trotzdem. Und das nicht nur wegen der direkten Nachbarschaft vom „Tabu", von „Colibri", „Jahnkes Eck" und den Travesti-Schuppen.

Die berühmten Katakomben von Paris, Rom und Wien haben ganz andere Ausmaße als die Gewölbe unter „St. Joseph". Aber in Deutschland gibt es keine Krypta mit annähernd so vielen Toten. 284 ruhen unter der Großen Freiheit. 1719 wurde Graf Fuchs von Bimbach als erster beigesetzt, der letzte vor hundert Jahren. Pfarrer Mackels erinnert sich: „Als ich nach ‚St. Joseph' kam, standen die schwarzen Särge neben- und übereinandergestapelt."

Pfarrer Albert Mackels ist mit seiner Gemeinde zufrieden, die für 40 000 Mark zwei Barockfiguren und außerdem ein neues Glockenspiel gestiftet hat. „Die Bestattungen überwiegen, die Kinder kriegen die Ausländer, aber in diesem Jahr haben wir schon vier Taufen und vier Trauungen gehabt und noch keine Beerdigung." Der Pfarrer liebt seine Schäfchen, die weißen wie die schwarzen. Sonja, die Prostituierte, die ihr Abitur in einer Klosterschule gemacht hatte, ist 77 Jahre alt.

„Wir kennen uns seit dreißig Jahren", erzählt der Priester. „Als sie 65 wurde, habe ich gefragt, ob sie nicht kürzer treten wollte. Sie arbeitete weiter. Jetzt hat sie mir versprochen, sich zu überlegen, ob sie nicht in den Ruhestand geht." Aber beichten will Sonja nicht. Sie lacht: „Ich bereue doch nichts. Und außerdem schäme ich mich vor dem Pfarrer." Das veranlaßt Mackels wiederum zu sagen: „Quatsch, ich weiß ja sowieso, was sie gemacht hat." Eben, St. Pauli ist auch nicht nur Kirche.





Das Ehepaar Hendriks, die Pastoren von „St. Pauli", und Pfarrer Albert Mackels von „St. Joseph" FOTOS: CHRISTA KUJATH

Wie die USA den Besuch des deutschen Kanzlers bewerten

Washington sieht in Kohl den Garanten stabiler Beziehungen

TH. KIELINGER, **Washington**

Hochzufrieden mit der Atmosphäre der Gespräche zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan haben sich die Teilnehmer dieser eintägigen deutsch-amerikanischen Gipfelkonferenz geäußert. Aber die Genugtuung geht über die positive Einschätzung des Atmosphärischen hinaus. Man erkennt in Kohl einen Garanten stabilerer deutsch-amerikanischer Beziehungen, als es sie in den vergangenen Jahren gegeben hat.

Amerikanische Regierungskreise zeigten sich generell erleichtert, wieder mit einem deutschen Partner zu tun zu haben, der einen *verläßlichen politischen Konsens* repräsentiert. Wenn beispielsweise Helmut Kohl, wie er das in Washington tat, erneut die unumstößliche Entschlossenheit der Bundesregierung hervorhebt, den NATO-Doppelbeschluß einzuhalten, dann verrät diese Aussage in amerikanischen Augen die Sicherheit eines Politikers, der seine Koalition, seine Partei und die Mehrheit des Parlaments sicher hinter seiner Regierung weiß. Das ist mehr, als Kohls Vorgänger in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit in die Waagschale zu werfen hatte, wenn immer er in Washington seine Aufwartung machte.

Kohls Ansichten und politische Perspektiven haben daher, vorab, in der amerikanischen Hauptstadt beträchtliches Gewicht. Das zeigte sich vor allem beim Thema Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten, einem heiklen Terrain, auf dem die kommende Wirtschafts*gipfelkonferenz in Williamsburg* leicht ausrutschen könnte. Seiner Intuition nach würde Präsident Reagan am liebsten die Frage des Osthandels – Technologie-Transfer, Kredit-Politik etc. – oben auf die Tagesordnung von Williamsburg stellen, ganz im Sinne jener Exportverschärfungen, die er unlängst dem Kongreß, als Novelle des US-Exportgesetzes von 1979, vorgeschlagen hat und die die Amerikaner schon im vergangenen Sommer in Versailles von ihren westlichen Partnern eingehandelt zu haben glaubten.

Aber der deutsche Bundeskanzler konnte den amerikanischen Präsidenten weitgehend – auch namens der Europäer – davon überzeugen, daß ein Wiederaufleben dieser Debatte das westliche Lager zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur unnötig belasten müßte. Noch in unguter Erinnerung ist der krampfhafte Kompromiß von Versailles und der nachfolgende Eklat, als dieser Kompromiß zerbröckelte und Ronald Reagan sein Embargo gegen den Bau der sibirischen Pipeline verhängte.

Die Reagan-Regierung steht in dieser Frage unter zweifachem Druck: dem ihrer eigenen Öffentlichkeit, der sie einen verschärften Wirtschaftskurs gegenüber Mos*kau als Teil der neuen Contain*ment-Politik angekündigt hat. Und dem der europäischen Öffentlichkeit und der europäischen Regierungen, die einen dezidierten Konfrontationskurs gegenüber Moskau ablehnen, sofern dieser über die in der Cocom-Runde ohnehin schon verschärften Maßnahmen und das Gebot „kluger Zurückhaltung" hinausgeht.

Ein solcher Konflikt geht in die Tiefe von Prinzipien. Kompromisse sind da nur möglich, wenn man auf der Basis vollkommenen Vertrauens miteinander umgeht. Gerade dies ist die neue strategische Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Kohl: Es herrscht Vertrauen. Das ist ein Guthaben, das die Amerikaner als Politikum wohl in ihre Kalkulationen aufzunehmen wissen, jenseits aller „good feelings", die zwischen dem Präsidenten und dem Kanzler herrschen mögen. Es *ist in Washingtons Interesse, einen* Partner, auf den man so viel baut, so wenig wie möglich zu enttäuschen oder in Schwierigkeiten zu bringen.

Jedenfalls hat der Kohl-Besuch in der vorigen Woche bereits jene Kompromißformel hervorgebracht, mit deren Hilfe man um das strittige Thema Ost-West-Handel in Williamsburg einen großen Bogen wird machen können: Es befinden sich ja noch die verschiedensten Studien in Arbeit, die man seit Versailles und nach der Aufhebung des Pipeline-Embargos im vergangenen September beschlossen hatte, darunter auch eine OECD-Studie über den Osthandel. Die Expertengruppe wird über den Stand ihrer Überlegungen in Williamsburg vortragen – das ist alles. Zentral braucht sich dann der Gipfel nicht mit dieser später auszudiskutierenden Frage beschäftigen. In der Tat wird man mit den Themen Konjunktur, Währung, Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaft ein ohnehin schon volles Programm vor sich haben.

Es ist ganz offenkundig: Dem Weißen Haus ist die Geschlossenheit der Kohl-Regierung und die persönliche Entschlossenheit des Kanzlers selber in der alles überragenden Frage der Sicherheitspolitik (NATO-Doppelbeschluß) eine Menge Kompromißbereitschaft wert. Gut so. Soll der deutsche Kanzler mit dem vielzitierten „deutschen Interesse" durchaus wuchern, wenn er, im Gegenzug, ein so hohes Maß an Verläßlichkeit und Bündnistreue anzubieten hat.

Umgekehrt ist damit zu rechnen, daß auf einem anderen strittigen Feld, der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, eher Washington die Seite sein wird, die von ihren Partnern das Mehr an Entgegenkommen erwartet. Es herrscht nicht der geringste Enthusiasmus unter den Reagan-Beratern über das von den neutralen und blockfreien Ländern eingebrachte Schlußpapier vor. Hart formuliert: Eher ginge die US-Delegation ohne Ergebnis von Madrid fort, als ein Papier zu unterzeichnen, das in ihren Augen die konkreten Fragen der Menschenrechte – sprich: der Menschenrechtsverletzungen – *quasi ausspart*. So viel wäre ihnen eine Konferenz über Abrüstung in Europa nicht wert.

Doch kommt auch hier der Faktor Vertrauen ins Spiel. Es ist kein Allheilmittel für politische Konflikte, aber ein wichtiges Instrument, sie vor dem Ausufern zu bewahren. Auch die Senatoren, mit denen Kohl zusammentraf, haben es gespürt: Hier ist ein Europäer, der sie wieder anspricht – geradeheraus, entschieden, optimistisch, freundschaftlich. Mit solchen Partnern könnte Europa-Politik in Washington seinen anrüchigen Nimbus verlieren.

Reagan läßt die Tagesordnung für Williamsburg überarbeiten

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Nach dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Washington ist die Reagan-Administration dabei, die Tagesordnung für den Wirtschaftsgipfel Ende Mai in Williamsburg zu überarbeiten. Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, ergingen schon Anweisungen an die „Sherpas" (Pfadfinder) der sieben beteiligten Regierungen, die am Wochenende in der historischen ersten Hauptstadt des US-Bundesstaates Virginia zusammentrafen. Die Vorbereitungsgespräche der Staatssekretäre werden in Kürze in Washington fortgesetzt.

Wie von den Europäern gewünscht und von Kohl als derzeitigen Ratspräsidenten der EG vorgetragen, soll der Osthandel und damit so umstrittene Fragen wie Energieabhängigkeit, Technologietransfer und Kreditvergabe nicht mehr den Gipfel beherrschen. Noch in der vergangenen Woche hatte es in der Administration geheißen, daß Präsident Reagan etwa die Hälfte der Zeit für diesen Themenkreis verwenden wolle. Dies ist nun auch offiziell dementiert worden. Was sich jetzt herausschält, ist diese Agenda:

– Konjunkturlage in den sieben Industriestaaten und der übrigen Welt. Verstärkung der sich abzeichnenden Erholung durch engere Konsultationen und Abstimmung. Dabei hat der Abbau der Arbeitslosigkeit Vorrang.

– Fortsetzung des Nord/Süd-Dialogs mit Blickrichtung auf die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung in Belgrad (Unctad). Wie Kohl im Weißen Haus erklärte, „leistet die Wiederbelebung der Weltwirtschaft einen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer".

– Internationale Verschuldung – weitere Maßnahmen zur Behebung der Krise, zum Beispiel auch durch zusätzliche Stärkung der multinationalen Organisationen. Um Informationen vor Ort zu sammeln, sind US-Außenminister Shultz und US-Finanzminister Regan gestern zu zweitägigen Gesprächen nach Mexiko geflogen.

– Handelspolitik und Protektionismus. Vermutlich wird es in Williamsburg ein neues Versprechen der Teilnehmer geben, keine künstlichen Einfuhrbarrieren zu errichten. Zur Sprache kommen aber die von Amerika geforderten Regeln über den internationalen Dienstleistungsverkehr, Investitionen im Ausland und den Agrarhandel.

– Interventionen an den Devisenmärkten, wobei der Diskussion die in Versailles beschlossene Studie über die Erfahrungen mit staatlichen Eingriffen zugrunde liegt.

– Ost/West-Beziehungen.

Daß der Osthandelsbereich an das Ende der Tagesordnung gerutscht ist, geht auf das Konto von Bundeskanzler Kohl. Mit großem Nachdruck warnte er in Washington vor einem Festbeißen an diesem heißen Thema, ein Scheitern des Gipfels sei sonst wahrscheinlich. Williamsburg müsse ein Erfolg werden, und dazu benötige man ein gutes Arbeitsklima. Das Weiße Haus, das den Erfolg ebenfalls will, hat diesen Hinweis akzeptiert. Reagans Sherpa-Führer, Staatssekretär Wallis, fühlte sich geradezu „ermutigt". „Ost/West ist kein größeres Hindernis", betonte er.

Aus zwei Gründen können sich die USA in den Auseinandersetzungen über die Ost/West-Beziehungen flexibel verhalten. Einmal tagt der Koordinierungsausschuß Cocom, der den Technologietransfer in die kommunistischen Länder immer stärker überwacht, Ende April auf „hoher Ebene", wie Wallis erklärte. Zum anderen bereiten Cocom und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Studien vor. Fertiggestellt sein wird bis zum Gipfel vermutlich nur eine, so daß lediglich Teilgebiete andiskutiert werden können und die eigentliche Behandlung auf später verschoben wird.

Hinzu kommt, daß einzelne Vorschläge zur Änderung des US-Außenhandelsgesetzes im Ausland auf derart heftige Kritik gestoßen sind, daß der Kongreß das Papier niemals in der scharfen Form (die WELT v. 7. April) absegnen wird. Neu nachdenken muß die Administration zum Beispiel über die exterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts, indem sie ausländische US-Tochtergesellschaften oder Lizenznehmer in Exportverbote einbezieht, über Einfuhrkontrollen für ausländische Produkte sowie über eine Ausdehnung der Abwicklungsfrist für bestehende Verträge, die mit 270 Tagen als viel zu kurz angesehen wird.

Eines hat der Kohl-Besuch am Potomac klar gezeigt: Wirtschaftsprobleme lassen sich leichter lösen, wenn ansonsten eine Fülle von Gemeinsamkeiten besteht. Zwischen Reagan und Kohl ist das der Fall.

„Breschnew wollte 1968 Dubcek und Svoboda ermorden"

AFP/SAD, **Paris/Moskau**

Der heutige sowjetische Parteichef Andropow habe Breschnew im August 1968 davon abgehalten, den damaligen CSSR-Parteichef Dubcek und Staatspräsident Svoboda eigenhändig zu erschießen, weil sie dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen und der Beendigung des „Prager Frühlings" nicht schriftlich zustimmen wollten. Der 1974 zwangsexilierte sowjetische Schriftsteller Alexander Solchenizyn gibt diese Darstellung in einem „offenen Brief an die Japaner".

In dem auszugsweise vom Pariser „Figaro" abgedruckten Brief schreibt Solschenizyn: „Breschnew war außer sich. Er nahm einen Revolver aus der Schublade und stürzte sich auf die Tschechen. Andropow stellte sich ihm in den Weg." Der Schriftsteller bezeichnete den Kommunismus erneut als „menschenfeindliches Phänomen".

„Ideologisch nicht standfest"

AP/AFP, **Berlin**

Zweifel am sozialistischen Bewußtsein und der ideologischen Standfestigkeit eines Teils der „DDR"-Einwohner hegt der Prorektor der Ostberliner Humboldt-Universität, Professor Dieter Klein. Angesichts der Widrigkeiten des Alltags falle es dem einzelnen offenbar schwer, immer die gesamtpolitischen Zusammenhänge und Ursachen nachzuvollziehen. Deswegen, so forderte Klein nach einem Bericht des Berliner Informationsbüros West, müßten der Bevölkerung „mit nie gekannter Schärfe" die Vorzüge des Sozialismus und die Krise des Kapitalismus verdeutlicht werden.

KSZE: Debatte über Menschenrechte

rtr, **Brüssel**

Der amerikanische Chefdelegierte bei der Madrider Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die am Dienstag wiederaufgenommen wird, will auf eine Verbesserung der Menschenrechte in der Sowjetunion drängen. Botschafter Max Kampelman erklärte, der von Neutralen und Blockfreien vorgelegte Kompromiß sei zwar eine gute Verhandlungsgrundlage, aber „wir finden ihn in einigen Aspekten enttäuschend". Die Art und Weise, wie in der Kompromißvorlage die Fragen der menschlichen Kontakte, der Familienzusammenführung, der religiösen Freiheit und der Störung westlicher Rundfunksendungen in den Osten behandelt würden, sei „unangemessen".

Gegen „bequeme" Friedensvorschläge

AP, **Vatikanstadt**

Die Konferenz der katholischen Bischöfe Italiens hat im Vatikan zum Abschluß ihrer 21. Generalsynode einen neuen Friedensappell erlassen, in der vor „bequemen", nur taggebundenen Friedensvorschlägen gewarnt wird. „Der Chor unserer Stimmen hat zur Bekräftigung der Kultur des Friedens und der Ablehnung der Kultur des Todes aufgerufen. Wir wollen nicht, daß unser Land unter Waffenbedrohung oder physischer und moralischer Gewalt leidet. Wir wollen aber auch nicht, daß Italien durch bequeme und taggebundene Friedensvorschläge getäuscht wird, hinter denen sich in Wirklichkeit Pläne von Vorherrschaft und Ausbeutung verstecken", heißt es. Abzulehnen seien auch die zahlreichen Formen des Verbrechens und der physischen Gewalt gegen Personen und Einrichtungen, unter denen Italien heute leide. Der Friedensappell wurde in kirchlichen Kreisen als Warnung vor einem „einseitigen Pazifismus" interpretiert.

Holt Zimmermann Schreiber nach Bonn?

dpa, **München**

Der Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber soll nach Informationen der „Bild am Sonntag" auf Wunsch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Bonner Innenministerium die Fachaufsicht über das Bundeskriminalamt (BKA) übernehmen. In dem Bericht hieß es weiter, Zimmermann wolle den 57jährigen Juristen und ehemaligen Studienfreund zum Abteilungsleiter und Ministerialdirektor der Abteilung „Polizei" ernennen.

FDP-Forderungen zum Föderalismus

gba, **Bonn**

Für die Beseitigung der „Grauzone" in der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern einschließlich der Mischfinanzierung haben sich die Freien Demokraten ausgesprochen. Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern beschloß in Bonn die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die konkrete Vorschläge zum Thema erarbeiten soll. Damit solle die „Denaturierung des Föderalismus" behoben werden, erklärte der Sprecher der Parlamentarischen Arbeitsgruppe in Bayern, Julian Gyger.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Tod am Kontrollpunkt Drewitz läßt viele Fragen offen

Ost-Berlin gibt der Ständigen Vertretung keine näheren Auskünfte über den Zwischenfall

hrk. **Berlin/Bonn**

Der mysteriöse Herztod des Berlin-Reisenden Rudolf Burkert am 10. April in der „DDR"-Kontrollbaracke am Übergang zu West-Berlin führte in Ost und West zum merkwürdig selben Zeittakt: Bundespresseamt und die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN („Eilt") bestätigten erst am Samstagmittag, was Bonn und Ost-Berlin seit knapp einer Woche verschwiegen. Seit „DDR"-Grenzer im Morgengrauen des 5. August 1976 auf der Hirschberger Saalebrücke den Italiener Benito Corghi, Fernfahrer und KPI-Mitglied, erschossen, bedeutet der unaufgeklärte Tod im Vernehmungsraum der Sicherheitskräfte den bislang schwerwiegendsten Zwischenfall während des gut zehn Jahre alten Transitabkommens.

Nach Informationen der WELT, die auch Aufschluß über Inhalt von Fernschreiben erhielt, begann das Drama vom Drewitz am vorletzten Sonntagvormittag:

Rudolf Burkert startet mit dem 41jährigen Helmut Wulf auf dem Beifahrersitz des Mercedes in Asendorf, um in Berlin ein Boxturnier zu besuchen. In der ersten Raststätte hinter Helmstedt – „Magdeburger Börde" – stoppt der Wagen, und Burkert trifft sich mit dem Ehemann seiner Kusine aus Thüringen. Dort verabreden beide, auf dem nächsten Parkplatz in Richtung Berlin zu halten, damit Burkert seinem Verwandten einige Süßigkeiten und Fan-Aufkleber des Hamburger Sportvereins übergeben könne. Das geschieht auch.

Die Weitergabe des kleinen Geschenks – nach dem Transitvertrag untersagt – beobachten offenbar auf dem Rastplatz postierte Spitzel und melden das Kennzeichen von Burkerts Wagen der Übergangsstelle zu West-Berlin, Drewitz/Dreilinden.

Als Burkert und Wulf dort gegen Mittag eintreffen, werden sie sofort aus der Schlange der ausfahrenden Transitwagen gewinkt. Burkert muß sein Auto in eine der Spezial-Garagen auf dem Gelände lenken, in denen die „DDR"-Posten mit Waffen im Anschlag auch die sogenannten „Verdachtskontrollen" vornehmen, wenn sie annehmen, im Wagen befinde sich ein versteckter Flüchtling.

Nachdem zunächst Burkerts Beifahrer Wulf von den Posten zur Vernehmung geführt wird, aber keine Angaben machen kann, holen die Grenzer Burkert.

Während Wulf bei den späteren amtlichen Befragungen im Bundesgebiet zunächst angibt, „nach kurzer Zeit" seien ein Krankenwagen mit einer Ärztin oder Schwester vorgefahren, sagt er später, dies sei „nach längerer Zeit, rund zwei Stunden" geschehen. In diesem Zeitraum erfolgte offenbar die Befragung Burkerts durch mehrere Sicherheitsoffiziere. Derartige Verhöre wurden durch frühere Op*fer dieser Prozeduren mehrfach als* „brutal und schikanös" bezeichnet. Die Vernehmer versuchen dabei, vor allem angebliche Verbindungen zu kommerziellen Fluchthelfergruppen in der Bundesrepublik zu erforschen.

Nach einer Wartezeit teilt schließlich die Ärztin dem wartenden Freund Burkerts mit, er sei soeben verstorben und fragt, ob er „herzkrank oder medikamentenabhängig" gewesen sei. Wulf verneint beides. Gegenüber der „Berliner Morgenpost" schilderte Wulf den Anblick, als der Vernehmungsraum kurz geöffnet wurde: „Ich sah, die Grenzer hatten eine Decke über ihn geworfen. Ich hörte einen der Soldaten noch sagen: ‚Soweit hatten wir ihn schon, aber die Unterschrift konnte er uns nicht mehr geben.'"

Dies bezieht sich offenbar auf die „DDR"-Praxis, in derartigen Fällen schriftliche Schuldanerkenntnisse über die Verletzung des Ostberliner Zollgesetzes zu erhalten. Damit sind dann Bußgelder bis zu mehreren tausend D-Mark verbunden. Als „Pfand" wird notfalls der Wagen des Reisenden beschlagnahmt.

Im Wagen eines anderen Transitreisenden kommt Wulf gegen 23 Uhr in Helmstedt an. Er informiert erst am anderen Tag die Polizei.

Montag, 11. April: Unter dem lapidaren Begriff „Vorkommnis" setzt das niedersächsische Innenministerium um 13 Uhr 15 sein FS Nr. 71 an einen großen Verteiler-kreis von Bonner und Berliner Behörden ab.

Dienstag, 12. April: Das Ostberliner Außenministerium informiert die Ständige Vertretung, daß Burkert am 10. April „im Bereich des Grenzkontrollpunktes Drewitz" an Herzversagen gestorben sei.

Mittwoch, 13. April: Die Leiche wird gegen ein Honorar von 2500 D-Mark über Helmstedt nach Asendorf überführt.

Donnerstag, 14. April: Im Institut für Rechtsmedizin in Hamburg ergibt die Leichenschau fünf Verletzungen: „Eine 11 mm lange Platzwunde mit Blutstraße am linken oberen Augenlid mit markstückgroßem Hämatom, ein leichtes Hämatom an der linken Wange, an der Unterlippe Mitte innen ein Hämatom, den Bruch des Schildknorpelansatzes am Zungenbein, ein leichtes Hämatom am rechten Unterarm, Ellenseite". Als Todesursache wird „Herzinfarkt" vermerkt. Jedes der fünf Symptome könne durch Sturz herbeigeführt worden sein: in der „Konzentrierung" sei dies jedoch „unwahrscheinlich. Faustschläge sind nicht ausgeschlossen".

Zweimal bemühte sich die Ständige Vertretung in der vergangenen Woche vergebens beim Ostberliner Außenministerium um exaktere Angaben, was dem Herzinfarkt vorausgegangen sei. „Man hat uns regelrecht abtropfen lassen", erklärte ein Beamter. Staatssekretär Bräutigams Vertreter, Ministerialdirigent Hannspeter Hellbeck, sagte zur WELT: „Wir haben bisher keine zureichenden Erklärungen erhalten und gehen der Sache weiter nach."

Berlins Bundessenator Professor Rupert Scholz sagte: „Wenn sich herausstellen sollte, daß hier in irgendeiner Form Gewaltanwendung zu verzeichnen ist, dann wäre dies ein Tatbestand von äußerst schwerwiegender Bedeutung."

Einflußversuche der DKP stoßen in der Friedensbewegung auf Widerstand

Der geplante Marsch auf Bonn im Herbst führte in Köln zu Auseinandersetzungen

WERNER KAHL, **Köln**

Unter den zahlreichen Anhängern der verschiedenen Gruppen, die sich als Sammelbecken der Friedensbewegung verstehen, sitzt in diesem Frühjahr das Mißtrauen tief. Vor 600 Delegierten der (3.) Aktionskonferenz mehrerer Großorganisationen gegen die NATO-Nachrüstung klagte gestern in Köln die Sprecherin einer kleineren Gruppierung über „skandalöse *Manipulationstechniken*". Graswurzelrevolutionäre, wie sich die Utopisten einer gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft bezeichnen, brüteten zugleich im Plenum über Kuckuckseiern, die tags zuvor gewiefte Taktiker des DKP-nahen Spektrums um das „Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit" (Kofaz) in Arbeitskreisen gelegt hatten.

Es macht der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nichts, daß man draußen nichts von ihr wissen will. Auch nicht, daß viele innerhalb der Friedensbewegung DKP-Funktionären Hörigkeit ge*genüber Ost-Berlin und Moskau* vorwerfen, die zum Teil zu Ablehnung und Verachtung geführt hat. So wurde auf der überregionalen Aktionskonferenz in der Kölner Pädagogischen Hochschule bereits in der Eröffnungssitzung einem Sprecher der VVN/Kofaz verkappte DKP-Agitation vorgeworfen. „Wo sind hier die Grünen nach ihrem Einzug in den Bundestag", fragte der aus dem Verband Oldenburg-Neustadt angereiste Delegierte. Der Versammlungsleiter bat um Handzeichen. Ein knappes Dutzend Hände flogen hoch. Unter den Grünen die Bundestagsabgeordneten Roland Vogt und Jürgen Reents. „Gegenfrage", rief ein Mädchen aus dem Plenum, „nun zeigt mal die DKP." Keiner rührte sich. Die stillen Vertreter der 0,2-Prozent-Partei (Bundestagswahl) gaben sich nicht zu erkennen.

Aber dann zeigte sich, was der Parteiapparat an Vorarbeit geleistet hatte, um diese Aktionskonferenz von BBU, Aktion Sühnezeichen, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) und Kofaz sowie einer Reihe autonomer Gruppen zu beeinflussen. Noch einmal sollten die Beratungen, wie die Ende Februar in Frankfurt, nicht zu einem *Schlag ins Wasser* werden. *Im* Raum 136 – Arbeitskreis „Arbeitnehmer" – kam sofort der „konkrete Vorschlag" des agitatorisch geschulten Delegierten: In den Betrieben den Widerstand bis hin zu „Arbeitsniederlegungen" zu organisieren.

Die in diesem Arbeitskreis diskutierenden „Friedenskämpfer" wurden an das Frühjahr 1958 erinnert. Es war die erste große von der illegalen KPD-Führung in Ost-Berlin mit organisierte und finanzierte („Studentenkurier" und „Konkret") Protestbewegung gegen Atomwaffen. Bei den ersten konspirativen Treffen in Ost-Berlin mit bürgerlichen Anhängern der Aktion tauchte bereits Herbert Mies, heute DKP-Chef, auf. Und im Oktober 1958 sangen illegale KPDler mit Ulrike Meinhof „ihr neues Landsknechtlied zur Melodie eines alten Fanfahrenmarsches" (Ex-Ehemann Klaus Rainer Röhl): „Hoch die Generale, hoch die Generale von der Bundeswehr. An die Laternenpfahle, an die Laternenpfahle von der D-D-R. Wir wollen die volle, volle, volle Diktatur des Proletariats."

An dieses Aufbruchsjahr 1958 will die DKP in diesem Frühjahr anknüpfen und zum Herbst mit dem „Marsch auf Bonn" einen Höhepunkt in der Politik gegen die NATO erreichen. Der „Kommunistische Bund" (KB) verweigert in diesem Punkt der DKP Gefolgschaft. Ihren Funktionären wurde gestern vorgeworfen, sie versuchten der „gesamten Bewegung ihr Konzept als ausschließliches aufzudrücken". Dabei scheue die DKP nicht „vor den blödesten und undemokratischsten Tricks" zurück.

Der geplante Supermarsch auf Bonn am 21./22. Oktober – zum Abschluß einer Aktionswoche in der Bundesrepublik – brachte die Begegnung gestern an den Rand des Fiaskos. Aus dem Arbeitskreis gegen Raketenstandorte berichtete der Sprecher, nur zwei Zehntel hätten sich für eine Großdemonstration in der Bundeshauptstadt ausgesprochen. Dagegen plädieren verschiedene Gruppen für drei Marschsäulen in Nord-, West- und Süddeutschland mit Kellinghusen, Heidelberg und Stuttgart/Neu-Ulm als zentrale Demonstrationsorte. Dahinter verbirgt sich die Sorge, nicht genügend Teilnehmer auf den Weg nach Bonn zu bringen. Neben der Erkenntnis, zahlreiche Gruppen hätten es abgelehnt, sich für einen Marsch in die Bundeshauptstadt erneut mobilisieren zu lassen, so ein Sprecher, betrachteten es verschiedene Organisationen als „eine Illusion, die neue Regierung durch eine solche Veranstaltung unter Druck setzen zu wollen".

BBU-Sprecher Jo Leinen rettete gestern mittag die zerstrittenen Flügel vor dem völligen Auseinanderbrechen, indem er Kompromißbereitschaft forderte: „Verbreiterung und Verschärfung ist nicht in einer einzigen Aktion machbar. Das hier kann nur ein Anfang sein." Und die Frage, ob nun nach *Bonn marschiert wird oder nicht*, ließ auch der BBU-Manager offen mit der Warnung, der 22. Oktober dürfe nicht über „Sein oder Nichtsein der Friedensbewegung entscheiden".

Das Wahlgremium bleibt umstritten

Taktieren von Biedenkopf beeinflußt die Vorentscheidung in Nordrhein-Westfalen

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Nach dem einstimmigen Votum des CDU-Landesverbandes Rheinland, seinen Vorsitzenden Bernhard Worms als Spitzenkandidat für die Landtagwahl 1985 in Nordrhein-Westfalen aufzustellen, ist nur noch strittig, welches Gremium die Wahl zwischen Worms und Kurt Biedenkopf fällen soll. Der Oppositionschef im Düsseldorfer Landtag, der schon seit mehr als zwei Jahren Anspruch auf die Führerschaft für 1985 erhebt, ließ sich von seinem Landesverband Westfalen-Lippe bestätigen. Allerdings stimmten im Vorstand nur 20 Mitglieder für ihn, sieben sprachen sich gegen ihren Parteichef aus, und zwei enthielten sich.

Nach den Partei-Statuten ist für die Aufstellung der *Liste* ein sogenanntes 120er Gremium – paritätisch aus Rheinländern und Westfalen besetzt – zuständig, das sich nur einmal 15 Monate vor der Landtagswahl trifft. Die Westfalen dringen jetzt aber darauf, die Entscheidung der Landesversammlung der beiden Verbände zu überlassen, deren 300 Mitglieder sich ohnehin am 7. Mai treffen, um den Bundesparteitag Ende Mai in Köln vorzubereiten.

Der Vorschlag der Rheinländer, Worms und Biedenkopf sollten sich einem autorisierten Gremium zur Abstimmung stellen, das zusammengesetzt ist aus den beiden Landesvorständen und den je 27 Kreisvorsitzenden, wurde von den Westfalen bisher nicht akzeptiert. Offensichtlich befürchten sie, daß die eigenen Leute bei der Kampfabstimmung nicht geschlossen hinter Biedenkopf stehen.

Bemerkenswert ist, wie die Entscheidungen zustande kamen. Denn Worms und Biedenkopf hatten sich am Donnerstag mit ihren *Vertretern Hans-Ulrich Klose und* Heinrich Ostrop vertraulich zusammengesetzt. Das Ergebnis dieses Gespräches faßte Biedenkopf in einem Brief an die Teilnehmer zusammen. Darin hieß es, es sei Einigung erzielt worden, den jeweiligen Landesvorständen vorzuschlagen, die Personalentscheidung der Landeswahlversammlung, dem 120er Gremium, zu überlassen, die erst im März 1984 zu*sammengerufen* werden *kann*. Beide, Biedenkopf und Worms, verpflichteten sich, bis zu jenem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit keine Ansprüche auf den begehrten Spitzenplatz zu stellen.

Mit dieser Marschroute versehen wollte Worms tags darauf seinem Vostand berichten. Er, der von Anfang an die Frage der Spitzenkandidatur offengehalten hatte, und Biedenkopf mehrfach abbremsen mußte, war offensichtlich erleichtert, denn ihm lag daran, Ärger mit den Westfalen zu vermeiden. Doch erreichte ihn kurz vor der Landesvorstandssitzung ein zweiter Brief Biedenkopfs. Dort hieß es, er habe *erfahren, daß die Rheinländer nun* den Schluß zögen, er, Biedenkopf, wolle keine Entscheidung mehr. Worms solle sich nun darauf einrichten, daß die Westfalen auf eine endgültige Entscheidung drängten.

Seite 2: Etappe eines Wettlaufs

Denkzettel für Landeschef Rothemund

Bayerische SPD stimmt auf Parteitag gegen Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals

PETER SCHMALZ, **Nürnberg**

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD in Nürnberg die Delegierten aufgerufen, weniger Zeit für den internen Parteibetrieb zu verwenden und mehr öffentliche Vertrauensarbeit zu leisten. Wie weit Bayerns Sozialdemokraten von einem Gemeinschaftsgefühl entfernt sind, demonstrierten die 306 Delegierten am Tag vor der Vogel-Rede. Ihrem seit sechs Jahren amtierenden Landeschef Helmut Rothemund, der ohne Gegenkandidat nochmals antrat, verpaßten sie mit nur 233 Jastimmen sein bisher schlechtestes Ergebnis. Nur 76,9 Prozent der Delegierten stimmten für ihn, vor zwei Jahren waren es noch 83,1 Prozent. Hier artikulierte sich offensichtlich der Unmut der Basis über die Parteiführung.

Auch die nachfolgende Debatte über einen Antrag, den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals sofort zu beenden, wurde überlagert von diesem internen Führungsärger, was schließlich zu einem totalen Abstimmungschaos und einem schweren Konflikt zwischen Parteitag und Rothemund führte.

Die bayerische SPD hatte sich bisher gegen die Bundespartei für einen Weiterbau ausgesprochen und ein entsprechendes Anti-Kanal-Plakat im Bundestagswahlkampf auch nicht geklebt. Sich einer großen Mehrheit von Kanal-Befürwortern sicher, formulierte deshalb die Antragskommission einen Baustoppantrag des Unterbezirks München-Land um in ein grundsätzliches Ja zum Weiterbau. Dagegen protestierten die Antragsteller: Nachdem Vogel und Glotz gegen den Kanal sind und Rothemund dafür ist, sei es endlich notwendig, die „Sprachverwirrung zu beenden".

Obwohl ein bayerisches SPD-Votum ohne die geringste Bedeutung für den Kanalbau ist, zweifelten die Delegierten in zunehmend gereizter Stimmung immer wieder die Ergebnisse von knapp einem Dutzend Abstimmungen an, bis das Parteitags-Präsidium Hilfe in einem parlamentarischen Mittel suchte: Erstmals auf einem deutschen Parteitag wurde mit einem *Hammelsprung* abgestimmt. Danach war die Mehrheit klar: 133 dagegen und 119 dafür.

Helmut Rothemund erbleichte und gab eine persönliche Erklärung ab: Der Beschluß sei falsch, er werde sich nicht daran halten und die Landtagsfraktion auffordern, bei ihrer bisherigen Entscheidung für den Kanal zu bleiben. Rothemund, der über den Verlauf des Parteitags tief verärgert ist, ist nach diesem Wochenende klar, daß er sich für die nächste Vorstandswahl in zwei Jahren einen Nachfolger suchen muß. Das beste Ergebnis unter den drei Stellvertretern erzielte der erstmals kandidierende Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Hiersemann mit 285 Stimmen. Sollte es ihm gelingen, Bruno Friedrich demnächst als fränkischen Bezirksvorsitzenden abzulösen, könnte der 38jährige Rechtsanwalt zur zentralen Figur der bayerischen SPD werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Luftwaffe betroffen

„Bei blauem Himmel wackeln an den Westhängen des Odenwalds die Wände"; WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren,
sicher könnte man den Leserbrief eines Luftwaffenoffiziers zur „Lärmbelästigung" durch „übermütige Piloten" mit der Bemerkung abtun: „Getroffene Hunde bellen." Zumal, wenn dieser Offizier auch noch die Abteilung des Luftwaffenamtes leitet, in der alle im Darmstädter Prozeß angesprochenen Probleme des militärischen Flugbetriebs und – vor allem – des Tiefflugs zentral für die Bundesrepublik (d. h. auch für die in ihr fliegenden NATO-Partner) im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung bearbeitet werden!

Aber meine Mitarbeiter und ich sind gar nicht g e troffen, sondern b e troffen. Monatlich gehen wir weit über hundert Fluglärmbeschwerden von Mitbürgern oder Institutionen in allen Einzelheiten nach und beantworten sie individuell.

Jedenfalls „schmettern" wir sie nicht „mit dem Hinweis auf den Verteidigungsauftrag" ab, wenngleich dessen Erfüllung tatsächlich Tiefflug und damit ein gewisses Maß an Lärmbelastung bedingt. Wo aber darüber hinaus Lärmbelästigung z. B. durch Verstöße gegen die Tiefflugbestimmungen vermutet werden kann, greifen wir ein. Vor allem aber greifen die fliegerischen Vorgesetzten durch.

Selbst wenn die permanente Belehrung, die Überprüfung durch die fliegerischen Vorgesetzten im Fluge und der Appell an die dienstlich übernommene Pflicht nichts fruchten würden: Ein nicht von Gerichten, sondern luftwaffenintern nachgewiesener Verstoß gegen die Flugbetriebsbestimmungen führt bereits zu härteren Sanktionen als bei vergleichbaren Dienstpflichtverletzungen; ein nur fahrlässiger Verstoß gegen die Tiefflugbestimmungen, selbst wenn keine Lärmbeschwerde vorlag, hat schon manche hoffnungsvolle Karriere – und nicht nur von „Wildsäuen" – beendet.

Ich kann die geforderte Stellungnahme der Bundeswehr in dem schwebenden Fluglärmverfahren des Landkreises Darmstadt-Dieburg nicht vorwegnehmen. Dem Interessierten wird sie sicher viele Fakten und Zwänge offenbaren, die sich hinter „der Erfüllung des Verteidigungsauftrages" verbergen.

Zum Beispiel erschweren dieselben technischen Gründe, die ein Flugzeug im Tiefflug für einen Gegner praktisch unauffaßbar und damit unbekämpfbar machen, die Kontrolle und Überwachung des Tiefflug-Übungsbetriebes im Frieden. Lückenlose Überwachung ist nicht möglich. Aber aus all den Stichproben, die wir durchgeführt haben – mit Radargeräten und Fachleuten aller Art – wissen wir:

- Alle Beobachtungen sind mit überaus großen Fehlerquoten behaftet, und das gilt besonders beim menschlichen Auge oder Ohr, wie aus Ihrem Bericht erkennbar.
- Vorsätzliche und selbst fahrlässige Verletzungen der Tiefflugbestimmungen sind sehr selten festzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Erich Abshoff, Oberst i. G.,
Presse- u. Informationszentrum der Luftwaffe,
Köln 90

Vieles piepegal

Sehr geehrte Herren,
mit Verlaub: Ich verstehe beim besten Willen nicht, warum die Leute sich bei uns mit der Volkszählung so schwer tun. Schon Josef aus Nazareth machte sich vor fast 2000 Jahren mit seinem Weibe Maria auf den Weg zu einer Volkszählung, „auf daß alle Welt geschätzet werde". Auf einmal ist bei uns der Teufel los.

Vielleicht könnte man den ewige Unzufriedenen dadurch helfen, daß man allen Haushaltungen den Fragebogen samt einem Umschlag ins Haus schickt, wonach die freiwilligen Helfer einige Tage später die verklebten Briefe in Empfang nehmen.

Übrigens: Einkünfte kennt man sowieso in jedem Finanzamt, Telefonnummern stehen in allen Telefonbüchern und ob einer einen Swimmingpool hat oder ein WC im Treppenhaus, das ist doch wirklich piepegal und gewiß keine staatliche Schnüffelei.

Paul Görnert,
Wetzlar

Personalien

ERNENNUNGEN

Das deutsche Generalkonsulat in Bordeaux erhält einen neuen Chef. Nach Frankreich entsandt wird Dr. **Karl-Hellmut Boehncke**, bisher Generalkonsul im spanischen Bilbao. Der Berliner, Jahrgang 1922, leistete von 1942 bis 1944 Kriegsdienst ab und begann ab 1944 mit dem Studium der Romanistik, Anglistik, Slavistik und der Rechtswissenschaft. Der Dr. phil. trat 1953 in das Auswärtige Amt ein. Erster Auslandsposten war die Dominikanische Republik. Es folgten Uruguay, Paraguay und von 1964 bis 1968 eine Tätigkeit an der damaligen deutschen Handelsvertretung in Warschau. 1972 ging Karl-Hellmut Boehncke nach Liberia. 1975 wurde er Leiter der deutschen Botschaft in Honduras. 1979 ging er als Generalkonsul nach Bilbao. Die Bundesrepublik besitzt in Frankreich noch Generalkonsulate in Marseille, Lyon, Lille und Nancy mit einer Außenstelle in Straßburg.

*

Johannes Giffels, bisher an der deutschen Botschaft in Brüssel tätig, wird Ständiger Vertreter des Botschafters in Tunis. Der Diplomat, 1937 in Mönchengladbach geboren, Volkswirt, war zunächst im Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen tätig gewesen. Seit 1963 gehört er dem Auswärtigen Amt an. Anschließend folgten Auslandsposten in Kamerun, Birma, Madrid und Damaskus.

VERANSTALTUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** und seine Frau **Veronica** sind am Wochenende wieder gewandert. Auf der 26 Kilometer langen Strecke zwischen Daun, den Eifelmaaren, Gillenfeld und Manderscheid schlossen sich 4000 Bürger dem wanderlustigen Präsidentenpaar an. Bereits bei „Halbzeit", beim Mittagessen in der Schule in Gillenfeld, hatte man eine genaue Übersicht über den Troß, der dem Präsidenten folgte: Das Deutsche Rote Kreuz gab hier aus einer Gulaschkanone 2500 Schläge Erbsensuppe aus. An der Spitze des Wanderzuges ging Veronica Carstens, die auf dem Wanderweg wieder zahlreiche Schecks für die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft erhielt, deren Schirmherrin sie ist. Die Eifeler schenkten Frau Carstens außerdem einen Gutschein für einen Aufenthalt von acht behinderten Kindern im Landkreis Bernkastel und einen Kuraufenthalt für eine sozial schwache Familie. Der Bundespräsident erhielt Versteinerungen aus der Eifel. Mit im Wanderzug waren der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Dr. **Bernhard Vogel** und der Vorsitzende des Eifelvereins **Konrad Schubach**, der auch Präsident der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine ist.

*

Auf Einladung des Marburger Universitätsbundes werden sich am 22. April die Hochschul-Fördergesellschaften der Bundesrepublik in der Universität Marburg zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch treffen und über eine zeitgemäße Förderung von Hochschulen diskutieren. Gastgeber sind der Vorsitzende des Marburger Universitätsbundes, Professor Dr. **Karl Winnacker** und der Präsident der Philipps-Universität, Professor Dr. **Walter Kröll**. An der Tagung nimmt auch Professor Dr. **Georg Turner** teil, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Komoren suchen die Kooperation mit Pretoria

„Normalisierung" wirkt sich auf den Indischen Ozean aus

HANS GERMANI, Johannesburg

Was in Paris in informierten Kreisen über afrikanische Fragen schon seit einiger Zeit vertraulich verbreitet wurde, ist am Wochenende in der Johannesburger Zeitung „Rand Daily Mail" veröffentlicht worden: Als zweiter schwarzafrikanischer Mitgliedsstaat der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) nach Malawi (das diplomatische und enge Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika seit 1967 unterhält, hat sich der früher französische Inselstaat der Komoren entschlossen, diplomatische Beziehungen zu Südafrika aufzunehmen und mit ihm auch wirtschaftlich eng zusammenzuarbeiten. Eine Bestätigung von offizieller südafrikanischer Stelle war noch nicht zu erhalten, doch ist bekannt, daß die Verhandlungen schon seit Monaten laufen.

Immerhin sagte ein südafrikanischer Regierungssprecher gegenüber dem „Raind Daily Mail", der Präsident der Komoren, Ahmed Abdallah, sei dafür zu loben, daß er als erster den Mut habe, öffentlich Beziehungen zu Südafrika aufzunehmen.

Südafrika wird mit einer Entwicklungshilfe von umgerechnet fast 60 Millionen Mark eine bisher kaum bestehende touristische Infrastruktur auf den Komoren aufbauen, sowie ein wohnungsbau- und landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm finanzieren. Dafür wird die südafrikanische Fluglinie SAA Direktflüge nach Moroni auf den Komoren eröffnen dürfen.

Die paradiesischen tropischen und bisher wegen schlechter Luftverbindung und fehlender Hotels kaum besuchten Inseln werden damit für devisenreiche südafrikanische Touristen höchst attraktiv.

Noch weittragender sind die politischen Folgen. Im Indischen Ozean tritt die Sowjetunion mit ihrer Flotte immer stärker auf; sie hat die Stützpunkte Nacalla in Moçambique, Dahlak an der Roten-Meer-Küste Äthiopiens und Aden und Socotra in Südjemen. Außerdem genießt Moskau die Sympathien Madagaskars (mit seinem großen Kiegshafen Diego Suarez), Tansanias und eines Teils der Regierung der Seychellen. Demgegenüber verfügen die USA und Großbritannien nur über die Stützpunkte Diego Garcia und Berbera in Somalia, Frankreich über den Hafen von Dschibuti und die französische Insel Reunion.

Präsident Abdallah hat ein Hilfsangebot des libyschen Staatschefs Khadhafi abgelehnt und sich für eine Bindung an Südafrika entschieden. Eine südafrikanische Kriegsschiff-Flotille – eine Fregatte, ein U-Boot, ein raketenbestücktes Schnellboot – hat schon 1981 die Komoren besucht und damit gegen die sowjetische Präsenz im Indischen Ozean „protestiert".

Die Landerechte auf den Komoren würden Südafrika ermöglichen, die Flüge der SAA nach dem östlichen Mittelmeer und Mitteleuropa nicht mehr auf der langen Strecke um ganz Westafrika herumzuführen, sondern über den Indischen Ozean – mit Zwischenlandung auf den Komoren.

In französischen Kreisen in Pretoria wird angenommen, daß der ehemalige französische Offizier und spätere Söldnerführer Bob Dennard bei den Verhandlungen eine entscheidende Rolle gespielt hat. Er hat 1978 Abdallah, der 1975 gestürzt worden war, wieder an die Macht zurückgebracht. Dennard, zu Zeiten der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing „Persona gratissima" in Paris, steht aber seit der Amtsübernahme Mitterrands aufgrund eines Auslieferungsbegehrens des westafrikanischen (prosowjetischen) Staates Benin, wegen einer Söldneroperation zu Zeiten der Regierung Pompidou, auf der Fahndungsliste. Insofern ist auch *die Annäherung Abdallahs an Südafrika* ein Zeichen des Mißtrauens gegenüber Paris.

Der „Rand Daily Mail" berichtet unter Berufung auf südafrikanische Militärkreise, die neuen Beziehungen zu den Komoren würden es Südafrika vor allem ermöglichen, jeden Truppennachschub der Sowjets auf dem Seeweg nach Moçambique zu überwachen. Südafrika verhindere auch, daß sich die Sowjets auf den Komoren festsetzten – „eine prowestliche Inselgruppe von ostfreundlichen Staaten umgeben".

Die Komoren (arabisch: Kleine Mondinseln) liegen am Nordeingang des Kanals von Moçambique mit den drei Hauptinseln Grand Comore, Anjouan und Moehti; die Insel Mayotte ist weiterhin französisch. Alle Schiffe, die vom Norden, von der Sowjetunion via Suez und von Aden nach Moçambique fahren, müssen an den Komoren vorbei. Das Archipel zählt etwa 250 000 Einwohner – Araber, Perser, Schwarze aus Afrika sowie einige Polynesier und Melanesier. Vanille und Parfüm-Öl sind die wichtigsten Exportgüter. (SAD)

Auch der Ostblock schickte nur seine zweite Garnitur

Die internationale Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin erfüllte nicht die *Erwartungen*

DW. Berlin

Die internationale Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin, die von der SED als Höhepunkt der Feierlichkeiten in der „DDR" zum 100. Todestag des Begründers der marxistischen Lehre inszeniert worden ist, ging am Samstag mit einem Empfang bei Erich Honecker zu Ende. Gemessen an dem Aufwand für dieses Mammutunternehmen und den hochgespannten Erwartungen der Ostberliner Machthaber, dürfte das Ergebnis für die Veranstalter ausgesprochen enttäuschend sein.

An dem Treffen nahmen mehr als 140 Delegationen kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien sowie Abordnungen revolutionärer Bewegungen der Dritten Welt an der Konferenz im „Palast der Republik" teil. Dennoch erfüllte sich die im Vorfeld der Konferenz von SED-Funktionären geäußerte Erwartung, die Spitzengarnitur kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Politiker aus aller Welt werde sich in Ost-Berlin ein Stelldichein geben, keineswegs.

Daß große sozialistische und sozialdemokratische Parteien des Westens zum Teil überhaupt nicht oder mit der zweiten oder dritten Garnitur vertreten waren, dafür mag es noch eine Erklärung geben. Sie werden wohl nicht bereit gewesen sein, sich als Statisten vor den Propagandakarren der SED spannen zu lassen.

Lobhudeleien statt Wissenschaftlichkeit

Warum allerdings auch die „Bruderparteien" des Ostblocks nur ihre zweite und dritte Garnitur nach Ost-Berlin schickten, darüber läßt sich nur spekulieren; eine schlüssige Erklärung gibt es nicht. Gerätselt wurde auch darüber, daß der Leiter der sowjetischen Delegation, Grigori Romanow, Politbüro-Mitglied und 1. Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der KPdSU, auf der Konferenz schwieg und dem ZK-Sekretär Michail Simjanin das Wort überließ. Zu den von der SED gehegten Erwartungen, Jurij Andropow werde zur Karl-Marx-Konferenz nach Berlin kommen, wurde übrigens aus sowjetischen Kreisen erklärt, daran sei niemals gedacht worden.

Die SED versuchte noch während der Konferenz ihre Enttäuschung über die zweitklassige Besetzung der Delegationen herunterzuspielen. Da es sich um eine „wissenschaftliche" Karl-Marx-Konferenz handele, habe man auch von vornherein nicht damit gerechnet, daß eine Spitzengarnitur von Politikern teilnehmen werde, wurde von SED-Funktionären erklärt.

Von einer „wissenschaftlichen" Konferenz konnte jedoch auch bei wohlwollendster Beurteilung nicht die Rede sein. Renommierte Marx-, Lenin- und Engels-Forscher aus Ost und West glänzten durch Abwesenheit.

Die Beiträge, vor allem von Vertretern der revolutionären Bewegungen der Dritten Welt, waren meist derart voll von kommunistischen Lobhudeleien, daß nach Beobachtungen von Delegierten aus dem Westen selbst bei sowjetischen Parteifunktionären Anflüge eines ironischen Lächelns erkennbar gewesen seien.

Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" bezeichnete die zum großen Teil sterilen Beiträge als „Meinungsaustausch auf dem Welttreffen in Berlin". Sie füllten während der Zeit der Konferenz bis zu 15 Seiten die Spalten des SED-Blattes. Auch die wenigen kritischen Reden von Delegierten kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien Westeuropas wurden im Wortlaut abgedruckt. Der SED kann nicht der Vorwurf gemacht werden, sie habe kritische Redetexte unterschlagen.

Kritische Bemerkungen zum Kommunismus Moskauer Prägung bewegten sich im Rahmen *des Herkömmlichen. Immerhin* – der Vertreter der italienischen Kommunisten, Aldo Tortorella, widersprach dem sowjetischen Anspruch, allein verbindliches Zentrum des Weltkommunismus zu sein. Der Marxismus begründe weder „eine Religion noch eine Kirche". Aus eben diesem Grunde sei es auch „absurd", an eine Art Zentrum zu denken, das die sogenannten wahren Formen der Interpretation des Marxschen Gedankengutes vorgeben könne. Es widerspreche daher auch dem Denken von Marx wie auch von Lenin, wenn ihre Lehren zu einem „geschlossenen doktrinären System" gemacht würden.

Auf der gleichen Linie lagen die Ausführungen des Vertreters der jugoslawischen Kommunisten, Nikola Stojanovic, der sich mit großem Nachdruck für die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit kommunistischer Parteien von irgendwelchen „Zentren" aussprach. Marx habe mit großer Beharrlichkeit darauf hingewiesen, daß es nicht nur ein Recht, sondern geradezu ein „objektiver Imperativ" des revolutionären Kampfes sei, daß jede Bewegung ihre Beschlüsse selbständig und in Übereinstimmung mit den spezifischen Bedingungen des „Kampfes der Arbeiterklasse" im eigenen Lande fasse. Das nationalkommunistische Credo des Jugoslawen gipfelte in der unüberhörbaren Mahnung an Moskau, daß jeder Versuch, einem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzuzwingen, den „Sieg des Proletariats" untergraben werde.

Kein Ruhmesblatt für die stolze Tradition der SPD

Daß die SED erhebliche Erwartungen auf prominente Präsenz der SPD auf der Konferenz in Ost-Berlin hegte, geht allein schon daraus hervor, daß Honecker sein Einladungsschreiben an Brandt adressierte. Offensichtlich hoffte man, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Den Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationalen im „Palast der Republik" begrüßen zu können, wäre ohne Zweifel eine Glanznummer gewesen. Daß die SED statt dessen mit einem Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Person von Wilhelm Bruns und dem Direktor des Trierer Karl-*Marx-Hauses, Hans Pelger*, vorliebnehmen mußte, war wenig schmeichelhaft. Aber selbst dieses versuchte die SED noch für ihre Zwecke auszuschlachten, indem sie erklärte, es sei das erste Mal, daß eine Delegation der SPD einer Einladung der SED zu einer Konferenz gefolgt sei.

Was Bruns allerdings den Delegierten der Konferenz vortrug, war kein Ruhmesblatt für die stolze demokratische Tradition der deutschen Sozialdemokraten. Er vermied jede Kritik am Sowjetkommunismus und setzte sich statt dessen für den Abbau des „Konfrontationsdenkens" und für eine „Partnerschaft der Sicherheit" ein. So dürfte jedenfalls Bruns mit seinen Ausführungen die Erwartungen erfüllt haben, die von seiten der SED an die SPD geknüpft wurden.

Beim TV-Duell behauptet sich Mock gegen Kreisky

Der „Löwe" in der Defensive / Aufwind für die ÖVP

CARL G. STRÖHM, Wien

Mit einer von vielen Zuschauern nicht erwarteten Sensation endete das Fernsehduell der beiden Spitzenkandidaten für die österreichische Parlamentswahl. Bundeskanzler und SPÖ-Chef Bruno Kreisky, der bei früheren TV-Diskussionen die Kanzlerkandidaten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit einigen gezielten Bemerkungen stets aus dem Felde zu schlagen pflegte, sah sich diesmal in Alois Mock einem ebenbürtigen Gegner gegenüber.

Der Kanzlerkandidat der ÖVP ist um 23 Jahre jünger als Kreisky – und der „alte Löwe" versuchte mehrmals, die „Unerfahrenheit" als Argument gegen Mock ins Feld zu führen. Aber dieser wirkte gelöst, souverän und war nicht aus dem Konzept zu bringen. Über weite Strecken wirkte Kreisky eher defensiv, etwa wenn Mock die „Verschwendungspolitik" der Sozialisten, die wachsende Steuerlast, die „falsche" Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky attakkierte und einen „Kurswechsel" forderte.

Dem ÖVP-Chef war deutlich anzumerken, daß er zum ersten Mal seit langer Zeit für seine Partei einen gewissen Rückenwind verspürte. Auch wenn Kreisky die Parole ausgab, daß die Uhren in Österreich anders gehen, meint Mock bei seinen Wahlreisen in die an die Bundesrepublik grenzenden Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg deutliche Einflüsse der deutschen Wahlen verspürt zu haben. Der Landeshauptmann von Salzburg, Wilfried Haslauer – ein Parteifreund Mocks – meinte *jedenfalls*, in Westösterreich habe das deutsche Wahlergebnis psychologisch einen Aufschwung für die ÖVP bewirkt.

Hinzu kommt, daß Mock sich offensichtlich gegenüber dem „Alten" physisch im Vorteil fühlt. Kreisky weiß, daß er in der Endphase seiner politischen Laufbahn steht. Gelegentlich spricht er sogar von Rücktritt – und am Schluß des Fernsehduells ließ er beinahe mürrisch anklingen, wenn ihn die Österreicher wollten, sollten sie ihn mit Mehrheit wählen – oder es gleich mit jemand anderem versuchen. Sicher spielt für Kreisky zumindest indirekt auch die Tatsache eine Rolle, daß der Schwung, mit dem die Sozialdemokratie am Ende der sechziger Jahre in Mitteleuropa antrat, nicht mehr anhält. So blieb dem Kanzler in der Fernsehdebatte nur eines: immer wieder darauf hinzuweisen, was er und seine sozialistische Regierung in der Vergangenheit alles für den Wohlstand der Österreicher geleistet hätten.

Wenn Mock darauf mit dem Hinweis auf 40 000 arbeitslose Jugendliche, mit der zunehmenden Staatsverschuldung und Steuerlast antwortete, konterte Kreisky: „Wenn ich Ihnen zuhöre, wie schrecklich es in Österreich ist, so denke ich mir immer wieder, von welchem Land reden Sie eigentlich?" Das war der Alte, wie man ihn von früheren Auftritten kennt. Aber zum ersten Mal seit 13 Jahren hat sich ein ÖVP-Kandidat in offener Fernseh-Feldschlacht behaupten und dem Kanzler einige sehr unangenehme Hiebe versetzen können.

„Der Fehler der ÖVP", sagte uns ein Handwerksmeister, „lag darin, daß wir nach jeder verlorenen Wahl den Spitzenkandidaten als Sündenbock in die Wüste schickten. Schauen Sie nur, wie geduldig die Deutschen ihren Kohl aufgebaut haben, bis er soweit war."

Die Volkspartei – einst stärkste politische Kraft in Österreich – ist während der Ära Kreisky auf den zweiten Platz gerutscht. Es müßte ein Wunder, ja ein Erdrutsch geschehen, wenn sie bei der nächsten Wahl die Sozialisten überflügeln sollte. Was allerdings möglich erscheint, ist, nicht zuletzt durch das Auftreten der „Grünen" und „Alternativen", ein Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit. Dabei könnten auch die „Kreisky-Wähler" eine Rolle spielen. Noch weiß niemand, ob diese Wähler, die Kreisky als Person, nicht aber der SPÖ als Partei ihre Stimme geben, diesmal *bei der Stange* bleiben werden. Damit wäre dann auch die Ära Kreisky zu Ende.

Mock wird seit dem Fernseh-Duell jedenfalls als der gefährlichste innenpolitische Gegner bezeichnet, dem Kreisky seit seinem Machtantritt vor 13 Jahren gegenübersteht. Noch ist der ÖVP-Chef im Ausland weitgehend unbekannt. Als Mock auf dem Salzburger Grünmarkt mit Rosen für die ÖVP warb, die er an Hausfrauen verteilte, fragte ein Tourist mit Berliner Akzent: „Wer ist denn das?" Antwort: „Das ist der Mock." – Der Berliner: „Kenn wa nich. Wir kennen nur den Franz Josef." – „Der Mock ist der österreichische Kohl" – Der Berliner: „Na, dann soll er mal schön zulegen. Mindestens vier Prozent." An dieses Traumziel glauben wohl nicht einmal die Optimisten in der ÖVP.

Pankraz, M. Gandhi und die gewaltlose Gewalt

Gern wird in literarischen Kreisen darüber geklagt, daß politische Kunst politisch folgenlos bleibe. Richard Attenboroughs Gandhifilm zeigt aber wieder einmal, daß das so pauschal gesagt nicht stimmt. Die kurze Wirkungsgeschichte, die der Streifen bis jetzt hinter sich hat, war äußerst intensiv und hochpolitisch. In Indien und Südafrika hat er, bis in die Parlamente hinein, zu hitzigem, bitterem Streit geführt, in Kalifornien hat die „Los Angeles Times" in ihren Spalten eine Debatte über Gandhis Methode des „gewaltlosen Widerstands" eröffnet, nachdem der Attenborough-Film bei der Oscar-Vergabe mit Ehrungen überschüttet wurde. Gandhi-Forscher traten auf den Plan und vertraten die Meinung, daß sich zum Beispiel die Warschauer Militärbehörden nicht leisten könnten, den Film in Polen zu zeigen, weil er zu viele Handlungsanleitungen für die unzufriedenen Massen enthielte.

Am meisten überrascht von dem politischen Effekt, den sein Werk macht, zeigt sich Regisseur Attenborough selbst. Er hatte beim Drehen eine eine „ausschließlich historische Dokumentation" im Auge, streitet freilich nicht ab, daß er die Gandhischen Politstrategien sehr genau in Bilder umgesetzt hat, so daß sie jetzt auch dem „einfachen Mann von der Straße" zugänglich werden. Ziviler Ungehorsam, ökonomischer Boykott, Massenblockade, Verweigerung der Mitarbeit in gesamtstaatlichen Angelegenheiten – alle diese Strategeme bekommen plötzlich Fleisch und Farbe, und so mancher Filmbesucher mag sich fragen: Warum dasselbe nicht auch einmal bei uns?

Dabei tauchen allerdings gleich eine Menge anderer Fragen auf. Kann es denn überhaupt so etwas geben wie „gewaltlosen Widerstand", ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst? Sind denn nicht auch Massenblockaden etwa von Verkehrswegen reine Nötigung und Gewalt? Und wie steht es mit dem Recht? Darf man die Gesetze eines unbezweifelbaren Rechtsstaats im Zuge des „zivilen Ungehorsams" einfach brechen, um eine Minderheitsmeinung um die freigewählten Gesetzgebungskörperschaften herum durchzusetzen?

Gandhi zu seiner Zeit und in seiner Situation hatte es im Grunde leicht. Er konnte sich auf den Konsens in seinem Volk verlassen, das natürlich mit überwältigender Mehrheit gegen die fremden, fremdrassischen und von weither kommenden Herrscher stand, und er konnte sich auch auf die Fairneß und Skrupelhaftigkeit der Briten verlassen, die – trotz der Exzesse, die es auch gab – Indien im Stile ihres heimatlichen Rechtsstaats regierten, der eine Menge Freiräume für zivilen Ungehorsam bot. Als die Freiheit dann da war und die Briten sich nicht mehr einmischten, kam es sofort zu jenen millionenfachen Morden zwischen Hindus und Moslems, die zu den schrecklichsten Ereignissen der neueren Geschichte gehören und gegen die Gandhis Methoden vollkommen machtlos waren.

Der zivile Ungehorsam à la Gandhi funktioniert nur dort, wo es Gesetze und einen allgemeinen Respekt vor Gesetzen gibt. In der Anarchie versagt er ebenso wie in der Diktatur, wo Gesetze bloße Fahnen sind, die man zum Fenster heraushängt. Das macht es auch so problematisch, die Gandhischen Strategien für den Widerstand im Osten zu empfehlen, wie es bei den Oscar-Feiern in Hollywood geschehen ist.

Theoretisch genügte es in den Ostblockdiktaturen, wenn sich die Gandhisten, statt im Sinne ihrer Doktrin kalkulierte Gesetzesübertretungen zu begehen, strikt an den Buchstaben der volksdemokratischen Verfassung hielten und die dort versprochenen Freiheitsrechte einforderten. Das war ja bekanntlich auch die Linie der sowjetischen Helsinki-Komitees und der tschechoslowakischen „Charta 77". Aber die Strategie mußte scheitern, weil die kommunistischen Behörden nicht den geringsten Respekt vor den von ihnen selbst geschaffenen Gesetzen haben. Ohne sich auf irgendwelche Verfassungsdiskussionen einzulassen, schlugen sie sofort mit der geballten Staatsmacht zurück, lochten die Helsinkileute und die Chartisten ein und gingen zur Tagesordnung über. Ein Gandhi könnte bei ihnen niemals groß werden, siehe das Beispiel Sacharows.

So kommt es, daß die Methoden Gandhis ausgerechnet dort voll angewendet werden, wo sie weder notwendig sind noch moralisch gerechtfertigt werden können: in den liberalen Demokratien des Westens. Militante Minderheiten haben sich ihrer dort bemächtigt, um den Mehrheitswillen zu unterlaufen und ihren eigenen Willen gegen die verfaßten Gesetze durchzudrücken. Sie zehren dabei vom humanen Pathos der originalen Gandhi-Bewegung und ignorieren geflissentlich, daß sie keineswegs gegen fremde Eroberer stehen, sondern gegen das eigene Volk, und daß weit und breit kein Widerstandsrecht auszumachen ist, in dessen Namen sie ihre Gesetzesverletzungen begehen könnten.

Die Gesetze der Demokratie schützen die Meinung der Minderheiten und gewähren ihnen umfassende Rechte, bis hin zur friedlichen Straßendemonstration. Das Recht, Gesetze bewußt zu verletzen, gehört jedoch nicht dazu. Blockade, Boykott, Verweigerung von Miet-, Strom- oder Steuerzahlungen, Verbrennung von Wehrpässen oder ähnlichen Dokumenten sind und bleiben Nötigungen im Sinne des Strafgesetzes und sollten auch geahndet werden, weil sonst sogleich „Friedens- und Konfliktforscher" kommen, um die liberale Zurückhaltung des Staates als schlechtes Gewissen auszulegen und immer mehr „rechtsfreie Räume" für die Rechtsbrecher zu reklamieren.

Richard Attenboroughs Gandhifilm ist ein großes Kunstwerk, das tief in die Politik unserer Tage eingreift. Aber er ist ein Film gegen die Fremdherrschaft, kein Film gegen die Demokratie.

Pankraz



Zum Tode von G. Illyés

Der Vater des Volks der Pußta

Gyula Illyés, Ungarns größter Dichter der Gegenwart, ist in Budapest im Alter von 80 Jahren gestorben. Noch kurz vor seinem Tode hatte er sich leidenschaftlich für die ungarische Minderheit in Rumänien eingesetzt, deren Schicksal er durch die Politik Ceausescus bedroht sah.

Illyés stand als junger Mann den Sozialisten nahe und stand der Räterepublik von Bela Kuhn wohlwollend gegenüber. Er emigrierte in den zwanziger Jahren nach Paris, und dort hat er seine ersten Werke in ungarischer und französischer Sprache veröffentlicht, die bei seinem Volk gleich großen Widerhall fanden. Nach einer Amnestie kehrte er 1926 nach Ungarn zurück; 1936 erschien sein großer Roman über das „Volk der Pußta", in dem er die Lage der landlosen Bauern (er selbst entstammte dem Bauernstand) erschütternd darstellte. Illyés wurde einer der Anführer der sogenannten Populisten-Schriftsteller, die für eine umfassende Landreform in Ungarn kämpften. Illyés gehörte auch zu denen, die alles versuchten, um Ungarn aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten.

Nach dem Krieg setzte er sich leidenschaftlich für die Erhaltung der Demokratie in Ungarn ein. Aus Protest gegen die kommunistische Machtübernahme legte er sein Parlaments-Mandat (Nationale Bauernpartei) 1947 nieder und ging in die innere Emigration. Während des ungarischen Volksaufstandes 1956 setzte er sich für dessen Ziele ein.

Sein großes moralisches und intellektuelles Ansehen, das er sowohl im Vaterland als auch in den Nachbarländern und überhaupt im Westen genoß, bewahrte ihn später vor Repressalien. Zusammen mit dem Komponisten Zoltán Kodály bildete er so etwas wie das schweigende Gewissen Ungarns. Nach



Führer der „Populisten": Gyula Illyés (1902–1983) FOTO: DPA

Kodálys Tod mußte er die Aufgabe allein tragen, und er tat es mit Konsequenz und Anspannung. Für sein großes Ansehen zeugt, daß Frankreichs Präsident Mitterrand ihn anläßlich seines Besuchs im Juli 1982 in Ungarn aufsuchte und mit ihm eine lange Unterhaltung führte.

Im März 1969 wurde Illyéz zum stellvertretenden Präsidenten des Internationalen Penclubs gewählt. Er war der erste ungarische Schriftsteller, dem eine solche Anerkennung zuteil wurde. In Deutschland hatte Illyés in Ost und West sein Publikum. Als Anerkennung für sein Lebenswerk wurde ihm 1970 der Herderpreis verliehen.

Ein Nachfolger, der im In- und Ausland ein ähnliches Ansehen hätte wie Illyés, ist im Ungarn von heute nicht in Sicht. Das Land hat einen schweren Verlust erlitten, zumal in ihm keine künstlerische Freiheit herrscht und damit kein günstiger Boden vorhanden ist, auf dem sich eine ähnliche Persönlichkeit wie Illyés entfalten könnte.

ELEMER BALOGH

In London startete der Super-Film „Wagner"

Der Großvater wäre heute in Hollywood

Während rund 17 000 auf Körperertüchtigung bedachte Briten gestern in London beim großen Muskel-Marathon mitliefen, pilgerten an die 1600 zu einem Marathon der Emotionen ins Dominion Theatre. Es ging um die Welturaufführung eines der längsten Filme der Filmgeschichte, um Tony Palmers Richard-Wagner-Film mit Richard Burton in der Titelrolle. Gut neun Stunden dauert das Opus. Für das Fernsehen wird ein Zehnteiler dabei herauskommen.

„Was meinen Sie denn, wo mein Großvater heute arbeiten würde, wenn er noch am Leben wäre? Bestimmt nicht in Bayreuth, sondern längst in Hollywood!" Diesen Wink mit dem Zaunpfahl habe Wolfgang Wagner ihm bei den vielen Gesprächen über das Film-Projekt gegeben, erzählte Palmer gutgelaunt im Gespräch mit der WELT. „Wolfgang stand uns mit Rat und Tat zur Seite. Er machte uns Mut, mehr zu bieten, als nur Wagners Leben nachzuzeichnen, unsere eigene Interpretation zu wagen." Als Wolfgang das fertige Produkt dann sah, habe er ausgerufen: „Nie habe ich für möglich gehalten, in diesem Leben meinem Großvater zu begegnen ..."

Bayreuth war denn auch stark vertreten bei der glanzvollen Premiere in London. Wolfgang war mit Frau und Tochter Eva gekommen. Wielands Tochter Daphne, die in dem Film eine Prinzessin Metternich spielt, war da und natürlich Wagners (Film-)Frauen Gemma Craven (Minna) und Vanessa Redgrave (Cosima). Nur Hauptdarsteller Burton fehlte. Er stand mit Liz Taylor in Boston auf der Bühne.

„Wagner" ist Tony Palmers erster Spielfilm. Der Regisseur hatte bisher „nur" mit hervorragenden Komponisten-Dokumentarfilmen von sich reden gemacht, so über Britten und Strawinsky. Mit „Wagner" aber, das läßt sich sagen, ist ihm ein Volltreffer gelungen.

Richard Burton und Vanessa Redgrave sind eine Traumbesetzung. „Nachdem ich die beiden gewonnen hatte, gab es praktisch niemanden mehr, der abgesagt hätte", erzählt Palmer. Der Film bietet also eine fast einzigartige Starparade: Ekkehardt Schall vom Berliner Ensemble ist Franz Liszt, Marthe Keller eine wundervolle Mathilde Wesendonck. Die große Entdeckung dieser britisch-ungarischen Koproduktion ist aber wohl der ungarische Schauspieler Laszlo Galffi als jugendlicher König Ludwig II. von Bayern. Zum ersten Mal sind auch Englands „Schauspielritter", nämlich Sir John Gielgud, Lord Laurence Olivier und Sir Ralph Richardson (als intrigante Minister am Münchner Hof) in ein und demselben Film zu erleben. Die Wagner-Sänger Malvina und Schnorr von Carolsfeld werden von Gwyneth Jones und Peter Hofmann gespielt.

Palmer versichert, daß sich die meisten Schauspieler mit einem Drittel ihrer üblichen Gage begnügten, weil der finanzielle Rahmen sonst gesprengt worden wäre. Bertoluccis Kameramann Vittorio Storaro (Oscar-Preisträger für Coppolas „Apocalypse now" und Beattys „Reds") zeigt die bekannten Schauplätze, von Venedig bis zu Ludwigs bayerischen Schlössern, in barocker Intensität. Im Wagnerhaus von Triebschen bei Luzern wurden die Museumexponate für die Dreharbeiten ausgeräumt. Gefilmt wurde auch in der Villa Wesendonck und in der Münchner Residenz.

Nur im Falle Dresden mußte von dem Grundprinzip authentischer Schauplätze abgewichen werden, obwohl die Handlung dort mit dem königlichen Kapellmeister Wagner einsetzt. Palmer: „Dresden mit seinen wenigen restaurierten Gebäuden war uns zu dürftig. Wir fanden unser Filmdresden in Ungarn." Dort wurde auch die 48er Revolution in Szene gesetzt, wobei Ungarns Armee die Statisten stellte.

Palmer ist hochanspruchsvoll, aber er zielt auch durchaus auf ein Massenpublikum ab, bietet einen technisch brillant gemachten Ausstattungsfilm, wie er es bei den BBC-Serien gelernt hat. Er erzählt ohne viel Umschweife die spannende Geschichte eines außerordentlichen Menschen, eines Revolutionärs, der sein „in Tyrannos" schließlich als Künstler zu nationaler Selbstvergewisserung im Musikdrama sublimiert.

Wagners Schwächen, so sein Antisemitismus, werden nicht verschwiegen. Der Komponist erscheint zunächst als Bewunderer Bismarcks, des Vorkämpfers der deutschen Einheitsidee. Doch dann wendet er sich von seinem Idol ab, da Bismarck den Juden uneingeschränkte Bürgerrechte verspricht. Nietzsche sagt in dem Film zu Wagner: „Du bist ein sehr gefährlicher Mann, Du hast gefährliche Ideen entfesselt, die Du nach Deinem Tode nicht mehr unter Kontrolle halten kannst."

Palmer: „Wir verschweigen nicht, daß Wagner im Grunde ein höchst unangenehmer Patron war, der zwar sehr charmant sein konnte, aber gegebenenfalls auch über Leichen ging. Damit das Publikum überhaupt Sympathien für ihn entwickeln kann, zeigen wir den unglaublichen Triumph der Willenskraft dieses Menschen, dessen Glaube an sich selbst durch nichts zu erschüttern war."

Der Regisseur scheute sich auch nicht, seinen Film kräftig zu erotisieren und die spannungsreichen Konflikte zwischen dem Helden und seinen Frauen voll auszuspielen.

Das Opus wird sich sehr gut als Fernsehserie präsentieren lassen. (Als solche wird es im Herbst zu uns kommen.) Palmer würde den Film aber zunächst nur allzu gern in die Kinos bringen, „am liebsten in voller Länge, aber eine sechs Stunden-Fassung wäre auch denkbar".

Richard Burton wird den Anforderungen der gigantischen Rolle auf bewundernswerte Weise gerecht. Die Wagner-Fans werden nichts auszusetzen haben, und es gibt speziell für sie eine höchst imaginative filmische (und musikalische) Leitmotivtechnik. Richard Wagner wird, mit dem Gesicht Richard Burtons, jetzt sicherlich einen zweiten Siegeszug um die Welt antreten.

SIEGFRIED HELM



Eine Traumbesetzung: Vanessa Redgrave als Cosima und Richard Burton als Wagner in Tony Palmers neunstündigem Monumentalfilm „Wagner" FOTO: SAD

Depression oder Unwohlsein? – Ergebnisse des 89. Deutschen Internistenkongresses in Wiesbaden

Schon das Morgentief ist ein erstes Signal

Ist die Depression die Krankheit unserer Zeit? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die Häufigkeitsangaben hört, die auf dem 89. Deutschen Internistenkongreß in Wiesbaden genannt wurden. Danach soll jeder zehnte Mitbürger daran leiden, in Bayern sogar jeder fünfte. Obwohl solche Schätzwerte allenfalls Trendcharakter haben, lassen sie aufhorchen. Die Frage ist offen, ob Depressionen heute häufiger erkannt werden oder ob sie dramatisch zugenommen haben. Vermutlich trifft beides teilweise zu. Fest steht allerdings, daß Frauen weitaus häufiger betroffen sind als Männer. Die Weltgesundheitsorganisation hat geschätzt, daß zwischen 100 und 200 Millionen Menschen an einer behandlungsbedürftigen Depression leiden, etwa 3 bis 5 Prozent der Weltbevölkerung.

Es handelt sich also keineswegs um vernachlässigbare seelische Wehwehchen. Vielmehr um eine vielschichtige Krankheit, die mit modernen Arzneimitteln in etwa 80 Prozent der Fälle befriedigend behandelt werden kann. Schwieriger ist oft die Diagnose. Damit muß in erster Linie der Hausarzt, der Praktiker oder Internist, fertig werden: zu ihnen kommen die Kranken zuerst, und zwar mit Beschwerden, die keineswegs immer eindeutig sind. Kopfschmerzen, allergische Erkrankungen, Rückenleiden, Kreislaufstörungen, Schlaflosigkeit oder Magenbeschwerden können im Vordergrund stehen – Allerweltssymptome also.

Erst das intensive ärztliche Gespräch kann Konturen in das schillernde Bild dieser sogenannten Befindensstörungen bringen. Es kommen die Symptome der „Losigkeit" zum Vorschein: Freud-, Antriebs-, Mut- und Ratlosigkeit. Sobald der Patient zum Arzt Vertrauen hat, offenbart er nicht selten ein wahres seelisches Jammertal. Dabei gibt es, so betonte Privatdozent Volker Faust vom Psychiatrischen Landeskrankenhaus Weissenau, kein Symptom, „das den Begriff der Depression voll abzudecken vermag". Lange glaubte man, die Patienten an ihrer traurigen Grundstimmung leicht ausmachen zu können. Das erwies sich als falsch. Auch in ihrer schwersten Ausprägung ist für die Depression nicht so sehr die Traurigkeit wie das Gefühl des „Nicht-traurig-sein-Könnens" charakteristisch.

Die möglichen Symptome einer Depression lesen sich wie das Inhaltsverzeichnis medizinischer Lehrbücher: kaum eine Störung fehlt. Viele Beschwerden werden von den Ärzten als funktionell abgetan, weil sie keine organische Ursache finden. Das klassische diagnostische Instrumentarium wie Labor, Röntgen oder EKG läßt sie im Stich. Die Befunde sind normal, dennoch fühlt sich der Patient krank. Der Arzt, wenn er nicht an eine Depression denkt, neigt zu Einschätzungen wie Hypochonder, Neurotiker oder gar Drückeberger, während für die Patienten meistens eine mühevolle Odyssee durch die Wartezimmer zahlreicher Doktores beginnt, vom Organspezialisten bis zum Naturheilkundigen oder Heilpraktiker. In dieser Grauzone zwischen Normvariante, Befindensstörung und behandlungsbedürftiger Krankheit dürften auch wichtige Treibsätze für die Kostenexplosion verborgen liegen.

Neben den psychischen „Signalen", zu denen auch innere Unruhe, Konzentrationsschwäche und unbestimmte Angst zählen, fallen ein „Morgentief" auf – Depressiven geht es abends meistens recht gut – sowie sexuelle Funktionsstörungen wie auch die Unfähigkeit, sich nicht verständlich ausdrücken zu können. Dieses besondere Kommunikationsproblem ist wohl auch häufig der Grund, weshalb der Arzt erst nach langwierigen, einfühlsamen Gesprächen die depressiven Schichten der Patienten freilegen kann.

Der Umgang mit der Depression ist wohl auch deshalb so schwierig, weil jeder Mensch mit solchen Befindensstörungen vorübergehend zu tun hat, ohne daß er gleich krank wäre. Wo fängt das Pathologische nun an? Professor Julius Angst von der Forschungsdirektion der Psychiatrischen Universitätsklinik in Zürich gab folgende Faustregel: Es muß zu einer sozialen Rollenbeeinflussung kommen, die Leistungsfähigkeit nachhaltig beeinflußt sein, und es darf auch die Freizeit nicht mehr wie gewohnt genutzt werden können. Tatsächlich kommt es bei vielen Depressiven zum Bruch mit ihren Lebenspartnern oder Freunden, Berufskollegen, Nachbarn.

Professor Benkert, Psychiatrische Universitätsklinik Mainz, beschränkte sich in seiner Einteilung der Depression auf zwei besondere Typen: einmal die agitiert ängstliche Form, von der offenbar vor allem Frauen betroffen sind (Kennzeichen: unbestimmte Angst, innere Unruhe und motorische Unruhe), sowie die gehemmt depressive Form mit Antriebslosigkeit, Entscheidungsunfähigkeit, Denkhemmung, Abgeschlagenheit und gehemmter Psychomotorik. Nach Benkerts Angaben beklagen sich 84 Prozent der Depressiven über Kopfschmerzen, 56 Prozent über Rückenbeschwerden und 40 Prozent über Schmerzen im Nackenbereich.

Die Behandlung der Depression kann durchaus vom Praktiker und Allgemeinarzt bewältigt werden, jedenfalls in den meisten Fällen. Es kommt nur darauf an, die richtigen Arzneimittel zu verwenden: Kann ein Depressiver etwa nicht richtig schlafen, wäre es falsch, ihm mit einem üblichen Schlafmittel helfen zu wollen. Er braucht ein Antidepressivum, das gegen die Grundkrankheit gerichtet ist. Es gibt inzwischen eine reiche Auswahl an Präparaten, die häufig alternativ eingesetzt werden. Häufig genügt eine Behandlung über einige Wochen oder Monate, dann ist die Depression verschwunden. Das wäre sie vermutlich auch ohne Präparat: Nur: Mit einem Medikament haben die Patienten ein weitgehend beschwerdefreies Leben.

Etwa 15 Prozent der Depressiven sprechen auf die Arzneien nicht an. Sie sind besonders gefährdet. Viele von ihnen machen der Qual selbst ein Ende, sie begehen Selbstmord. Das größte therapeutische Geschütz gegen eine schwere Depression ist immer noch die Elektroschockbehandlung. Sie ist, das versichern die Experten übereinstimmend, auch heute noch unverzichtbar. Allerdings müssen die Patienten nicht mehr unter dem Schock leiden: er wird in Vollnarkose durchgeführt.

JOCHEN AUMILLER

„Das Gauklermärchen" von Michael Ende in Heidelberg uraufgeführt

Wenn Phantasie das Gute will . . .

Aufgeladen mit dem Kulterfolg von Michael Endes Buch „Momo", beeilte man sich in Heidelberg, ein Kapitel aus „Momo", „Das Märchen", von Ende selbst als „Gauklermärchen" in einem „Spiel aus sieben Bildern sowie einem Vor- und Nachspiel" fürs Theater bearbeitet, im Theater der Stadt zur Uraufführung zu bringen. Es ist dem deutschen Theater wahrlich ein neuer Autor, ein neuer Theoretiker, ein neuer Denkspieler von „unglaublicher" Tiefe gewonnen; unglaublich.

Ein Text zieht sich in reimgebundener Trägheit durch diesen Abend, läßt keine Platitüde von Gut und Böse, von Liebessieg und Bösenmacht, von Phantasie und Wirklichkeitsschwund aus, um strebend-bemüht eine Erlösung in einer Bildwelt anzubieten, die sich aus so ziemlich allen hinlänglich bekannten Literaturstücken bedient; Märchen zumal („Spieglein, Spieglein an der Wand ..."), dem reinen Tor, ein bißchen Bilderbuch-Parzival und Love-Story. Das Ganze wird mit einem überraschenden Zugriff auf eine Aktualisierung – Giftgas, unschwer ist der Dioxin-Skandal zu erkennen – heilsbotschaftlich angeboten: So ein bißchen à la „Der kleine Prinz" und „Nur mit dem Herzen sieht man gut". Man muß nur eine Phantasie haben, die ist dann frei, und dann, wenn sie das Gute will, und das will sie, ja dann ...

Ärgerlich ist, daß dieses schwere Bilderpaket mit einem Aufwand an begleitenden philosophischen, theoretischen und ästhetischen Theater- und Sprachkenntnissen seines Autors daherkommt, so, als seien die Möglichkeiten von Sprache und Bildern auf dem Theater eben erst entdeckt worden, und als seien vorher nie Märchen auf die Bühne und damit in die Realität dieser (Theater-)Welt gestellt worden. Über so viel äußerliche Innerlichkeit, inhaltsleer und moralöde, in der zudringlichen Haltung des larmoyanten, zimtenen Aufklärers, über diese stützungsbedürftige Wehleidigkeit kann man schon zornig werden.

Nein, dieses „Gauklermärchen" ist ein Gauklermärchen. Eine triefende Untröstlichkeit, die sich gelegentliche Farbkoller erlaubt, ausgestattet in dieser Inszenierung (Christian Sorge) mit einer zusätzlich einfallslosen Musiködnis, eine Privatbildlichkeit, die sich das Entsetzen zum Dessert zubereitet. Die Prachtbilder aus dem „Morgenland" bieten absichtsvoll absichtslosen Schein der Angst- und Machtverhältnisse in einem Verschnitt aus faustischem Teufelspakt, mit Dschungelbuch zerträumt und zerdichtet.

Die Schauspieler müssen das aushalten. Der Erfolg dieses Abends, zweifellos war das ein „Erfolg", ist einer der Schauspieler, der Choreographie, der Kostüme. Sie sorgen dafür, daß hier gerade noch Theater stattfand. Daß Johann Kresnik seine Choreographie-Erfahrung zur Verfügung stellte, gab einigen Bildern einen konzentrierenden Halt. Daß über genaues Sprechen, vor allem von Herbert Fritsch und Wolfgang Graczol, das Reimescheppern einigermaßen verlorenging, heiterte diese Märchenschwere auf, und wenn Eva Kryll das schwachsinnige Mädchen Eli spielt, spürt man, wann Märchen aufhören, märchenhaft und Gaukelei zu sein.

REINER NERVAL



Farbige Untröstlichkeit: Eva Kryll (vorn) und Jane Hempel in der Heidelberger Uraufführung FOTO: MANFRED ZENTSCH

JOURNAL

Umfassende Schau der Niederlande in Berlin

PHG, **Berlin**

Unter dem Titel „Berlin – Amsterdam. Begegnung mit den Niederlanden" findet derzeit in Berlin eine Reihe mit über 100 Veranstaltungen statt, die einen Querschnitt durch das kulturelle Schaffen der Niederlande zeigt. Es handelt sich um das größte Kulturexport-Projekt, mit dem sich Holland bisher im Ausland dargestellt hat. Die Reihe, die in den Monaten Mai und Juni ihre Schwerpunkte haben wird, aber bis Januar '84 laufen soll, gilt als „Antwort" auf die „Berlin – Amsterdam"-Serie, die vergangenes Jahr in Amsterdam und anderen niederländischen Städten mit ungewöhnlichem Erfolg gelaufen war.

Attenboroughs „Gandhi" in Südafrika vor Indern

dpa, **London**

Richard Attenborough, der Regisseur des Films „Gandhi", hat beschlossen, nicht an einer Premiere des Films „nur für Weiße" in der südafrikanischen Stadt Johannesburg teilzunehmen. Attenborough veröffentlichte in London eine Erklärung, nach der er an der Premiere am 20. April in Lenasia bei Johannesburg teilnehmen wolle, die zugunsten einer indischen Wohltätigkeitsorganisation stattfinde. Alle finanziellen Gewinne, die er aus der Vorführung des Films in Südafrika habe, werde er Vereinigungen zur Verfügung stellen, die sich für die Verbreitung der von Gandhi verfochtenen Prinzipien einsetzten.

Düsseldorf plant Brecht-Uraufführung

dpa, **Düsseldorf**

Das Düsseldorfer Schauspielhaus nennt in seinem Spielplan für die kommende Saison die Uraufführung eines unvollendet gebliebenen Brecht-Stückes: „Das wirkliche Leben des Jakob Geherda". Das nachgelassene Fragment, bisher gesperrt, wird in Düsseldorf mit Archivmaterial abgerundet. Als weitere Uraufführungen sind vorgesehen: „Die bucklige Angelika" von Jörg Graser sowie eine Theater-Performance der Bühnenbildkünstler Erich Wonder und Heiner Goebbels. Zur deutschen Erstaufführung soll das neue Stück des südafrikanischen Autors Athol Fugard, „Master Harold ... and the boys", gebracht werden sowie Woody Allens Schauspiel „Die magische Glühlampe" und Terry Johnsons Einstein/Monroe-Stück „Bedeutende Leute".

Bayer AG verklagt Schriftsteller

dpa, **Dormagen**

Der Leverkusener Chemie-Konzern Bayer will den Düsseldorfer Schriftsteller Klas Ewert Everwyn vor Gericht wegen Verleumdung verklagen. Grund des Streites: Everwyn hatte nach Meinung des Unternehmens in seinem Buch „Der Dormagener Störfall von 1996" – eine futuristische Fiktion über ein Unglück im dortigen Bayer-Chemiebetrieb – die Arbeitsweise der Beschäftigten und die Produktionsanlagen als ständige Gefahr für die niederrheinische Bevölkerung beschrieben. Der Autor war per einstweiliger Verfügung aufgefordert worden, einige Textstellen des Buches einzuschwärzen. Doch inzwischen war das Buch bereits erschienen. Jetzt ist – nach Bayer – eine Verleumdungsklage beim Düsseldorfer Landgericht fällig.

Unbekannte Werke von T. Williams entdeckt

SAD, **New York**

Im Nachlaß des im Februar im Alter von 71 Jahren verstorbenen Schriftstellers Tennessee Williams sind jetzt mehrere unvollendete Bühnenstücke, zahlreiche unveröffentlichte Kurzgeschichten und laut Testamentsvollstrekker „eine Menge Gedichte" gefunden worden. Die bislang unbekannten Werke wurden in der Wohnung des Dichters auf der Florida-Insel Key West entdeckt. Eines der Bühnenstücke, das laut Nachlaßverwalter „zu 90 Prozent" fertig ist, soll jetzt von dem Schriftsteller und Williams-Freund Gore Vidal vollendet werden und am Broadway zur Aufführung kommen.

Ikone von El Greco auf Syros gefunden

dpa, **Athen**

Eine byzantinische Ikone von Dominikos Theotokopulos, genannt El Greco, ist in einer Kirche auf der Ägäisinsel Syros entdeckt worden. Das Werk stellt Marias Tod dar und trägt die Unterschrift des berühmten Malers, der 1614 starb. Es ist mit Temperafarben auf Leinwand gemalt und auf Holz aufgezogen. Das Entstehungsjahr wird auf 1565 oder 1566 geschätzt, das heißt, kurz bevor El Greco seine kretische Heimat verließ.

Lesegesellschaft soll erhalten werden

dpa, **Mainz**

Eine Wende in der Diskussion um den Fortbestand der Deutschen Lesegesellschaft (DLG) hat sich auf der Mitgliederversammlung in Mainz angekündigt. Sie billigte einstimmig die Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Umwandlung der DLG in eine „Stiftung Lesen". Eine solche Umorganisation war ursprünglich von der Lesegesellschaft abgelehnt worden, woraufhin der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Bertelsmann-Stiftung als wesentliche Träger der Einrichtung ihren Rückzug signalisiert hatten.

El Salvador ist über die Haltung Bonns verbittert

Außenminister Chavez: „Warum hat man uns in der schwierigsten Zeit verlassen?"

M. SCHELL, San Salvador

Die politische Führung des mittelamerikanischen Staates El Salvador erwartet, daß die neue Bundesregierung bald wieder einen Botschafter entsendet und die fest zugesagte, aber stornierte Wirtschaftshilfe leistet. Diesen Wunsch haben übereinstimmend und mit großem Nachdruck Präsident Alvaro Magaña, Außenminister Fidel Chavez Mena und der Führer der Christdemokraten, Napoleon Duarte, in Gesprächen mit deutschen Journalisten in San Salvador zum Ausdruck gebracht.

Auch Verbitterung und Enttäuschung über die Haltung Bonns klang an. Außenminister Chavez stellte die Frage: „Warum hat man uns in der schwierigsten Zeit verlassen?" Dies sei auch deshalb unverständlich, weil Bonn die Hilfe für das marxistisch-leninistische Regime in Nicaragua fortgesetzt habe. Er führe dieses Verhalten auf den „Druck der öffentlichen Meinung" in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Das einzige, was El Salvador gehört habe, sei „viel Kritik" gewesen. Dabei habe man aber die Vielschichtigkeit der Probleme nicht beachtet. Jetzt hoffe er auf einen Kurswechsel der neuen Bundesregierung. Entsprechende „Absichtserklärungen" seien vorhanden. Präsident Magaña „bedauerte" die Entscheidungen Bonns und widersprach dem Argument, ein deutscher Botschafter könne aus Sicherheitsgründen nicht entsandt werden. Die Situation habe sich grundlegend geändert: „In El Salvador ist man sicherer als in Costa Rica."

Keine Probleme im Sicherheitsbereich

Der amerikanische Botschafter in El Salvador, Teane Hinton, sagte bei einer Begegnung mit den Journalisten, er habe keine Probleme im Sicherheitsbereich. Zugleich äußerte der US-Botschafter sehr scharfe Kritik an der in Portugal beschlossenen Erklärung der Sozialistischen Internationale zu Mittelamerika. Es sei absurd und absolut unverständlich, wenn darin Nicaragua als demokratisch regiertes Land, aber El Salvador als blutrünstige Diktatur bezeichnet werde. Es stelle die Tatsachen auf den Kopf, betonte Hinton.

Napoleon Duarte, der sich an diesem Montag gemeinsam mit Chavez um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Christdemokraten bewirbt, sagte, wer Einfluß im Sinne der demokratischen Entwicklung von El Salvador nehmen wolle „der muß präsent sein". Die Rückbeorderung des deutschen Botschafters sei ein „großer Fehler" gewesen, er erwarte eine „baldige Korrektur". Aber er würdigte auch, daß die CDU in schwieriger Zeit zu den Christdemokraten in El Salvador und deren Bemühungen, einen Demokratisierungsprozeß in Gang zu setzen, gestanden habe.

Das Verhalten Bonns gegenüber El Salvador wirft – auch ungeachtet der Unterstützung des Regimes in Nicaragua – vielfältige Fragen auf. El Salvador ist das einzige Land, in dem Bonn die Frage, ob ein Botschafter entsandt wird, von der politischen Gegebenheit in diesem Land abhängig macht.

Im Februar 1980 hatte das Auswärtige Amt den Rückzug der damals vier Angehörigen der Botschaft angeordnet. Geschäftsträger Engel sollte die Aufgabe von Guatemala aus wahrnehmen. Er pendelte mit dem Auto zwischen beiden Ländern, obwohl dies unter Sicherheitsgesichtspunkten gefährlicher war als eine Präsenz in El Salvador. Im Oktober 1980 kehrte Engel nach Salvador zurück und blieb bis November 1981 hier alleine. Am 20. November 1981 hatte man der Regierung von El Salvador die Entsendung eines Botschafters zugesagt. Dieses Versprechen wurde zwar im Januar 1982 mit der Entsendung des Botschafters Neukirch erfüllt. Aber er wurde offensichtlich auf Druck der Linken in der SPD schon nach einer Woche wieder abberufen. Auch nach den freien und unter internationaler Beobachtung stattfindenden Wahlen im März 1982 wurde die Botschafterstelle Bonns nicht besetzt.

Bonn hatte 1979 El Salvador Zusagen in Höhe von 27 Millionen Mark gegeben, unter anderem für Bewässerungsprojekte. Diese Mittel wurden blockiert. Auch mit humanitären Hilfsmitteln hielt sich die Bundesregierung zurück. Für die Behebung schwerer Erdbeben- und Unwetterschäden im vergangenen Jahr wurden insgesamt nur 70 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Entsendung eines Botschafters und die Freigabe der Hilfsmittel, so betonte man in El Salvador, hätten vor allem politische Signalwirkung, daß Bonn den von El Salvador eingeschlagenen Weg zur Demokratisierung anerkennt und für unterstützungswürdig hält. Auf dieses Signal hoffen die demokratischen Spitzenpolitiker in El Salvador.

Die Präsidentschaftswahlen sollen, wie Präsident Magana sagte, Ende des Jahres – entweder im November oder Dezember – stattfinden. Das kleine Land ist in einer sehr schwierigen Situation. Napoleon Duarte schätzt, daß die Zahl der Untergrundkämpfer auf 7000 bis 8000 Mann gestiegen ist. Ihnen stünden, so kritisierte er vor den Journalisten, Regierungsstreitkräfte gegenüber, die eine „statische Konzeption" hätten. Die jetzige Regierung leide an „innerer Schwäche" und an Interessenkonflikten. Die Rechte wolle keine Sozialreform und das Heer keine Beeinträchtigung seiner Autorität.

Als ein Beispiel für diese Schwäche nannte Duarte die Vorgänge um Verteidigungsminister Garcia. Nach der Meuterei eines Kommandanten im Januar sei festgelegt worden, daß nach 90 Tagen über den Verbleib des Ministers entschieden werde. Der Präsident der Republik, der Garcia halten wolle, stehe vor dem Risiko, entweder dem Druck der nachgeordneten Militärs der Entlassung nachzugeben oder aber die Gefahr eines Militärputsches einzugehen.

„Umsturz von rechts" führt zur Isolierung

Der Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, Robert D'Aubuisson, sagte, er habe gehört, daß Garcia sein Rücktrittsgesuch eingereicht und der Präsident es angenommen habe. Die offizielle Entscheidung wird für heute erwartet.

Duarte meinte, ein „Umsturz von rechts" würde zu einer internationalen Isolierung des Landes führen. Er rechne auch deshalb nicht damit, weil die Militärs „kein Führungsimage" hätten. Außenminister Chavex meinte, als er auf das Ausscheiden des Verteidigungsministers angesprochen wurde: „Jede Bewegung innerhalb der Militärs hat ihre Risiken." Er rechne „im Augenblick" aber nicht mit einem Militärputsch.

Neben den Vorgängen im eigenen Land finden die Ereignisse in Nicaragua in El Salvador größte Beachtung. Die Zeitungen zitierten am vergangenen Samstag ausführlich aus der Erklärung, Eden Pastora, als „Commandante Zero" einst ein Held der sandinistischen Revolution Nicaraguas, habe ein Ultimatum gestellt. Die Kubaner sollten binnen zwei Wochen Nicaragua verlassen oder er reihe sich mit seinen Anhängern in den militärischen Kampf gegen die Führung in Managua ein. Pastora, so hieß es, sei bereits im Süden von Nicaragua.

Kairo: Lob für Sowjet-Hilfe an Syrien

dpa/rtr/AP, Fes/Kairo

PLO-Chef Yassir Arafat hat am Wochenende seine intensive Reisediplomatie zur Kärung der Lage nach dem Scheitern seiner Gespräche mit dem jordanischen König Hussein fortgesetzt. Nach der bulgarischen Hauptstadt Sofia, wo er am Freitag und Samstag mit Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff konferiert hatte, suchte Arafat Tunis, Algier und Fes auf, wo er mit den Staatschefs Tunesiens, Algeriens und Marokkos, den Präsidenten Habib Bourguiba und Chadli Bendjedid und König Hassan, zusammentraf. Die Gespräche galten auch der Vorbereitung des auf Anfang Mai vertagten neuen Gipfels der Arabischen Liga, deren Vorsitz Hassan innehat.

In Sofia bekräftigte Arafat nach Angaben der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA das Festhalten der PLO am Ziel einer Konföderation zwischen Jordanien und einem unabhängigen Palästina. Er wies „alle Versuche zur Schwächung der Einheit der palästinensischen und arabischen nationalen Befreiungsbewegung mit der Sowjetunion" als schädlich für die „Interessen der arabischen Völker" zurück.

Die Lieferung modernster sowjetischer Flugabwehrraketen an Syrien trägt nach Ansicht des ägyptischen Verteidigungsministers Abdel-Halim Abu Ghazal zum militärischen Gleichgewicht gegenüber Israel bei. In einem Interview mit der Wochenschrift „Akhbar El-Yom" sagte der Feldmarschall, mit den SAM-5-Raketen könnte die syrische Verteidigungskraft gestärkt und ein teilweises militärisches Gleichgewicht mit Israel erreicht werden.

Sartawis letzte Kritik an Arabern

AFP/DW, Paris/Bonn

Issam Sartawi, der auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Portugal ermordete PLO-Vertreter, hat kurz vor seinem Tod Kritik am Einfluß Syriens, Iraks und Libyens auf die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) geäußert. Dieser Einfluß habe dazu geführt, erklärte Sartawi vor seiner Abreise nach Portugal gegenüber der in London erscheinenden Zeitung „Al Majalla", daß die PLO an einem arabischen Übergewicht und einer palästinensischen Unterrepräsentation leide.

Man müsse sich auch fragen, warum arabische Staaten immer noch dem Extremisten Abu Nidal Zuflucht und finanzielle Hilfe gewährten, obgleich dieser schon vor zehn Jahren von der PLO zum Tode verurteilt worden sei, wurde Sartawi zitiert.

Wie „Bild am Sonntag" aus deutschen Sicherheitskreisen meldete, wurde Sartawi wegen Mordverdachts in der Bundesrepublik Deutschland steckbrieflich gesucht. „Gegen den palästinensischen Politiker bestand seit Jahren ein solcher Haftbefehl", bestätigte auch Abteilungspräsident Becker vom Bundeskriminalamt. Sartawi hatte 1970 öffentlich die Verantwortung für das blutige Attentat auf die Passagiere einer israelischen El-Al-Maschine am 10. Februar 1970 auf dem Flughafen München-Riem übernommen.

Folgt ein Putsch der Wahl in Thailand?

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Nach einer nur 29 Tage dauernden Wahlkampagne sollen heute in Thailand rund 25 Millionen Wahlberechtigte aus 1865 Kandidaten 324 Abgeordnete in das Nationale Parlament wählen. Wahrscheinlich wird die Soziale Aktionspartei (SAP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Kukrit Pramoj wieder als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen. Doch wird sie eine Koalition mit mindestens zwei Parteien eingehen müssen. Fast alle Parteien führten ihren Wahlkampf mit der Parole „Wahrung der Demokratie, Abwehr der Diktatur".

Vor der Wahl erklärte Kukrit, daß er statt einer Koalition ein Arrangement mit den Militärs und die Wiederwahl des früheren Generals Prem Tinsulanonda zum Ministerpräsidenten bevorzugen würde. Er habe, so Kukrit, die Wichtigkeit der Militärs und die Notwendigkeit ihres Einflusses auf die Politik akzeptiert. Damit hat der 72jährige Kukrit die „Flucht nach vorn" ergriffen.

Offenbar will der SAP-Chef den Konfrontationskurs seiner Partei mit dem Befehlshaber des Heeres, General Arthit, beenden und zugleich einer Koalition der Splitterparteien von rechts oder von links vorbeugen.

An KSZE erinnert – festgenommen

DW. Bonn

Während der internationalen Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin ist nach Berichten von Augenzeugen ein 25jähriger Mann am Eingang zum „Palast der Republik" festgenommen worden. Der Mann hielt am vergangenen Samstag deutlich sichtbar ein Plakat in die Höhe mit der Aufschrift: „Ich bestehe auf den Rechten der KSZE-Konferenz von Helsinki und verlange meine Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland." Sofort wurde er von einigen Männern, vermutlich Angehörige des Staatssicherheitsdienstes, in einem Pkw-Kombi an einen nicht bekannten Ort gebracht.

Bundeswehr informiert über Nachrüstung

gba, Bonn

Mit einer verstärkten Information innerhalb der Bundeswehr will der neue Generalinspekteur Wolfgang Altenburg die Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion innerhalb der Truppe über die anstehenden Nachrüstungsfragen schaffen. In einem Deutschlandfunkinterview wies General Altenburg darauf hin, daß der NATO-Doppelbeschluß „nicht zum Ziel (gehabt habe), sich ein Alibi zu schaffen, zusätzliche Raketen in Europa zu stationieren". Ziel sei gewesen, das derzeit vorhandene Ungleichgewicht im nuklearen Bereich unterhalb der durch die SALT-Verträge geregelten strategischen Interkontinental-Waffen abzubauen.

Die Informationsarbeit in der Bundeswehr werde keinesfalls zur Propaganda werden. Es müsse deutlich gemacht werden, daß „der, der zum Beispiel erreicht, daß die Nachrüstungen nicht stattfindet, damit die nukleare Bedrohung gegen die Bundesrepublik nicht reduziert, sondern verstärkt" habe. Wenn man den Russen unterstelle, daß sie vor der Pershing, die in nur sechs Flugminuten „drüben" sein könne, Angst hätten, so müsse man andererseits erkennen, daß dieselbe Situation für die Bundesrepublik schon gegeben sei.

„DDR"-Funktionär sprach in Kirchengemeinde

F. D. Berlin

Auf einer umstrittenen Veranstaltung der Berliner Regionalgruppe der kommunistisch inspirierten „Christlichen Friedenskonferenz" kritisierte der Ostberliner Hochschullehrer für Ökonomie und ehemalige „DDR"-Botschafter in der Dritten Welt, Helmut Faulwetter, die „Hochrüstungspolitik des kapitalistischen Westens". Der Vortrag des „DDR"-Referenten in der evangelischen Patmos-Gemeinde im Berliner Bezirk Steglitz war zuvor in evangelischen Kirchenkreisen als „skandalöse Propagandaaktion" verurteilt worden.

Die Veranstalter nannten es das Ziel des Vortrages, die „Hintergründe der absurden Abrüstung in Ost und West aufzudecken". Faulwetter, dessen Referat unter dem Motto „Wirtschaft – Militär – Hunger" stand, machte vor allem „den Drang des westlichen Bündnisses, den Weltsozialismus zu zerstören", für die Rüstung verantwortlich.

Als Ausgleich zu der einseitig kommunistisch ausgerichteten Veranstaltung der „Christlichen Friedensgruppe" plant die Leitung der evangelischen Patmos-Gemeinde jetzt, in Kürze zwei Vertreter der Berliner US-Militärmission zu einer Diskussion über Rüstungspolitik einzuladen.

Hessische Grüne gegen vorgezogene Neuwahlen

gur. Darmstadt

An der Basis der Grünen in Hessen gibt es nur eine „qualifizierte Minderheit" (ein Parteisprecher) für vorgezogene Neuwahlen noch vor der Sommerpause. Auf einer Sitzung des Landeshauptausschusses der Partei in Darmstadt sprachen sich gestern die Vertreter von 22 Kreisverbänden gegen Neuwahlen überhaupt aus. Lediglich vier Kreisverbände, an der Spitze der Kreisverband Gießen, votierten für einen Neuwahltermin noch im Juni. Damit werden sich Hoffnungen der hessischen CDU, Neuwahlen noch vor der Sommerpause zu erreichen, kaum noch erfüllen. In den vergangenen Wochen hatten Beobachter derartigen Vorstellungen eine letzte Chance gegeben, weil sich nach der schroffen Absage der SPD, in früher zugesagte „Grundsatzgespräche" mit den Grünen einzutreten, in verschiedenen Äußerungen von Vertretern der Grünen ein Stimmungsumschwung zugunsten von Neuwahlen abzeichnete. Danach hätte die grüne Landtagsgruppe noch im April mit einem Antrag zur Auflösung des Landtags, zu dem die CDU bereits Zustimmung signalisiert hatte, Wahlen im Juni selbst herbeiführen sollen. Nun dürfte es wohl bei den von der Regierung Börner (SPD) für den 25. September angestrebten Herbstwahlen bleiben.

Demut besänftigt Aggressoren nicht

HENK OHNESORGE, Bayreuth

Eine effektive Sicherung des Friedens verlangt vor allem logisches Denken. Mit Emotionen allein (in Form der Angst) oder nur mit sittlichen Postulaten, wie die christliche Friedenspflicht, ist nur wenig zu erreichen. Gleiches gilt für die Hoffnung, durch die Demutsgeste der einseitigen Abrüstung einen entsprechenden Abbau der Aggression der anderen Seite zu erreichen. Dies ist eine Erkenntnis, die sich wie ein roter Faden durch Vorträge und Diskussion der Tagung zum Thema „Friede und Glaube" des Bayreuther „Kolloquiums zu Problemen religiöser Sozialisation" zog.

Die Logik beginnt mit einer klaren Erkenntnis der eigenen Lage und der Ziele der anderen Seite. Ein Ausfluß solchen Denkens ist der NATO-Doppelbeschluß, für den sich als derzeit einzig gangbaren Weg der Politikwissenschaftler Professor Richard Löwenthal einsetzte, weil „ein einseitiger Rüstungsverzicht Erpreßbarkeit, also Preisgabe der Freiheit bedeutet". Ein Wettrüsten jedoch ohne absehbares Ende könnte zum Krieg führen. Deshalb sei es unumgänglich, daß wir „den Weg der dritten Alternative, der Verhandlungen zur Kontrolle des Konflikts, konsequent und mit dem äußerst möglichen Einsatz unseres Willens und des Willens unserer Verbündeten gehen".

Daß der Christ zwar die Pflicht hat, sich für Frieden einzusetzen, daß Frieden aber nicht Frieden um jeden Preis bedeuten kann, machte der hessische Landesbischof Hans Gernot Jung am differenzierten Bemühen der Protestanten auf dem Weg über die „Heidelberger Thesen" und die EKD-Friedensdenkschrift 1981 deutlich. Es ist jedoch – wie sich in der Diskussion zeigte – ein Phänomen der gegenwärtigen Friedensbewegung, daß sich dabei häufig Menschen auf das Christentum zur Rechtfertigung berufen, die sonst kaum ein Verhältnis zu Glaube und Kirche haben.

Ein anderes Phänomen ist, wie der Sozialpsychologe Gerhard Schmidtchen darstellte, eine weitgehende Veränderung von Werten und Normen, welche den Staat zunehmend unglaubwürdiger scheinen machen. Diese Einseitigkeit, vorgetragen von radikalen Minderheiten, hat letztlich das Ergebnis: „Am Ende ist dann die perfekt gerechte Gesellschaft die perfekt unfreie."

Zu den vielen Widersprüchen im Bemühen um den Frieden und um die Freiheit des einzelnen gehört auch – worauf der SPD-Politiker Dieter Haack hinwies – die Verwischung der Tatsache im allgemeinen Bewußtsein, daß Wehrpflicht die Norm, Ersatzdienst jedoch die Ausnahme als Konsequenz des weitgefaßten Freiheitsrechts unserer Verfassung ist. Zu diesen Erscheinungen gehört schließlich ebenso – so der Kölner Jurist Ulrich Matz – die Verneinung der Tatsache, daß ungeachtet seiner Jugend derjenige auch Verantwortung tragen muß, der sich in die politische Arena, einschließlich von Volksbewegungen, begibt.

Patentlösungen waren in den drei Tagen in Bayreuth weder erwartet noch gegeben, wohl aber die Klärung von Thesen, Begriffen und Umständen. Weit über das Friedensproblem hinaus aber erfordert, wie der Leiter der Veranstaltung, der Bayreuther Theologe Wilhelm F. Kasch, in seinem Schlußreferat forderte, die „Umkehr vom Weg der Mittel zur Erneuerung eines Wegs des Sinnes der Person".

Vor allem Brutalität: Das kanadische Pay-TV übertrifft alle Befürchtungen

Die Zensoren machen Überstunden

Jede zweite Nacht wird etwas Unanständiges gezeigt", sagte der Deutsch-Kanadier Hans Grumme. Der Manager eines großen Geschäfts mit bayrischer Dirndl-Mode in Kitchener, einer 150 000-Einwohner-Stadt eine Autostunde westlich von Toronto, sprach von der neuesten Errungenschaft in Kanadas Medien: dem Pay-TV, das vor einigen Wochen eingeführt wurde und seither in den gedruckten Medien mehr Furore macht als Inflation und Arbeitslosigkeit.

„Sex, Brutalität und Pornographie sind in den Programmen des Pay-TV an der Tagesordnung", klagte der vor 30 Jahren eingewanderte frühere Deutsche. „Es ist nur gut, daß bisher nur eine Minderheit der Bevölkerung die Programme sehen kann."

Klein ist die Minderheit jedoch nicht: Das Heer der zahlenden Abonnenten-Fernseher erreicht in Kanada schon wenige Wochen nach seiner Einführung die Zwei-Millionen-Grenze. Über die Hälfte davon zahlen Gebühren bei den beiden nationalen Programmen „First Choice" und „C-Chanell". Vier weitere TV-Unternehmen bieten ihre Programme auf regionaler Ebene an – von der Provinz Alberta über das bevölkerungsreichste Ontario bis hinunter nach Britisch Kolumbien am Pazifik.

Schon vor der Einführung war in den Zeitungen viel Druckerfarbe pro und contra Pay-TV verbraucht worden. Jetzt füllen die Artikel darüber ganze Seiten. Die ablehnenden und kritischen sind in der Mehrzahl, selbst wenn man die Flut empörter Leserbriefe nicht einbezieht.

Eigentlich war, was jetzt die Gemüter erregt, vorhersehbar und im übrigen auch immer wieder in die Debatte geworfen worden. Doch mit wenig Erfolg: Anfang Februar erteilte Kanadas Regierung sechs längst in den Startlöchern befindlichen Teleclub-Firmen die Genehmigung, über die bestehenden lokalen Kabelnetze gebührenpflichtige TV-Programme zu verbreiten.

Selbstverständlich wurden den Firmen Auflagen gemacht, und billig ist das Vergnügen auf den Bildschirmen auch nicht gerade: Zwischen 35 und 40 Mark betragen die Monatsgebühren – im Durchschnitt zehn Mark mehr als in den benachbarten USA.

Doch die schlimmsten Befürchtungen von Frauenorganisationen, Parteien, Kirchen und Behörden wurden übertroffen. Neben Kinofilmen und Sport flimmert seit Wochen vor allem Brutalität, Gewalt und Pornographie über die Bildschirme. In einem Film vergewaltigten fünf Weiße eine Farbige, in einem anderen machte ein Sadist eine Frau mit Opium gefügig, kettete sie zusätzlich an Händen und Füßen an Eisen, gab ihr ein paar Peitschenhiebe und sagte schließlich: „Wenn sie leiden, haben die Frauen das größte Vergnügen ..."

Es klingt wie ein Witz: Jahrelang hatte sich Kanadas Regierung aus Angst vor Überfremdung des nationalen Fernsehens durch importierte Programme gegen die Einführung des Pay-TV gesträubt. Als weiterer Widerstand schließlich aussichtslos wurde, legten die Landesväter zur Gewissensberuhigung Bestimmungen über Quoten fest. Da wurden die Anteile aus kanadischen und ausländischen Studios genau vorgeschrieben.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Programmen des Pay-TV jedoch haben gezeigt, daß vor allem die in Kanada produzierten Filme Empörung und Kritik hervorrufen. Zahlreich sind denn auch jene Kanadier, die vermehrt nach den braven und fast prüden Produktionen aus dem südlichen Nachbarland verlangen, die eigenen wüsten Machwerke aus Toronto aber beredt verwünschen.

Hatten Abgeordnete schon vor der Einführung des Pay-TV manche Stunde in Kinosälen zugebracht, um inkriminierte Filme zu begutachten, so müssen sie heute bei der Erledigung ähnlicher Aufgaben Überstunden machen.

Hinweise und Entschuldigungen, daß das kanadische Film-Überwachungs-Büro das liberalste auf dem amerikanischen Kontinent sei, erfüllen die meisten Kanadier mit Ingrimm. Doch die Rufe nach einem Code, in dem ethische und weltanschauliche Kriterien für Sendungen im Pay-TV festgelegt werden sollen, hatten nur ein schwaches Echo. Und die Versprechen der Bosse von First-Choice, bei der Programmauswahl künftig Urteilsvermögen und guten Geschmack zu beweisen, riefen in der Öffentlichkeit lediglich Skepsis hervor.

Schließlich haben die Kanadier nicht vergessen, daß ein Regierungsmitglied den Sturm der Entrüstung im ganzen Land über die pornographischen Sendungen im Pay-TV mit der lakonischen Bemerkung kommentiert hatte: „Und das alles wegen dem bißchen Nacktheit auf den Bildschirmen."

WALTER H. RUEB

KRITIK

Biographie mit vielen Lücken

Wer eine Dissertation über „Grenzen und Möglichkeiten des Fernsehens" schreiben will, findet dafür Material in Hülle und Fülle in dem NDR-Beitrag **Abschied von Onkel Herbert**. Sehenswert war er sicherlich. Aber gewiß war dies eine nur sehr lückenhafte Biographie des so überaus bewegten Lebens Herbert Wehners. Und ebenso gewiß machte der Film nicht deutlich, „warum der sarkastische alte Mann ging", wie angekündigt wurde.

Ein tiefer Griff in das Fernseh-Archiv bestimmte den Aufbau dieses Films. Streifen, die nicht im Archiv zu finden waren, führten dazu, daß die ganze wildbewegte Jugend und die frühen Mannes-Jahre des Kommunisten Wehner nicht stattfanden. Nur ganz kurz huschten Moskau und das Hotel Lux an unserem Auge vorbei. Das war's dann auch schon.

Kein Wort sei gegen den Text des Zeithistorikers Baring eingewandt. Nur, wer konnte wohl seinen Vortrag und die Bilder gleichzeitig geistig aufnehmen und verarbeiten? Zu oft wurden tiefgreifende Vorgänge nach dem schrecklichen Muster der Tagesschauen abgespult: Mit Worten werden schwierige außenpolitische Verhandlungen mitgeteilt, im Bild dazu sehen wir Männer zum hundertsten Mal aus ihren Autos klettern.

Dieser Biographie-Versuch demonstriert, wie eng die Grenzen des Fernsehens sind, befaßt es sich mit komplizierten Persönlichkeiten und ihrem an Widersprüchen reichen Leben. Da helfen Bilderbögen nicht weiter. Wer heute noch einmal das Fernseh-Interview des leider in der Politik untergegangenen brillanten Journalisten Günter Gaus mit Wehner aus dem Jahr 1964 liest, erfährt erneut, daß nur das gescheite Wort zu einer wissenswerten Biographie Wehners führen kann.

Natürlich hat auch der Bilderbogen seinen fernsehspezifischen Wert. Der Redner Wehner, der Parlamentarier, der Parteiantreiber – sie faszinieren in der Rückschau. Der Weg zur großen Koalition wird ganz klar gezeichnet. Hier liegt der Schwerpunkt im Beitrag von Professor Baring.

GEORG SCHRÖDER

STUDIO

Mit dem goldenen „Bambi" der Fernseh-Illustrierten „Bild + Funk" ist das „Dallas-Ekel" Larry Hagman für die beste Fernsehserie ausgezeichnet worden. Außer Hagman erhielten weitere zehn Preisträger die seit 35 Jahren verliehenen, begehrten Auszeichnungen, u. a. der Tierfilmer Heinz Sielmann für seine „Expeditionen ins Tierreich", die Spider Murphy Gang aus München als populärster Vertreter der Neuen Deutschen Welle und auch Pop-Moderator Thomas Gottschalk mit der Show „Na sowas".

*

In Rampisham, einem der Senderstandorte für die Auslandssendungen der **BBC London**, werden derzeit acht Kurzwellensender von je 100 kW durch Sender von je 500 kW ersetzt. Sie sollen vor allem für die Programme in Russisch, Tschechisch und Polnisch der BBC eingesetzt werden. Die ersten dieser acht mächtigen Sender von je 500 kW werden laut BBC London ab Herbst 1983 in Dienst gestellt.



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Eishockey-WM
Schweden – Kanada
Italien – BR Deutschland
11.15 Jenseits von Eden
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 MM Montagsmarkt
Ein Nachmittagsprogramm
Mit Petra Schürmann
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.15 Abenteuer Bundesrepublik
Staat auf Befehl
Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sammeln sich versprengte Mitglieder der im Dritten Reich verbotenen Parteien. Sozialdemokraten, Christen, Liberale und Kommunisten versuchen, das politische Leben neu zu organisieren.
21.15 Kontraste
Themen: Perspektiven der Deutschlandpolitik – Gespräch mit dem neuen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen / Internationale Marx-Konferenz in Ost-Berlin – viel Propaganda – wenig Wissenschaft / Karl-Marx-Feiern in New York – spielt Marx'sches Gedankengut in den USA eine Rolle? / Produktionskampagne in der sowjetischen Landwirtschaft – Reportage von einem ukrainischen Kolchos / Polens No-future-Generation – Porträt einer Warschauer Rockgruppe
22.00 Die Berliner Scala
Kapellmeister Otto Stenzel erinnert sich
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Nicht aufgeben!
Amerik. Spielfilm, 1981
Samuel Traylor, ein farbiger Arbeiter in einer Baumwollspinnerei des amerikanischen Südens, engagiert sich für die Gründung einer Gewerkschaftsgruppe und wird daraufhin fristlos entlassen. Er läßt sich jedoch nicht einschüchtern.
00.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Strafverfahrensrecht
Das Tagebuch
Teil 1: Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Lucio Dalla und Telly Savalas
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der Rockerchef (Teil 1 und 2)
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ganz schön mutig
Gespräche und Geschichten mit Dieter Kürten
Gäste: Aaron und Jeanette mit ihren Python-Schlangen, Inge Brück und Horst Jankowski, Gebrüder Blattschuß
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Schwangerschaft 83/84
Start der Vorsorge-Initiative mit Telefon-Sonderberatung / Ärger, Verwirrung, Unsicherheit – negative Folgen der Negativliste / Trimming-Tip des Monats
21.00 heute-journal
21.20 Point Hope
Eine dramatische Suchaktion in Alaska
Fernsehfilm von Wolfgang Panzer
Mit Hans Heinz Moser und Gisela Wellemann u. a.
Winnie, erfolgreicher Maler und Bildhauer, trifft auf dem Weg nach New York Rosa, eine junge Deutsche. Sie will unbedingt nach Alaska, um dort ihren verschollenen Bruder, einen Fotografen, zu suchen.
22.55 Praxis extra
Fragen zur Schwangerschaft
23.25 Prix Futura 1983
23.45 heute



„Ganz schön mutig" läßt sich Sport-Moderator Dieter Kürten in das Sprungtuch der Feuerwehr fallen. (ZDF, 19.30 Uhr)
FOTO: KINDERMA

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsstudio
21.45 Landesspiegel
22.15 Pierrot, mein Freund
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (2)
19.00 Antiquitäten in Serie (3)
Teller aus Lothringen
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Chronik
21.15 Prix Futura Berlin 1983
21.45 Zeitgeister TV
22.15 Spiel und Wirklichkeit
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Kopfball
Hilde ist zu dick
19.30 Elternstammtisch
Zwischen Aussteigen und Weitermachen
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
22.00 Filmmagazin
22.50 Heiße Ware für Moskau

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (28)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
17.30 Bonanza
Waldo, der Tolpatsch
20.20 Näher betrachtet:
Landschaftsschutz
21.00 Opas Weltraum-Utopien:
Flash Gordon
21.20 Reden muß man miteinander
21.50 Rock- und Klassik-Nacht (2)

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Damals in Berlin
19.05 Einbrecher
Dt. Spielfilm, 1930
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die ersten Menschen (1)
Am Anfang war ...
22.50 Rundschau

Van Deldens Ende

Py. – Versteigerungen aus Konkursen demonstrieren Endgültiges. Ein Aus für Unternehmen, Inhaber, Beschäftigte und deren Familien. Unternehmensversteigerungen erinnern oft an eine Art Leichenfledderei, sie haben etwas Makabres an sich. Und das um so mehr, je größer die Bedeutung einst war. An drei Tagen der letzten Woche kamen drei komplette Fabriken des Textilkonzerns van Delden unter den Hammer. Die angesetzte Industrieversteigerung sollte zehn Millionen DM einbringen.

Kurz vor dem Niedergang hatte der Konzern mit 7000 Mitarbeitern noch einen Umsatz von fast 700 Millionen DM. Jetzt hatte sich alles auf rund 3000 Positionen im Versteigerer-Katalog reduziert, vom Gummitransportband bis zu den schweren Webmaschinen. Und wie das Leben spielt: Die kleinen Dinge gingen reißend weg, die Produktionsanlagen werden nur schwer, wenn überhaupt, einen Käufer finden.

Die dreitägige Aktion, auch das war makaber, hatte noch etwas Gigantisches wie der einst blühende Konzern: Diese Industrieversteigerung sucht nicht nur in der Nachkriegsgeschichte ihresgleichen, sie hatte auch noch internationales Käuferinteresse gefunden. Die weltweite Ankündigung hatte sowohl smarte Manager aus den USA als auch Pakistani und Marokkaner im exotischen Burnus zum Ausverkauf gelockt.

So wehmütig die sicher notwendige Aktion von Gronau auch war, sie sollte nicht nur über Mißmanagement und Delden-Gigantomanie, nicht nur über falsche Strukturpolitik nachdenken lassen, sondern eine Lehre für die Verantwortlichen in Bonn und Brüssel sein, nicht länger tatenlos der europa- und weltweiten Wettbewerbsverzerrung der EG-Nachbarn zuzuschauen, unter denen der Überlebenswille der noch verbliebenen gesunden Textil- und Bekleidungshersteller zerbricht.

Strategie?

dos – Nur wenn unterstellt wird, daß all das, was in den letzten Wochen beim Volkswagenwerk geschah, lange voraus geplant war, könnte von einer Strategie gesprochen werden. In einem gewissen Kontext nämlich stehen die jüngsten Maßnahmen schon, auch wenn der Sinn des Ganzen im dunklen bleibt. Da stand zunächst der Konzern-interne Tarifabschluß an, der mit 4 Prozent höheren Löhnen und Gehältern bei weitem das überstieg, was die Metall-Arbeitgeberverbände im übrigen Bundesgebiet zu geben bereit waren. Es folgte dann die Entscheidung der Verwaltung, für 1982 auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten. Jetzt nun werden die Preise für VW- und Audi-Modelle um 2,8 Prozent angehoben. Die Maßnahme kommt nicht unerwartet; ihre Richtigkeit bleibt aber zweifelhaft. Zum einen werden noch immer Kunden mit preisgünstigen „Sondermodellen" geworben; zum anderen weiß man ja, daß im Herbst der neue Golf auf den Markt kommt. Zumindest dieses Modell hätte man also von der Preiserhöhung ausnehmen sollen.

OECD / Minister beraten Arbeitsprogramm zur Förderung der Städte

Ansiedlung mittlerer Unternehmen soll stärker gefördert werden

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) soll in den Dienst der Urbanisierung gestellt werden. Auf der ersten Konferenz der Städtebauminister ihrer 24 Mitgliedstaaten wurde der Zeitpunkt dafür angesichts des erwarteten Wiederaufschwungs der westlichen Volkswirtschaften als besonders günstig bezeichnet. Eine verstärkte Urbanisierung würde ihrerseits die konjunkturelle Entwicklung unterstützen.

In ihren zweitägigen Beratungen in Paris prüften die Minister das OECD-Arbeitsprogramm 1980/82, in welchem festgestellt wird, daß die Städte für Revitalisierung der nationalen Volkswirtschaften eine „kapitale Rolle" zu spielen haben. Als Träger großer Investitionsprogramme käme ihnen nicht zuletzt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit große Bedeutung zu.

Die Minister wollen ihren Regierungen eine Reihe von spezifischen Maßnahmen zur Verstärkung der urbanen Wirtschaft empfehlen. Die Städte auf eine gesunde und starke Grundlage zu stellen, wurde von ihnen als eine der wichtigsten Vorhaben der achtziger Jahre bezeichnet. Die öffentlichen Hilfen sollten dabei in größerem Maße als bisher den Städten zugute kommen, die besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Als weiterer Schwerpunkt wurden die Förderung der Ansiedlung von mittleren und kleinen Unternehmen in den Städten bezeichnet. Zu dieser wirtschaftlichen Diversifizierung müsse der Ausbau des technischen Innovationspotentials (Forschungsstätten usw.) kommen.

Voraussetzung dafür ist die Liberalisierung der städtebaulichen Vorschriften. Dazu erklärte Bundesminister Oscar Schneider, daß es immer schwerer werde, Bauvorhaben zu realisieren, und immer leichter, solche im Rahmen der Normenkontrolle zu verhindern. Hier bestünde ein weites Feld zur Harmonisierung der bauordnungsrechtlichen Bestimmungen in der OECD-Zone.

Große Beachtung fand Schneider mit der Darlegung des deutschen Steuersystems, welches die Gemeinden direkt am Steueraufkommen beteiligt. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß die Bauaufgaben der Zukunft nur dann zu lösen sind, wenn die lokale Kompetenz verstärkt wird. Für die Förderung der Autonomie, Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit liefert nach Schneider der föderative Staatsaufbau der Bundesrepublik gute Voraussetzungen.

Seine Aufgabe als Städtebauminister erblickt Schneider, wie er in Paris sagte, darin, durch behutsame Sanierung die innerstädtischen Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig den Wohnungsneubau gezielt zu fördern. Dies dürfe allerdings nicht allein über die Gewährung staatlicher Förderungsmittel, sondern auch durch private Initiativen und Investitionen geschehen.

Als ein sehr großes Problem bezeichnete Schneider die Verwilderung der Großstädte in den Entwicklungsländern. Der Wohnungsbau könne dort zum „Schicksal der Völker" werden, sagte der Minister vor der deutschen Presse. Gemeint sind insbesondere Rio de Janeiro, Kairo und Manila, wo ohne nötige Infrastruktur drauflos gebaut werde.

Als die vier vordringlichen Aufgaben der OECD im Städtebaubereich wurden von den Ministern festgelegt:

1. Die Ausarbeitung von Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung der Städte durch Kooperation zwischen den verschiedenen Behörden sowie zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor unter Berücksichtigung lokaler Initiativen.
2. Die Verbesserung der städtischen Dienste, insbesondere durch Hebung ihrer Produktivität und die Einführung neuer Technologien, wobei die Finanzierung grundsätzlich durch die Benutzer erfolgen soll.
3. Die Neudefinierung der (staatlichen) Wohnungsbauhilfen in Relation zu den finanziellen Kapazitäten der Bewohner unter Ausnutzung des Altbaupotentials.
4. Die Förderung der Funktionsfähigkeit des Grundstücks- und Wohnungsmarktes durch Nutzung aufgegebener oder nicht genügend genutzter öffentlicher Terrains unter Protektion landwirtschaftlicher und der Freizeitgestaltung dienender Grundstücke.

INDUSTRIEPOLITIK

Wolff: Subventionen sind schlimmer Protektionismus

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

„Was sich Europa im Wettlauf der Subventionen auf den verschiedenen Gebieten leistet, hat zum Teil die Ausmaße einer wirtschaftlichen Selbstverstümmelung angenommen." Dies erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, am Wochenende in einem Vortrag vor der Sorbonne in Paris.

Zum Teil seien in den letzten Jahren angepaßte und gutstrukturierte Unternehmen in verschiedenen EG-Ländern durch dauerhafte und wachsende Staatshilfen an marktschwache Firmen in Partnerstaaten wettbewerbsunfähig gemacht worden. Die Stahl- und Textilindustrie seien nur Stichworte. In einem Subventionskarussell sei zunehmend Kapital verschleudert worden, das vor dem Hintergrund eines allgemeinen großen Investitionsbedarfs zur Revitalisierung und Modernisierung der Wirtschaft relativ knapp ist.

Für Wolff sind Subventionen die schlimmste Form des Protektionismus, schlimmer noch als Einfuhrquoten und Zölle. Und zwar auch deshalb, weil eine Subvention in einem Land gleich Nachfolger in anderen Ländern findet. Durch die Eskalation würden noch zusätzliche Probleme geschaffen.

Natürlich sei der Unsinn solcher Subventionswettbewerbe längst erkannt worden. Die industriepolitischen Überlegungen, die in Brüssel und anderen Ländern diskutiert werden, liefen darauf hinaus, die Subventionen an konkrete Unternehmensstrategien zu binden. So sollten etwa die Bildung größerer europäischer Unternehmen durch Starthilfen gefördert werden, um somit konkurrenzfähige Einheiten für den Weltmarkt zu schaffen.

„Elefantenhochzeiten", so Wolff, lösten keine Wettbewerbsprobleme. Dies habe die Erfahrung gezeigt. Das Ausnahmebeispiel der europäischen Airbus-Industrie zeige, daß es bei einer Nur-Kooperation wesentlich weniger Probleme gebe als bei einer Unternehmensfusion. Das belegten auch einzelne erfolgreiche Kooperationen im Automobilsektor.

Riesenfusionen könnten die Marktprobleme nicht lösen, vor allem dann nicht, wenn sich die EG auch noch vom Weltmarkt abschotten wolle. „Wenn wir mit großen europäischen Unternehmen auf den Weltmärkten antreten wollen, dann müssen wir selbst auch für den Weltmarkt offenbleiben", betonte Wolff. Dies gelte jetzt für eine Vielzahl von großen Unternehmen der Automobil-, Flugzeug-, der Werft-, der Kunstfaser- und der Reaktorindustrie.

Grundsätzlich wendet sich Wolff nicht gegen die europäischen Unternehmenszusammenschlüsse. Aber auf keinen Fall dürften es Unternehmen unter Staatsgarantie und mit Subventionsstütze sein. „Denn dies macht diese Riesen nur unflexibler und unbeweglicher für den Weltmarkt, vor allem dann, wenn nationalistische Egoismen mit in die Konzernspitze hineinregieren", betonte Wolff. Allzu oft hätten in staatlichen Unternehmen Konflikte aus unterschiedlichen industriepolitischen Vorstellungen in den verschiedenen Ländern ausgetragen werden müssen.

Bonner Wechselbalg

Von Heinz Heck

Der Zahnarzt kann es, jeder Unternehmer kann es. Dagegen können sich Arbeiter, Angestellte und Beamte nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand und fragwürdigen Konsequenzen durch Investitionen von dem Wechselbalg der Zwangsinvestitionshilfenabgabenanleihe freizeichnen. Dabei sollte es den Investitionen gleichgültig sein, wer sie finanziert.

Die neue Bundesregierung hatte bei Aufnahme der Amtsgeschäfte die richtige Marschroute ausgegeben: Nur Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze und sichern die vorhandenen. Die Zwangsanleihe ist jedoch kaum das geeignete Instrument, um diese richtige Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Ja, wie blanke Ironie mutet vor dem Hintergrund des partei- und koalitionsinternen Gerangels einer der Kernsätze der Koalitionsvereinbarung zur Steuerpolitik an: „Grundlage der Steuerpolitik ist, den Bürgern und der Wirtschaft verläßliche steuerliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten, auf die Vereinfachung des Steuersystems hinzuwirken und zusätzliche Belastungen zu vermeiden."

Von Vereinfachung kann nicht die Rede sein, dafür handelt es sich aber um eine zusätzliche Belastung, die im Hin und Her um die Rückzahlbarkeit noch um ein Jahr verlängert und durch den hinausgeschobenen Rückzahlungstermin noch „teurer" wurde. Alles dies wäre noch hinzunehmen, wenn es alle Steuerzahler bei gleichem Einkommen auch gleich träfe. Daß dies nicht der Fall ist, macht sie gleichsam „karlsruheverdächtig". Ein Verheirateter mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von beispielsweise 150 000 Mark hat bei Anwendung der Splitting-Tabelle eine Steuerschuld von 55 466 Mark. Hinzu kommt in den Jahren 1983 bis 1985 die Zwangsabgabe in Höhe von fünf Prozent oder 2773 Mark.

Ein Unternehmer, der den fünffachen Betrag, also 13 867 Mark, investiert, ist bereits seiner Abgabeschuld ledig. In der Wirkung ist dies wie eine Investitionszulage, die mit 20 Prozent besonders üppig ausgefallen ist (im anderen Falle, soll die Abgabe nach den Koalitionsbeschlüssen von 1990 bis 1992 zurückgezahlt werden).

Und der Angestellte mit gleich hohem Einkommen? Er kommt (als Verheirateter) erst unter die Abgabe-Pflichtgrenze, wenn sein zu versteuerndes Jahreseinkommen die 100 000-Mark-Grenze unterschreitet. Wie aber läßt sich das bewerkstelligen? Zum Beispiel, indem man entsprechend hohe Werbungskosten „produziert". Wer Immobilien mit hohem Anfangszinsverlust (etwa Disagio) erwirbt, kann dies mit einem gewaltigen finanziellen Kraftakt schaffen – vielleicht einmal. Aber drei Jahre hintereinander sicherlich nicht. Die Folgekosten des Engagements dürften so erheblich sein, daß man schwerlich dreimal hintereinander den Schritt wagt – noch dazu wegen einer vergleichsweise geringfügigen Summe.

Da bietet sich eher schon das Bauherrenmodell mit seinen ungewöhnlich hohen Werbungskosten an. Und das ist das Widersinnige an diesen Entscheidungen: Während die Bundesregierung die löbliche Absicht hat, das Bauherrenmodell zu ändern, das in seiner jetzigen Gestaltung zu einer monumentalen Kapitalfehlleitung führt und geradezu aberwitzige Kosten „produziert", werden Steuerzahler in den oberen Einkommensklassen förmlich ermuntert, sich hier zu engagieren.

Die erklärte Absicht der Bundesregierung, das Modell einzuschränken, wirkt im Vorfeld der Diskussion wie immer in solchen Fällen als zusätzliches Stimulans. Hier trifft beides, Einführung der Zwangsanleihe und Ankündigung des Subventionsabbaus, auf das Unglücklichste zusammen.

Warum sucht die Bundesregierung eingedenk ihrer eigenen Erkenntnis von der positiven Wirkung der Investitionen nicht nach Wegen, die auch gut verdienenden unselbständig Beschäftigten die Möglichkeit eröffnen, ihr Geld volkswirtschaftlich sinnvoll und zugleich abgabenbefreiend anzulegen? Warum kanalisiert man nicht das Geld „des kleinen Mannes" zum Beispiel in Investitionen für Forschung und Entwicklung, die allein die Bundesrepublik an der Spitze des technischen Fortschritts halten können und damit auch Arbeitsplätze schaffen?

Warum konzentriert sich beinahe das gesamte Instrumentarium zur Steuereinsparung in geradezu grotesker Weise auf den Wohnungsbau, noch dazu für zum Teil fragwürdige Projekte? Zweifellos ist ein florierender Wohnungsbau ein wirksamer Konjunkturmotor. Aber in der Verengung und Eingleisigkeit werden naturgemäß Mittel von anderen, volkswirtschaftlich durchaus wichtigeren Einsatzmöglichkeiten ferngehalten.

AUF EIN WORT

„Die Ausbeutung des sozialen Netzes wird erst dann abnehmen, wenn dies in der Bevölkerung allgemein nicht mehr als clevere Handlung angesehen wird, sondern als etwas, was man nicht tut."

Helmut Haeusgen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dresdner Bank FOTO: DIE WELT

Hausgemachte Rohstoffkrise

rtr, **Köln**

Panikmache im Hinblick auf die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) nicht angebracht, obwohl die Bundesrepublik bei Erzen und Metallen fast völlig von der Einfuhr abhänge. Die Versorgung dürfte dann für die Zukunft gesichert sein, wenn die Politik „faire marktwirtschaftliche Bedingungen schaffe und die erforderliche staatliche Hilfe leiste", teilte das IW mit. Im Inland bewege sich die Bundesrepublik dagegen wegen unzulänglicher rechtlicher Rahmenbedingungen auf eine hausgemachte Rohstoffkrise zu. Hier würden Prospektion, Exploration, Abbau, Aufarbeitung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen sowie Abtransport und Abfallbeseitigung behindert.

VEREINIGTE STAATEN

Neueste Daten signalisieren Konjunkturaufschwung

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Immer klarer werden die Signale, daß in den USA der Konjunkturaufschwung begonnen hat. Wie das Federal Reserve Board mitteilte, stieg die Industrieproduktion im März um kräftige 1,1 Prozent. Es war das vierte Monatsplus hintereinander; im Februar betrug es 0,3 und im Januar 1,5 Prozent (revidiert). Während die Automontage auf Jahresbasis von 6,3 auf 5,8 Millionen Einheiten etwas zurückfiel, nahm die Erzeugung von Baumaterialien um 2,6, Wohnungseinrichtungen um 1,6 und Büroausrüstungen um 0,4 Prozent zu.

Überaus günstig ist auch die Entwicklung an der Preisfront. Nach Angaben des Arbeitsministeriums in Washington fielen die Herstellerpreise im März um ein Prozent und im ersten Quartal 1983 um 4,1 Prozent (Jahresrate). Seit Jahresfrist nahm in Amerika der frühere Großhandelspreisindex nur um 2,2 Prozent zu, was sich vorteilhaft auf die Verbraucherpreise auswirken wird. Allerdings wird der Index durch das billigere Benzin und Heizöl (März: minus 3,2; erstes Quartal: 34,4 Prozent) verzerrt. Verteuert haben sich Rind- und Kalbfleisch (drei), Gemüse (21,3) und andere Nahrungsmittel (0,5 Prozent).

„Es ist genau die wirtschaftliche Erholung, die wir uns gewünscht haben – die Inflation nimmt ab, und der reale Ausstoß wächst im richtigen Tempo", erklärte Martin Feldstein, der Vorsitzende des Beraterstabes im Weißen Haus. Das US-Handelsministerium zeigte sich von der starken Produktionszunahme dagegen überrascht. Es geht davon aus, daß der Lagerabbau vorüber ist – eine wichtige Voraussetzung für einen noch höheren Ausstoß. Ein wunder Punkt bleibt allerdings die Verbrauchernachfrage. Immerhin nahmen die US-Einzelhandelsumsätze im März nur um 0,3 Prozent zu; im ersten Quartal sanken sie.

US-AKTIENMÄRKTE

Alle wichtigen Barometer stellten neue Rekorde auf

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die US-Aktienmärkte haben eine aufregende Woche hinter sich: Alle Barometer stellten neue Rekorde auf, der Dow Jones-Industrie-Index sogar drei. Eine solche Erfolgsserie hat es seit mehr als zehn Jahren nicht gegeben. Im Wochenverlauf stieg der „Dow" um 46,63 (Freitag: plus 6,09) auf 1171,34 Punkte. Damit gewann er seit Beginn der Hausse im August 49 Prozent. Der breitere Nyse-Index nahm um 3,31 (0,34) auf 91,18 Punkte zu.

Auslöser waren diesmal nicht nur positive Konjunktursignale. Vielmehr flüchteten etwa zehn Prozent der amerikanischen Steuerzahler kurz vor dem Steuertermin (15. April) in absetzbare Pensionssparbriefe. Das bei den Banken und Sparkassen angesammelte Kapital suchte dann Anlage. Als Stimulans wirkte zudem der Hinweis des Vorsitzenden des Federal Reserve Board, Volcker, im Kongreß, die Zinsen seien noch zu hoch.

Unklarheit herrscht an der Wall Street jedoch darüber, wie es weitergeht. In manchen Kreisen heißt es, der „Dow" könne Ende des Jahres 1300 Punkte erreichen, vorausgesetzt, die Zinsen geben noch nach und die wirtschaftliche Erholung verstärke sich. Dagegen sagen andere Analysten einen baldigen Rückfall des „Dow" auf 1000 Punkte voraus.

Für diese Kreise ist der Markt, verglichen mit Treasury Bonds, zu weit nach vorn marschiert. Das heißt, viele Papiere sind überzahlt. Eine ähnliche Situation habe 1981 und 1975 bestanden. Die „Dow"-Familie, bestehend aus 30 Werten, hat indes seit August sehr unterschiedlich abgeschnitten. So nahmen American Express um 148, International Harvester um 80, Merck um 28, AT&T um 27, General Foods um 23 und Kodak um 14 Prozent zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Auslandsschulden

Paris (J. Sch.) – Die französischen Kreditaufnahmen am internationalen Kapitalmarkt beliefen sich nach Angaben der OECD im ersten Quartal dieses Jahres auf 2,9 Mrd. Dollar oder umgerechnet rund 20 Mrd. Franc. Nach 1,6 Mrd. Dollar im Januar erreichten sie im Februar 0,5 und im März 0,7 Mrd. Dollar. Entsprechend nahm die Auslandsverschuldung Frankreichs zu, die Ende letzten Jahres rund 50 Mrd. Franc betragen haben soll.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben drei Mitgliedstaaten Darlehen über 32,5 Millionen Dollar (rund 79 Millionen Mark) eingeräumt. Ruanda erhält 13 (Wasserversorgung in fünf Städten), Barbados 10,5 (Kredithilfen für Industrie- und Touristikfirmen) und die Demokratische Republik Jemen neun Millionen Dollar (Bewässerung und landwirtschaftliche Geräte). Der Weltbank-Präsident, A. W. Clausen, spricht heute vor der Atlantik-Brücke und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn. Sein Thema: „Beschleunigtes Wachstum und Abbau der Armut – eine multilaterale Strategie für Entwicklung".

Weg der Kurse

	15. 4. 83	8. 4. 83
Boeing	41,25	40
Chrysler	21,25	17
Citicorp	45,125	41,75
Coca-Cola	54,625	54,625
Exxon	32,875	31
Ford Motors	43,875	37,875
IBM	109,875	103,125
PanAm	5	4,75
US Steel	22,75	22,50
Woolworth	35	34,50

Sanierung per Dekret

Brüssel (rtr) – Die belgische Regierung strebt eine Verlängerung ihrer Sondervollmachten bis zum Jahresende zur Durchsetzung ihres harten Sparprogramms zur Gesundung der Wirtschaft an. Nach einer Sitzung des Kabinetts teilte die Regierung am Freitagabend mit, sie wolle eine Gesetzesvorlage im Parlament einbringen, die es ihr auch weiterhin erlaube, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen ohne parlamentarische Zustimmung per Dekret in Kraft zu setzen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament rechnen politische Beobachter mit einer Billigung der Vorlage. Die Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Wilfried Martens verfügt seit letztem Jahr über Sondervollmachten zur Einführung von Lohnkontrollen, Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen.

Schering zahlt 10,50 Mark

Berlin (Wz) – Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, ist mit dem Geschäftsjahr 1982 zufrieden. Der Gruppenumsatz stieg um 5 Prozent auf 3,5 Mrd. DM und der AG-Umsatz um ebenfalls 5 Prozent auf 1,8 Mrd. DM. Der Hauptversammlung am 22. Juni wird daher für 1982 eine unveränderte Dividende von 10,50 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM oder 21 Prozent auf das Aktienkapital von 253,4 Mill. DM vorgeschlagen.

Entlassung angedroht

London (rtr) – Das staatliche britische Automobilwerk British Leyland (BL) hat Freitagabend mit der Entlassung von 5000 streikenden Arbeitern gedroht. Seit drei Wochen streiken die Arbeiter im Cowley-Werk in Südengland. Damit brachten sie die Produktion des neuen Austin „Maestro" zum Stillstand. In einem Brief an die Arbeiter schrieb BL-Direktor vom Cowley-Werk, Doug Dickson, die Fabrik werde morgen wieder öffnen und all die, die sich zur Arbeit meldeten, würden weiterbeschäftigt.

Geringerer Opec-Anteil

Hamburg (dpa/VWD) – Zum ersten Mal seit 14 Jahren blieb 1982 die Förderung der 13 in der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) zusammengeschlossenen Staaten mit rund 956 Millionen Tonnen unter der 1000-Millionen-Tonnen-Grenze und fiel ebenfalls erstmals seit über 20 Jahren unter 40 Prozent Anteil an der Weltölförderung.

Bis Ende des Jahres

Paris (J. Sch.) – Die von der französischen Regierung im Rahmen ihres Austerityplans vom 25. März eingeführten, inzwischen aber mehrfach gelockerten Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen werden zum Ende dieses Jahres wieder aufgehoben, erklärte jetzt Wirtschafts- und Finanzminister Delors.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Forschungsprogramm hatte einen guten Start

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Gut angelassen hat sich das von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanzierte Forschungsprogramm für neue Informationstechnologien. Schon wenige Wochen nach Eröffnung der Antragsfrist haben rund 600 Firmen und Institute aus den Mitgliedsländern Vorschläge für Pilotprojekte in Brüssel eingereicht.

Das European Strategic Programme of R+D in Information Technologies (Esprit) war im November zunächst für eine vorbereitende Phase von einem Jahr beschlossen worden, in der unter anderem Pilotvorhaben im Bereich der Mikro-Elektronik, Software-Technologie, Informationsverarbeitung und Büro-Automation gefördert werden sollen. Diese Vorhaben werden im Rahmen von Verträgen mit interessierten Unternehmen realisiert, wobei die Gemeinschaft durchweg 50 Prozent der Kosten übernimmt.

Allerdings stehen im Haushalt 1983 dafür nur 11,5 Millionen Ecu (25,7 Millionen Mark) bereit, während sich die Anträge bereits auf 50 Millionen Ecu Gesamtkosten (rund 112 Millionen Mark) belaufen. Die Kommission hat daher besondere Ausschüsse zur Bewertung der Projekte eingerichtet, in denen auch Wirtschaftsforschungseinrichtungen vertreten sind.

Ziel des Esprit-Programms ist es, der Gemeinschaft den Anschluß an einen der zukunftsträchtigsten Märkte zu erleichtern. Nach Expertenberechnungen wird sich der Umsatz in dieser Branche weltweit von 237 Milliarden Dollar 1980 auf 500 Milliarden Dollar 1990 erhöhen. Europa, das mehr als ein Viertel des Weltmarkts für moderne Informationstechnologie repräsentiert, liefert gegenwärtig nur etwa 15 Prozent des Materials. Die Handelsbilanz der Gemeinschaft in diesem Bereich war 1979 noch aktiv, 1980 entstand ein Defizit von 15 Milliarden Dollar.

BERLIN / Es fehlen zukunftsträchtige Arbeitsplätze

Vom Strukturwandel hart getroffen

PETER WEERTZ, **Berlin**

Die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung haben sich auch in Berlin verbessert. Doch Rezession und Strukturwandel hätten ihre Spuren hinterlassen, meinte Prof. Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Thema „Strategien für mehr Arbeitsplätze in Berlin" im Reichstagsgebäude. Was fehlt, sind vor allem sichere und zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Zur Zeit sind in Berlin rund 90 000 ohne Beschäftigung. Muß die Stadt in diesem Jahr mit 100 000 Arbeitslosen rechnen?

Gegen diese düstere Prognose wehrte sich Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, der damit eine „erste Antwort" der Politik auf die Diskussion der Wissenschaftler gab. Er bestritt zwar nicht die von den Wissenschaftlern vorgelegte Analyse, machte aber deutlich, daß es darauf ankomme, den Strukturwandel positiv zu beeinflussen. Mit einem „investiven Haushalt", dem Strukturprogramm für Existenzgründungen und der Förderung des Mittelstandes habe der Senat erste Schritte in der Strukturpolitik eingeleitet.

Stärker als bislang müßten außerdem die großen Forschungskapazitäten der Stadt genutzt werden. Es gehe darum, Berlin zur „Keimzelle neuer Arbeitsgebiete" in zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen wie der Kommunikation sowie der Umwelt- und Produktionstechnik zu machen. Für die in der Wirtschaftskonferenz im Dezember verabredeten neuen Fabriken für Glasfaserkabel und Robotertechnik kündigte er die „ersten Spatenstiche" noch in diesem Jahr an. Allerdings werden diese Maßnahmen nicht vor 1985 beschäftigungswirksam.

Für die gesamte Bundesrepublik warnte auch Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium vor Illusionen. Trotz der positiven Konjunktursignale bleibe die Zahl der Arbeitslosen 1983 und auch im nächsten Jahr noch im Jahresdurchschnitt hoch.

Wolfgang Watter (DIW) sieht einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bevölkerung in Berlin und dem Verlust der Arbeitsplätze. Er fragt: Ist Berlin auf dem Weg zur 1,5-Millionen-Stadt? In einem Jahrzehnt habe Berlin 150 000 Arbeitsplätze verloren, gleichzeitig sei die Zahl der deutschen Bevölkerung um 280 000 zurückgegangen, während die Ausländerzahl um 90 000 gewachsen sei. Heute leben hier 1,97 Mill. Menschen, darunter 1,72 Mill. Deutsche und knapp 250 000 Ausländer.

Der Arbeitskräfteabbau in Berlin geht nach Ansicht von Rainer Nahrendorf (Handelsblatt) vorerst weiter. Bis 1990 rechnet er mit einem Verlust von 30 000. In Berlin komme es darauf an, die Dynamik des strukturellen Wachstums ins Positive umzuleiten. Hans Herbert Götz (FAZ) lobte in seiner Zusammenfassung der Ergebnisse die Lebensqualität der Stadt, aber kritisierte zugleich die Berlin-Förderung als wenig leistungsfördernd.

OECD

Teuerungsrate weiter gefallen

dpa/VWD, **Paris**

Die Inflationsrate in den Ländern der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) ist mit nur noch 5,9 Prozent im Februar erstmals seit zehn Jahren wieder unter sechs Prozent gefallen. Gegenüber dem Vormonat verringerte sich der Preisanstieg um 0,2 Prozentpunkte, teilte das OECD-Sekretariat mit.

Die weitere Preisberuhigung gegenüber Januar, als der Index noch um 0,5 Prozentpunkte gestiegen war, wurde durch die günstige Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und den sinkenden Ölpreis ermöglicht. Unter dem OECD-Durchschnitt liegende Inflationsraten hatten nach den Angaben des OECD-Sekretariats Ende Februar folgende vier Länder: Japan (1,9 Prozent), USA (3,5), Bundesrepublik (3,8) und Großbritannien (5,3).

SPANIEN / Regierung will ehemaligen Rumasa-Chef vor britischen Gerichten verklagen

Notenbank deckt Milliarden-Scheingeschäfte auf

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Zwei Ereignisse kennzeichnen die Aktivität in Madrid unmittelbar vor der mit Spannung erwarteten Vorlage des ersten Haushaltes der sozialistischen Regierung. Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer kündigte „eine mögliche Klage auch vor britischen Gerichten" gegen den ehemaligen Inhaber der kürzlich enteigneten Rumasa-Holding, José Maria Ruiz-Mateos, des größten Privatunternehmers, an. Ruiz-Mateos, der sich *zur Zeit in London aufhält*, erschwere die Kontrolle und die Übersicht über die Buchhaltung.

Nach einem Regierungsdekret vom Freitag müssen die Banken und Sparkassen ihre Zwangseinlagen bei der Bank von Spanien von 3 um einen weiteren Prozentpunkt auf 4 Prozent erhöhen. Die Maßnahme, durch die umgerechnet etwa eine *Milliarde Dollar* stillgelegt wird, soll die Inflation dämpfen.

Die endgültige Verstaatlichung eines Weingutes der enteigneten Rumasa-Holding und die Liquiditätsbegrenzung der Privatbanken verstärkte inzwischen die Besorgnis der Wirtschafts- und Bankenverbände. Sie warnten vor einer „Verschiebung der Gewichte" von der privaten zur nationalen Wirtschaft. Der Präsident des Verbandes der Privatbanken, Rafael Termes, nannte *die Erhöhung* der Zwangseinlagen „eine bedauernswert einseitige Sanierungsmaßnahme". Nach Ansicht der Banken verschaffe sie dem Staat für das nationale Industrieinstitut – die weitaus größte Holding des Landes – Wettbewerbsvorteile gegenüber der Privatwirtschaft, die nunmehr zusätzlich belastet werde.

Die Ankündigung gerichtlicher Schritte gegen Ruiz-Mateos folgte unmittelbar auf einen Antrag des Rumasa-Chefs beim zuständigen Madrider Gericht, den Staat wegen „Raubes" anzuklagen. Das Gericht lehnte den Antrag inzwischen ab. Die für einen Prozeß gegen den Chef der Rumasa-Gruppe nötigen Unterlagen fand die Polizei erst vor *kurzem in einer Garage* der Rumasa-Hauptverwaltung in Madrid und in einem eingemauerten Versteck in einem Madrider Arbeitervorort. Insgesamt wurden dabei zwei Tonnen Aktenmaterial ans Tageslicht gefördert. Darunter vor allem Kontenauszüge der beiden letzten Jahre.

Nach einem Prüfungsbericht, den die Bank von Spanien veröffentlichte, hätten die Rumasa-Banken „Kredite in Höhe von 86 Milliarden Pesetas (etwa *1,5 Milliarden* Mark) dritten Firmen überschrieben, die dort aber nicht erscheinen". Es wird deshalb angenommen, daß hier Scheinoperationen größeren Ausmaßes vorliegen. In einem anderen Teil des Berichtes, der in der spanischen Presse erscheint, heißt es, daß die Bank von Spanien etwa 85 „Parallel-Gesellschaften" ausfindig gemacht habe, die bei den Rumasa-Banken mit Krediten in Höhe von etwa 42 Milliarden *Pesetas, das sind rund* 19 Prozent der Gesamtkredite, erscheinen. Wie Banco de España ferner mitteilt, habe sie dem Finanzministerium schon am 10. Februar, also über einen Monat vor der Enteignung, empfohlen, die „Kontrolle über die Gruppe zu übernehmen".

Finanzminister Boyer erklärte am Wochenende, daß der Staat die etwa 30 Hotels der Rumasa-Gruppe, die „Hotesa-Kette", geschlossen und nicht *einzeln* verkaufen wolle. Da die Kette sich „guter Gesundheit" erfreue, liegen bereits Anfragen von Interessenten aus dem In- und Ausland vor. Ähnliches erhofft die Regierung von der *Warenhauskette Galerias Preciados*; die sich in der kurzen Zeit der Rumasa-Verwaltung ebenfalls zu einem interessanten Angebot entwickelt hat. Gleiches gilt für die Banco Atlantico, der größten Rumasa-Bank. Da sie nur zu etwa 20 Prozent mit *Rumasa-Krediten* belastet ist, scheint sich die Großbank Banesto für diese Bank zu interessieren.

Indessen zweifelt niemand daran, daß die spanischen Banken die Liquiditätsverluste – hervorgerufen durch die Erhöhung der Mindestreserven – über höhere Zinsen auszugleichen versuchen. Da diese jetzt schon 17 *Prozent* betragen, wird sich das spanische Interesse ausländischen Banken zuwenden.

Reagierte die Börse auf die Enteignung der Rumasa-Gruppe überhaupt nicht, so registrierte sie unmittelbar nach der Bekanntgabe der Liquiditätsdrosselungen einen Kurssturz bis zu 4 Prozentpunkten, für Spanien eine starke Reaktion. (SAD)

FINNLAND / Bestechungs-Skandal beim U-Bahnbau

Siemens-Tochter angeklagt

R. GATERMANN, **Helsinki**

In der gerichtlichen Klärung des „Bestechungsskandals des Jahrhunderts" eröffnete jetzt in Helsinki die Staatsanwaltschaft ihre zweite Front. Angeklagt sind sechs Mitarbeiter der finnischen Siemens-Tochter, darunter die gesamte *Geschäftsführung wegen schwerer* aktiver Bestechung sowie drei hohe Beamte aus dem U-Bahn-Baubüro und dem Post- und Telegrafenamt wegen schwerer passiver Bestechung. Dies ist allerdings nur ein Bruchteil des Skandals. In Helsinki rechnet man damit, daß die Prozeßlawine in den nächsten Monaten noch weitere frühere Minister, Politiker, Beamte sowie Vertreter finnischer und ausländischer Unternehmen erfaßt.

Vor ein paar Wochen begann bereits die Verhandlung gegen das gesamte Stadtpräsidium Helsinkis, gegen einen früheren Oberbürgermeister und Finanzdirektor sowie gegen den Chef des U-Bahn-Baubüros, Unto Valtanen. Hierbei geht es hauptsächlich um überschrittene Machtbefugnisse und mangelhafte Aufsicht bei der Planung und dem Bau der Helsinker Metro. Sie sollte zum Stolz der Hauptstadt werden; heute ist sie ihr größtes Skandalobjekt.

Der Verdacht der Bestechung kam auf, als ein finnisches Unternehmen von Unto Valtanen direkt zur Zahlung von Schmiergeldern aufgefordert wurde, falls es an weiteren Lieferungen interessiert sei. Der U-Bahn-Chef wurde im Herbst 1982 von seinem Posten suspendiert, und im Verlaufe seiner Vernehmung kam eine weitverzweigte Bestechungsaffäre zu Tage, die sich nicht nur auf die Metro, sondern auch auf das Post- und Telegrafenamt und die staatliche Eisenbahngesellschaft erstreckt.

In dem jetzt angelaufenen Prozeß wird Siemens vorgeworfen, in Helsinki eine direkt von der Mutter gespeiste „Bestechungskasse ohne Boden" *unterhalten* zu haben. Allein Unto Valtanen soll laut Anklageschrift rund 160 000 Mark in bar *erhalten haben*; hinzu kommen zahlreiche Sachgeschenke. Darüber hinaus soll er für Siemens-Lieferungen Provision gefordert und teilweise erhalten haben. Dem Chef der Tele-Abteilung des Post- und Telegrafenamtes habe Siemens neben mehreren Reisen auch einen viereinhalbmonatigen Hotelaufenthalt in Helsinki bezahlt, und der Chef der Beschaffungsabteilung der Behörde konnte laut Anklageschrift nicht weniger als 27 Reisen, darunter eine in die Karibik, auf Siemenskosten machen.

Die Liste derjenigen, die die „schwarze Siemenskasse" in Anspruch genommen haben, scheint nicht fertiggeschrieben zu sein, weswegen das gesamte Ausmaß des Verfahrens auch noch *nicht* abzusehen ist.

TÜRKEI / Ankara plant eine radikale Reform des Bankensystems – Kommission soll Vorschläge erarbeiten

Pleitenserie kostete viele Kleinsparer ihr Geld

E. ANTONAROS, **Ankara**

Eine grundlegende Reform des türkischen Bankwesens steht bevor. Ankaras Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu ist unlängst *von der „Beratenden Versammlung"* ermächtigt worden, durch ein Dekret das aus dem Jahr 1958 stammende Bankengesetz zu ändern. Aber statt eigenmächtig vorzugehen, wie zunächst von türkischen und ausländischen Bankkreisen vermutet wurde, hat Kafaoglu die Vertreter der 45 in der Türkei operierenden Banken zur Bildung einer sechsköpfigen Kommission aufgefordert, die nun in Direktgesprächen mit ihm den neuen Gesetzentwurf ausarbeiten soll.

Spätestens bis Mitte kommender Woche will Kafaoglu *im Eilverfahren* eine Kompromißlösung mit den Bankvertretern erreicht haben. *Nach Ansicht des Finanzministeriums* und der Zentralbank ist „eine möglichst baldige Reform *absolut notwendig*", um eine Zuspitzung der bereits vorhandenen Bankenkrise zu verhindern.

Das türkische Bankwesen wird seit Mitte 1980 von einer schlimmen Krise geplagt, als im Zuge einer Liberalisierung der Wirtschaftsstruktur *die Zinssätze* freigegeben wurden. In einem unerbittlichen Konkurrenzkampf *untereinander haben die Geldinstitute* die Zinssätze für mittel- und langfristige Einlagen immer höher *angesetzt, um gegen eine* Inflation von mehr als 120 Prozent kämpfende Kleinsparer zu locken. Das Vertrauen des Durchschnittstürken zu den Banken wurde im letzten Jahr stark erschüttert, als im Laufe einer Pleiteserie von kleineren Kreditinstituten Hunderttausende von Sparern ihr Geld verloren.

Nicht zuletzt deswegen haben die Bankeinlagen 1982 um nur 52,2 Prozent gegenüber 102,5 Prozent im Vorjahr zugenommen. Am *stärksten ging allerdings die* Zuwachsrate für Termineinlagen zurück: Gegenüber 274 Prozent in 1981 *nahmen* sie 1982 *um nur* 72 Prozent zu.

Doch die Krise der türkischen Banken hat tiefere Ursachen, die Kafaoglu nun mit der Änderung der 84 Paragraphen des Bankengesetzes beheben will. Von insgesamt 45 türkischen Banken werden 23 vom Staat kontrolliert. Sechs sind Filialen von internationalen Geld*instituten, die restlichen 16 sind im* Besitz entweder von reichen Familien oder von Privatkonzernen.

Die Privatbanken kontrollieren etwa 40 Prozent aller Bankeinlagen und haben nach Angaben der türkischen Bankenvereinigung im letzten Jahr etwa 22 Prozent aller kommerziellen Kredite vergeben. Nicht nur nach Ansicht der türkischen Aufsichtsbehörden betreiben die Privatbanken eine recht gefährliche Kreditpolitik, weil sie den Löwenanteil *ihrer* Kredite ihren Mutterfirmen zufließen lassen. Das Kreditrisiko wird daher nicht breit genug gestreut. Weil zahlreiche Privatkonzerne in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, kön*nen auch viele von ihnen* kontrollierte Privatbanken ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Vor Monatsfrist mußte das Finanzministerium kurzfristig eingreifen und die kleinen Privatbanken Hisarbank und Istanbul Bankasi quasi verstaatlichen, weil „zahlreiche Unregelmäßigkeiten" festgestellt worden waren.

Zahlreiche Privatbanken werden beschuldigt, ihre mit großer Verspätung veröffentlichten Jahresbi*lanzen sorgfältig zu „frisieren"*, weil den Aufsichtsbehörden aufgrund des zur Revision anstehenden Gesetzes die Hände gebunden sind.

Zwar herrscht in der Türkei Einvernehmen darüber, daß eine Bankenreform „überfällig" ist. Aber die Bankmanager und Kafaoglu können sich über Umfang und Charakter der Reform nicht ganz einigen.

Unangetastet bleiben von der geplanten Bankenreform die in der Türkei zugelassenen ausländischen Banken. Sie werden in der sechsköpfigen *Kommission*, die mit Kafaoglu verhandeln soll, von einem leitenden Angestellten der *Citibank vertreten*. Ausgerechnet das Eindringen der großen internationalen Geldinstitute in den türki*schen* Märkten ist einer der Gründe, die nun die Bankenreform zwingend erforderlich machen. Die schwerfälligen, nach archaischen Methoden operierenden türkischen Banken haben eine sehr lebhafte Konkurrenz erhalten und müssen sich anpassen. (SAD)

RENTENMARKT / Weiter stabilisiert

Im Schatten der Aktienbörse

Am Rentenmarkt hat sich die in der Vorwoche eingeleitete Stabilisierung fortgesetzt, ohne daß es aber zu einer starken Belebung des Geschäfts gekommen wäre. Der Rentenmarkt steht nach wie vor im Schatten der haussierenden Aktienbörse. Die Rendite der Anlei*hen von Bund*, Bahn *und Post* ermäßigte sich wieder auf das Niveau von Ende März. Die Rendite aller inländischen Emittenten ging nur geringfügig von 6,93 auf 6,92 Prozent zurück. D-Mark-Auslandsanleihen konnten sich im Wochenverlauf stärker befestigen. (lf)

Emissionen	15. 4. 83	8. 4. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,81	6,84	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,58	6,59	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,84	6,86	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,13	7,07	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öffl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,94	6,96	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,54	6,56	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,54	7,48	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	6,92	6,93	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,76	7,81	8,45	10,32	8,32

HYPOTHEKEN / Die günstigsten Konditionen

Versicherungen sind billiger

	5 Jahre Zinsfestschreibung		
	Normalzins (in %)	Auszahlung (in %)	Effektivzins (in %)
Banken			
LKB Baden-Württemb.	6,00	93,00	7,85
Bayrische LB	6,00	92,50	7,99
Norddeutsche LB	5,50	90,00	8,11
Westdeutsche LB	5,75	91,00	8,12
Dresdner Bank	6,00	91,50	8,26
Versicherungsgesellschaften			
Braunschweigische LV	6,00	95,25	7,25
Schweiz. Rentenanst.	6,00	95,25	7,25
Basler Versicherung	6,00	94,50	7,45
Deutscher Herold	6,00	94,50	7,45
Barmenia	6,00	94,00	7,58
Hypothekenbanken			
Westfälische Hypo	5,50	90,50	7,98
Bayr. Handelsbank	6,50	94,25	8,05
Süddt. Bodenkredit	6,50	94,00	8,11
Dt. Hypothekenbank	6,00	91,75	8,19
DSL	6,00	91,50	8,26

Stand: 12. 4. 83 – Auswahl aus insgesamt 120 überregionalen Anbietern
Zusammenstellung: HCA Hypotheken Computer Analyse GmbH, Frankfurt

Hypothekenzinsen sind zur Zeit bei den deutschen Versicherungsgesellschaften wesentlich billiger als bei den Kreditinstituten. Zu diesem Ergebnis kam die Frankfurter Hypotheken Computer Analyse GmbH (HCA), die regelmäßig die Konditionen bei 120 überregionalen Banken, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften abfragt. Im Schnitt sind die Angebote der Versicherungen um 0,6 Prozent günstiger als bei den Banken.

Damit haben die Versicherungen den Angebotsvorsprung der Banken, die ihre Zinsen vor einem Monat um bis zu einem Prozent gesenkt hatten, wieder aufgeholt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Landgraf GmbH, Herne 2; **Braunschweig:** O. V. Z.-Reisen GmbH, Omnibus- u. Reisevermittlung; KG i. Herbert Zimmer Baubedarf u. Ceramikvertrieb GmbH & Co. KG; **Calw:** Helmut Kober, Drogist, Schömberg; **Cloppenburg:** Marianne Spille geb. Suter, Barßel; Hubert Spille, Fleischermeister, Barßel; **Donauwörth:** Matrix-Elektronic GmbH, **Duisburg:** Bauges. Kehl GmbH & Co. KG, Hoch-Tief- u. Stahlbetonbau; Karl Krups, Kaufm. Inh. d. Tapetenhaus Friedrich Kohlrusch, Oberhausen-Osterfeld; **Gütersloh:** Johannes-Bernhard Dreier, Rheda-Wiedenbrück; **Hamburg:** KG i. Sturzenbecher & Zülch; Wolfgang Piltz, Stade; Vogel & Karnein GmbH, Berlin; Nachl. d. Dr. med. Georg Emil Friedrich Förster; **Hannover:** Subiaco Ltd.; **Idar-Oberstein:** August Sohni KG; **Kassel 1:** Gerhard Bartzik, Goldschmiedemeister; **Kempten:** Raimund Bader, Waltenhofen; **Meldorf:** Wulff GmbH, Heide; Nachl. d. Berthold Wilhelm Friedrich Schramm; Hochdonn; **Mönchengladbach:** Kaufhaus Kurze GmbH, Hückelhoven; Hubert Lenders KG (GmbH & Co); Karl Thelen & Söhne Straßen- u. Tiefbauunternehmen KG, Erkelenz; **Nidda:** Schottener Verpackungs GmbH; **Nürnberg:** Rainer Looft; **Oldenburg:** Wittekind Bauträgerges. mbH, Wildeshausen; **Rendsburg:** Bauko-Nord GmbH, Bauunternehmen; **Schwelm:** Friedrich Wilhelm Wülfing, Fabrikant, Ennepetal-Milspe; **St. Ingbert:** Schmich, Rohrleitungs- u. Tiefbau GmbH, Mandelbachtal-Ormesheim; **Stuttgart:** Nachl. d. Bruno Kowald und Julia Kowald; Te-Bo-Tex Messedienst GmbH, Fellbach-Schmiden.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Herford: Eckhard Meyer, Gastwirt, Rödinghausen; **Mönchengladbach:** Rheintuch Schwartz + Klein AG; **Münden:** HSV Holz- u. Strohverbrennungsanlagen Dr. Ing. Klotz GmbH & Co.; **Stuttgart:** Klaus Bolz, Weinstadt-Beutelsbach, Inh. e. Fotogeschäfts; **Waldshut-Tiengen:** Hansjörg Krafft, Inh. d. Vulkanisierwerk u. Reifengroßhandel Paul Weissenberger, Bad Säckingen.

Vergleich beantragt: Bad Segeberg: Lüttmer-Modelle Onno Lüttmer KG; **Bückeburg:** Heinrich Bock, Auetal 2, Rolfshagen; **Melsungen:** Fritz Stalke, Morschen, Landmaschinenmechaniker; **Remscheid:** Gertrud Thönissen Gorges, Inh. d. Kunststofftechnik Gorges, Solingen.

WARSTEINER / Weiter hohe Zuwachsraten – Die erste Brauerei mit einem eigenen Stausee

Ausstoß von zwei Millionen Hektolitern geplant

HANS BAUMANN, Warstein

In zwei bis drei Jahren wird die Warsteiner Brauerei das erste Privatunternehmen der Bundesrepublik Deutschland sein, das seine eigene Talsperre besitzt – zur Dekkung des wachsenden Bedarfs an Brauwasser. Rund 15 Millionen Mark wird diese Talsperre kosten. Der Stausee wird 300 Meter lang und 200 Meter breit sein. Die Dammhöhe beträgt 26 Meter. Dem See können im Jahr 700 000 Hektoliter Brauwasser aus dem Einzugsgebiet der traditionellen Kaiserquelle entnommen werden. Das Fassungsvermögen ist jedoch größer, weil der See auch eine Hochwasserausgleichsfunktion für den Kreis Soest mit übernehmen wird. Baubeginn: Herbst 1983.

Die Warsteiner Brauerei gehört zu den wenigen deutschen Braustätten, die noch über hohes Wachstum verfügen. 1982 stieg der Ausstoß um 15,5 Prozent auf 1,78 Mill. Hektoliter. Bis Ende März 1983 erhöhte sich der Vertrieb an eigenem Bier weiter um 14,5 Prozent. Albert Cramer, zusammen mit seinem Vetter Claus Cramer Geschäftsführer des Hauses, rechnet für 1983 mit einem Gesamtausstoß an Warsteiner von rund 2 Mill. Hektoliter. In etwa eineinhalb Jahren muß das Sudhaus erweitert werden, das zur Zeit in drei Schichten betrieben wird.

Die Waldbrauerei der Cramers zählt zu den modernsten Europas. Das Bier wird nach dem Verfahren der Druckvergärung hergestellt. Die Endvergärung findet praktisch im Gärkeller statt. Trotzdem wurde im vergangenen Jahr der Lagerkeller ausgebaut, um für wachsenden Bedarf gerüstet zu sein. Im Durchschnitt lagert das Bier rund drei Wochen, obwohl es schon nach rund sieben Tagen konsumfähig ist.

Das Wachstum der Brauerei hat hohe Anforderungen an die Investitionen gestellt. 1981 wurden 40 Mill. Mark eingesetzt, 1982 38 Mill. Mark, und im Budget für 1983 stehen 26 Mill. Mark. Daß Warsteiner zu den hochpreisigen Bieren zählt, läßt sich am Umsatz ablesen. Er stieg 1982 um 18,1 Prozent auf 242 Mill. Mark, also erheblich stärker als der Ausstoß. In den letzten drei Jahren wurden rund 600 Mill. Mark umgesetzt und rund 100 Mill. Mark investiert. Die Fremdverschuldung bezeichnet Albert Cramer als „gering". Aber diese Schulden würden jetzt zügig abgebaut.

Die Produktivität der Brauerei ist sehr hoch. Die Zahl der Beschäftigten beträgt rund 500, davon rund 70 Handwerker, 90 Beschäftigte im Fuhrpark (20 Prozent der Produktion werden mit eigenen Wagen in die Kundschaft gebracht), und 60 im Außendienst. Warsteiner arbeitet mit rund 600 Hauptverlegern zusammen, denen kein Gebietsschutz gewährt wird. Cramer schätzt, daß das Maximum bei etwa 700 Verlegern liegen wird. Dieses Ziel wird in fünf Jahren erreicht sein. 57 Prozent des Ausstoßes werden im Umkreis von 100 Kilometern abgesetzt. Warsteiner ist zwar bundesweit distribuiert, verdichtet wird zur Zeit jedoch der Umkreis von 150 Kilometern.

Im Faß werden 40 Prozent des Ausstoßes verkauft, zum Teil bereits in Kegfässern. Beim Flaschenbier halten sich mengenmäßig die Halbliterflasche und die Drittelliterflasche die Waage. Exportiert wird Warsteiner in 16 Länder. Die Exportmenge von zur Zeit 50 000 Hektoliter soll in kurzer Zeit auf 100 000 Hektoliter gebracht werden. Exportiert wird im Faß und in Mehrwegflaschen. Die Einwegflasche soll nicht eingeführt werden. In Warstein laufen die größten Abfüllanlagen der Welt: Zwei Maschinen mit einer Leistung von 120 000 Flaschen pro Stunde und eine für 70 000. Eine 30 00v-Dosen-Anlage ist bei weitem nicht ausgelastet. Cramer möchte diesen Markt nicht forcieren.

DUEWAG / Im Waggonbau voll beschäftigt

Ausland bringt die Rettung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit Beschleunigung ihres schon im Vorjahr ansehnlichen Umsatzwachstums um nun 28,6 (10,3) Prozent auf 325 Mill. DM hat die Duewag AG, Krefeld (vormals Waggonfabrik Uerdingen), 1981/82 (30. 9.) abgeschlossen. Der Hauptversammlung am 17. Mai wird für 17,8 Mill. DM Aktienkapital (zu 80 Prozent bei der Waggonfabrik Talbot, Aachen) mit abermals 5 DM Dividende eine Ausschüttung vorgeschlagen, die mit dem Jahresüberschuß von 1,8 (1,7) Mill. DM praktisch identisch ist.

Den gegenläufig zu Finanzsorgen und Investitionsbremsen wichtiger Inlandskunden (Bundesbahn und kommunaler Nahverkehr) erreichten Geschäftsaufschwung, der auch zu einer weiteren Aufstockung der jahresdurchschnittlichen Belegschaftszahl um 137 (154) auf 2490 Mitarbeiter führte, verdankte das Unternehmen eindeutig seinem in den letzten Jahren kräftig ausgebauten Exportgeschäft. Sein Anteil am Auftragsbestand hat sich in den letzten fünf Jahren von 40 auf 64 Prozent erhöht; vom Umsatz kamen im Berichtsjahr 45 (29) Prozent aus Auslandsmärkten.

Der Vorstand spricht mit Blick auf die Auslandsaquisition der letzten Jahre zwar von einer wohl unwiederholbaren „Ballung von Projekten". Aber wenigstens für 1982/83 reiche das Gebuchte für weitere Vollbeschäftigung in den Fahrzeugbaubereichen des Unternehmens. Bei der Ringfederproduktion hingegen müsse man mit deutlichem Beschäftigungsrückgang rechnen, und insgesamt werde der Duewag-Umsatz etwas sinken.

Die Gesamtleistung ist 1981/82 um 15,2 (14,7) Prozent auf 334 Mill. DM gestiegen, der Rohertrag um 15,3 (12,4) Prozent auf 166 Mill. DM, wovon der Personalaufwand nur noch 77,8 (79) Prozent beanspruchte. Der daraus ersichtliche Ertragsfortschritt wurde hauptsächlich vom Anstieg des sonstigen Aufwands auf 25,7 (21,2) Mill. DM verschluckt. Trotz starker Reduzierung der Sachinvestitionen auf 5,7 (11,2) Mill. DM wurden die Abschreibungen mit 6,8 (6,7) Mill. DM ungeschmälert fortgesetzt.

Die in den Duewag-Fahrzeugbaubereichen erzielbare Rendite nennt der Vorstand gerade auch im Vergleich mit dem gesamten Ertragsdurchschnitt der metallverarbeitenden Industrie weiterhin „unzureichend". Relativer Trost: Wenigstens das Bilanzbild ist in Ordnung. Die rund 36 Mill. DM Eigenmittel überdecken das gesamte Anlagevermögen von 34,5 (35,4) Mill. DM, wenngleich sie nur 26 (26,3) Prozent des um 151 (124) Mill. DM Anzahlungen gekürzten Bilanzvolumens stellen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Helmut Grünewald: Strategien der Arbeitssuche mit dem kleinen „Abc der Personalführung"; von Prof.Dr. Helmut Schneider, 280 S., 1983, broschiert, 39,80 Mark.

Die richtige – oder falsche – Bewerbung um einen Arbeitsplatz kann die Karriere und damit das ganze zukünftige Leben entscheidend prägen: positiv oder negativ. Das ist nicht zuletzt ein Grund für die allgemeine Unsicherheit bei der Stellensuche oder bei einem Stellenwechsel. Fachkundige Hilfe bietet Helmut Grünewald mit seinem aus langjähriger Praxis als Personalberater entstandenen Werk „Strategien der Arbeitssuche". Der Autor schildert die einzelnen Stationen bis zum Antritt der neuen Stellung. Das Buch wendet sich besonders an Führungskräfte des mittleren Managements.

Klaus D. Friedrich: Steuerhandbuch für Auslandsbeziehungen, Schäffer Verlag, Stuttgart 1982, 130 S., 36 Mark.

Friedrich, Lehrbeauftragter an der Universität Würzburg, erstellte aus einem Manuskript einer zweisemestrigen Vorlesung diese Neuerscheinung, die Wegweiser für das deutsche Außensteuerrecht sein soll. Die komplizierten Zusammenhänge nationaler und internationaler Besteuerung werden fallweise vorgetragen und einer Lösung zugeführt, wie beispielsweise Umzug des Steuerpflichtigen, die Übertragung von Wirtschaftsgütern ins Ausland und der Einsatz von Basisgesellschaften. Durch rechnerische Beispiele und Vergleiche weist der Autor sehr anschaulich die praktischen Konsequenzen der alternativen Besteuerungsmöglichkeiten nach.

Hjalmar Heinen: Ziele Multinationaler Unternehmen, Gabler Verlag, Wiesbaden 1982, 333 S., 64 Mark.

Die Schrift erscheint in der Reihe „Neue betriebswirtschaftliche Forschung", eine Reihe, die jungen Wissenschaftlern Gelegenheit gibt, wichtige und ausgezeichnete Arbeiten in Buchform zu veröffentlichen, einerseits, um die Ergebnisse der Forschung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, andererseits, um die wissenschaftliche Diskussion zu bereichern. Der Autor geht in seiner Dissertation den Fragen nach, warum multinationale Unternehmen entstehen und Unternehmen im Ausland investieren. Aufgrund einer Vielzahl empirischer Untersuchungen über die Ziele multinationaler Unternehmen der Schweiz, USA und der Bundesrepublik Deutschland wird das Ergebnis begründet: Multinationale Unternehmungen entstehen wegen ihrer eigenen Zielprojektionen zwangsläufig. jwn

WORTMANN

Marktposition ausgebaut

HARALD POSNY, Düsseldorf

Entgegen dem Branchentrend – 1982 sank der Umsatz des Schuheinzelhandels um 4, preisbereinigt um 8 Prozent – hat die Detmolder H. Wortmann GmbH & Co. KG, Internationale Schuhproduktionen, ihren Absatz um 0,7 Prozent auf rund 5,89 Mill. Paar (Markenname „Tamoris") gesteigert. Diese branchenuntypische Erscheinung verliert nach Ansicht des Unternehmens auch nicht durch die Tatsache an Gewicht, daß der Umsatz des ausschließlich im Ausland fertigenden kostengünstigen Unternehmens um 2,3 Prozent auf rund 158 Mill. DM zurückgegangen ist. Wortmann spürte hier den allgemeinen Trend zum preiswerteren Schuh. Niedrigere Durchschnittspreise waren die Folge. Am Gesamtumsatz (einschließlich Wendel, Detmold) waren Damenschuhe mit 70, Herrenschuhe mit 17 und Kinderschuhe mit 13 Prozent beteiligt. Der leicht auf 20,5 (20,3) Prozent gestiegene Exportumsatzanteil wurde wieder von starken Verkäufen in den Niederlanden und in Dänemark getragen.

Obwohl das Unternehmen mit seiner „zufriedenstellenden Ertragslage und hervorragenden Kapitalausstattung sehr zuversichtlich in die Zukunft schaut", gibt man sich in Detmold keinen Illusionen für 1983, einem weiteren schweren Jahr für die Branche, hin. Die in vielen Jahren aufgebaute Marktposition internationaler Schuhproduktion wird aber nicht zuletzt auf das frühzeitige Erkennen modischer Trends und die schnelle Umsetzung in Fertigung und Angebot für den Handel zurückgeführt.

NAMEN

Eugen K. Watter, Geschäftsführer der Sperry GmbH, schied nach langjähriger Tätigkeit zum 31. März 1983 aus dem Unternehmen aus und trat in die Geschäftsführung der Dornier System GmbH ein.

Gerhard Roder (63), Gesamtverkaufsleiter der Kronenbrot KG Franz Mainz, Aachen und Köln, feiert am 20. April 1983 das 50jährige Arbeitsjubiläum.

Dr. **Helmut Ewers** (48), stellvertretendes Vorstandsmitglied der Thyssen AG, Duisburg, ist nach 22jähriger Tätigkeit in der Thyssengruppe im Zusammenhang mit der Umorganisation des Konzerns auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Volkswagen – VDEW – Roboter

Jetzt also spielt in Hannover auch das Wetter mit: Am Wochenende lockten die milden Temperaturen weit über 100 000 Gäste auf das Messegelände. Die Grundstimmung, die ohnehin schon kaum Wünsche offenließ, hat sich bei den meisten Ausstellern weiter positiv entwickelt. Vor allem die günstige Entwicklung der Inlandsnachfrage trägt die Hoffnungen, wenngleich immer auch der Hinweis *auf die gedämpften* Erwartungen im Exportgeschäft folgt. Stimuliert wird die optimistische Einstellung insbesondere durch das rege Interesse und Geschäftsabschlüsse in beträchtlichem Umfang in den Cebit-Hallen. Mittlerweile häufen sich auch in anderen Bereichen die positiven Meldungen. Im Anlagenbau zum Beispiel sprechen Salzgitter und Vöest-Alpine von realistischen Chancen für Vertragsabschlüsse *mit* Ostblockländern. (dos)

Gegen kürzere Arbeitszeit

Gegen eine gesetzlich geregelte Verkürzung der Arbeitszeit hat sich der Vorsitzende der Volkswagenwerk AG, Carl H. Hahn, auf einer Vortragsveranstaltung auf der Hannover-Messe ausgesprochen. Hahn bezeichnete entsprechende Vorschläge als einen „offenbar von jedermann akzeptierten Modetrend". Die meisten dieser Ideen allerdings liefen auf nichts anderes als auf eine „gerechtere Verteilung des Mangels hinaus". Eine Parallele zur Verkürzung der Arbeitszeit in den Jahren zwischen *1950 und 1975, so Hahn,* könne nicht gezogen werden, weil die damalige Verkürzung mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum und einer *beachtlichen Erhöhung des Le*bensstandards einhergegangen sei.

Schon seit Jahren befinde sich die Bundesrepublik in einem Prozeß der Arbeitszeitverkürzung von gigantischem Ausmaß. Die Zahl der vorzeitig aus dem Berufsleben Ausscheidenden *steige* kontinuierlich. Zugleich werde die Arbeitszeit derer, die noch im Berufsleben stehen, durch immer neue Rege*lungen mehr und mehr* verkürzt. Dies habe dazu geführt, daß die Kapitalnutzung in der deutschen Industrie gegenwärtig die niedrig*ste in der Welt sei.*

Erst wenn in der Arbeitszeitordnung eine größere Beweglichkeit *Einzug* hält, so Hahn, werde man auf diesem Gebiet weiterkommen. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit erhalten, individuell, nach sei*nen Wünschen, nach seinem Le*bensrhythmus und dem Alter seine Arbeitszeit zu gestalten und dafür „die entsprechende tarifliche Entlohnung" zu erhalten.

DOMINIK SCHMIDT

Strompreise steigen weiter

Strom für die Industrie hatte in den letzten Jahren den niedrigsten Preiszuwachs unter den Energieträgern, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Horst Magerl, in Hannover. Seit 1976 seien die Preise für Industriestrom durchschnittlich um 5,4 Prozent im Jahr gestiegen. Diese relativ günstige Entwicklung bei Strom sei durch den flexiblen Einsatz verschiedener Energieträger ermöglicht worden. Dadurch konnten Preisausschläge bei einzelnen Energiearten weitgehend aufgefangen werden.

1982 war der Anstieg der Strompreise niedriger als 1981. Für Industriebetriebe nahmen die Strompreise um 6 (11,3) Prozent *zu. Die* Haushalte zahlten 6,4 (14) Prozent mehr. Dennoch sind die Strompreise wieder stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten (4,6 Prozent) und der Preisindex aller Industrierzeugnisse (3,6 Prozent) sowie der Investitionsgüter (5,2 Prozent).

Auch in Zukunft werden sich private Haushalte und Industrie auf weiter steigende Strompreise einstellen müssen, erklärte Magerl. Die Preisentwicklung werde zum einen von den Brennstoffkosten abhängen und zum anderen von „Verteuerungen, die durch vermeidbare Bauverzögerungen, zusätzliche Sicherheitsauflagen und insbesondere den aktuellen Umweltschutzfor*derungen verursacht werden.*

Bei der öffentlichen Stromerzeugung hatte 1982 die Kernenergie den größten Zuwachs und steigerte ihren Anteil auf 20,6 (17) Prozent). Stark gesunken ist der Anteil von Erdgas auf 9,7 (13) Prozent. Der Anteil von Mineralöl sank auf 2,9 Prozent.

HERBERT KLAR

Bei Robotern erfolgreich aufgeholt

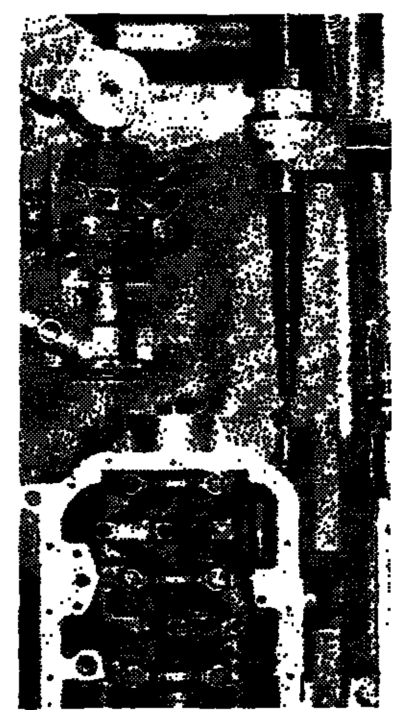
Der Greiferarm des Roboters nimmt ein zentnerschweres Motorteil, wendet es hin und her, setzt es dann vorsichtig wieder ab. Dann ergreift er ein sehr viel kleineres Teil, positioniert es millimetergenau auf einer Unterlage, fährt einen kleinen Schraubendreher aus und zieht – „mit Gefühl" – zwei Schrauben an. Dieser Montage-Roboter, in Halle 13 der Hannover-Messe zu sehen, hat ein ungewöhnliches Merkmal: er trägt eine deutsche Herstellerplakette, wurde sogar in einem mittelständischen Unternehmen hergestellt.

Die Messe-Exponate machen es deutlich: Es ist keineswegs mehr richtig, im Zusammenhang mit „Industrierobotern" nur an Japan und die USA zu denken, die vielzitierte „technologische Lücke" scheint in diesem Bereich nicht mehr zu existieren. Daß man aufzuholen hatte, wird freilich unumwunden eingestanden: „Die Deutschen haben relativ spät mit der Entwicklung von Industrierobotern angefangen, auch weil andere Automatisierungsmittel zunächst *im Vordergrund standen*", meint Gerhard Widl, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Montage, Handhabung, Industrieroboter im Ma*schinenbauverband VDMA.*

Allerdings klafft immer noch eine große Lücke im Einsatz der neuen elektronisch-mechanischen „Mitarbeiter". Waren in Japan im vergangenen Jahr bereits 12 000 Industrieroboter und 9000 in den USA – dem Herkunftsland der einarmigen Kraftmeier – am Werk, so hatte die Bundesrepublik erst 3500 Geräte zu bieten. Im nächsten Jahr sollen es aber schon 4600 und 1990 mehr als 14 000 Stück sein.

Der noch fast glimpfliche Abstand zu den Japanern kommt frei*lich nur per Definition zustande:* Hierzulande wird als Roboter nur ein sehr komplexes Handhabungsgerät akzeptiert, ein „universell einsetzbarer Bewegungsautomat mit mindestens 3 Achsen, der ohne mechanischen Eingriff flexibel programmierbar ist und der mit Fertigungsmitteln, zum Beispiel Greifern und Werkzeugen, ausgerüstet werden kann".

Widl warnt aber davor, sich per Definition in die eigene Tasche zu lügen: „Wer sagt denn, daß der größere Rationalisierungsnutzen tatsächlich bei diesen komplexen Geräten liegt, oder ob nicht auch



Auch Roboter haben „Gefühl" im Greifarm. FOTO: DPA

die kleineren Vorrichtungen zählen?" Nach seiner Ansicht wäre es sinnvoller, den Grad der computergesteuerten Automatisierung in den einzelnen Ländern zu vergleichen, und da schnitte die Bundesrepublik noch nicht so gut ab.

In einem zweiten Zukunftsgebiet, in dem der Bundesrepublik ebenfalls ein erhebliches Nachhin*ken nachgesagt wird, scheint noch* nicht ganz so viel Grund zur Erleichterung zu bestehen: in der Mikroelektronik. „Es ist im Augenblick *viel* wichtiger, die Anwendungslücken zu schließen als die Herstellungslücken", meint Friedrich D. Althoff, Technik-Vorstand der Brown, Boveri & Cie. AG (BBC). „Was fehlt, ist vor allem der einfache pragmatische Einsatz der verfügbaren Mikroelektronik, die Lösung von Alltagsproblemen."

Was darunter zu verstehen ist, zeigt der Stand eines großen Herstellers von *Installationsmaterial* mit einem Elektronik-System, das es erlaubt, alle elektrischen Anschlüsse in einem Haus von einer Zentrale zu schalten, ohne daß dafür auch nur eine zusätzliche Leitung zu verlegen wäre. Codierte Schaltimpulse werden über eine Steckdose ins Netz eingegeben und erreichen jeder für *sich* den richtigen mikroelektronischen „Empfänger".

Wieweit die Bundesrepublik in der Anwendung der winzigen Elektronik-Chips zurückliegt, belegen auch die Statistiken: Während jeder Amerikaner derzeit für etwa 42 Mark und jeder Japaner sogar für 44 Mark im Jahr Mikroelektronik „verbraucht", kommen die Deutschen nur auf einen Pro-Kopf-Verbrauch von 23 Mark.

Der Rückstand wird sich auch in absehbarer Zeit kaum verringern. Nach Vorausschätzungen der Branche wird auch 1986 die Bundesrepublik mit einem Wert von 40 Mark pro Kopf kaum die Hälfte dessen verbrauchen, was die USA (80 Mark) und Japan (86 Mark) bis dahin erreicht haben sollen. Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer im Elektroindustrieverband ZVEI, nennt wesentliche Ursachen für den Rückstand: „Die USA haben nicht nur einen zeitlichen Vor*sprung in der Produkt-* und Marktentwicklung; sie treffen auch im Binnenmarkt auf ein ausgesprochen innovatorisches Marktverhal*ten."*

An letzterem hapert es aber noch in der Bundesrepublik, vor allem in der mittelständischen Wirtschaft. *Mittelstandsunternehmer* Hugo Feldpausch, selbst im Handhabungs-Bereich aktiv, sieht, was seinen Kollegen fehlt: „Der Mut, so etwas völlig Neues und für die meisten immer noch schwer Verständliches anzupacken, und auch der Wille, sich zu informieren. Auf unseren Branchenkongressen sehe ich nur selten mal einen Mittelstands-Unternehmer."

Bei dieser Informationslücke hakt auch eine Sonderschau in Hannover ein, die „Microtronic", die in erster Linie Klein- und Mittelunternehmen den Weg *zur* Mikroelektronik weisen soll. Diese Ausstellung diene nicht nur dazu, intelligente Mikroelektronik-Produkte als *Anregungen zu zeigen,* sondern Hilfen zur Annäherung an diese Technik zu geben", erläutert Mitinitiator Alfred Prommer. „Wir zeigen hier *das ganze Instrumenta*rium, das man braucht, um aus der Mikroelektronik intelligente Produkte zu machen." Überlaufen ist die Sonderschau nicht.

JOACHIM WEBER

UHRENINDUSTRIE

Hoffen auf eine Trendwende

WERNER NEITZEL, Basel

Nach *der flauen* Konjunkturlage der letzten Jahre erhofft sich die deutsche Uhrenindustrie für 1983 eine Trendwende. Seit Jahresbe*ginn sei im Handel eine psycholo*gisch bedingte Verbesserung des Einkaufsklimas spürbar. Wie Herbert Obergfell, Präsident des Verbandes der deutschen Uhrenindustrie, auf der Europäischen Uhren- und Schmuckmesse Basel 1983 ausführte, verbuchten die Herstellerfirmen mehrheitlich in den Monaten Januar und Februar einen befriedigenden Geschäftsverlauf, der März habe allerdings einen leichten Einbruch gebracht.

Im Gegensatz zu vielen Industriezweigen, die von tiefen Rezessionsfurchen geprägt seien, habe *die* Uhrenindustrie der Bundesrepublik in 1982 in den wichtigsten Sektoren noch relativ befriedigend abgeschlossen. Der Umsatz dieses Industriezweigs lag im vergangenen Jahr mit 1,53 Mrd. DM um 0,5 Prozent unter dem Vorjahr. Dabei stieg der Inlandsumsatz um 4,7 *Prozent auf* 878 Mill. DM, während der Exportumsatz um 6,7 Prozent auf 654 Mill. DM schrumpfte. Dies ist auf die rückläufige Ausfuhr von Kleinuhrwerken (*minus* 10,5 Prozent1 und Uhrenteilen (*minus* 15 Prozent), zurückzuführen.

Ihre Stärke demonstriert diese Branche bei der Großuhr. Mit 45,6 Millionen produzierten Großuhren und -uhrwerken liegt die Bundesrepublik nach wie vor an der Spitze der Weltproduktion in dieser Sparte. Ein gespaltenes Bild zeigen die Einfuhrzahlen: Während die Importe von Kleinuhren sprunghaft um mehr als ein Viertel auf insgesamt fast 23 Millionen Stück hochschnellten – davon kamen allein 15,8 Millionen Stück (34,9 Prozent) aus Hongkong –, ging die Einfuhr von Großuhren kräftig um fast 16 Prozent auf 6,1 Millionen Stück zurück.

Gegenüber dieser relativ starken Position bei der Großuhr hatten die deutschen Hersteller von Armband- und Taschenuhren einen weiteren kräftigen Rückschlag hinzunehmen. In dieser Sparte sackte die Produktion um 20 Prozent auf 3,6 Millionen Stück ab. Der Inlandsverbrauch von Kleinuhren, der *zu* über 90 Prozent durch ausländische Produkte abgedeckt wird, ging nach Branchenschätzungen im vergangenen Jahr *um etwa* eine Million auf 17,5 Millionen Stück zurück. Demnach dürften noch mindestens 5 Millionen importierter Armbanduhren in den Lägern der ausländischen Vertriebsgesellschaften oder den Großabnehmern liegen.

Junghans: Gute Auftragslage

WERNER NEITZEL, Basel

„Wir sind aggressiv dabei, das zurückzuholen, was uns einmal verlorengegangen ist." Unter dieser Devise will das Management der zur Diehl-Gruppe gehörenden Uhrenfirma Gebrüder Junghans GmbH, Schramberg, einen neuen geschäftlichen Aufschwung herbeiführen, nachdem das Unternehmen in den vergangenen Jahren *zunehmend abzurutschen* begann. Wie eingeräumt wird, habe man sich nicht nur mit den Marktattacken fernöstlicher Anbieter und konjunkturellen *Schwierigkeiten* konfrontiert gesehen, sondern es insbesondere im Armbanduhrenbereich auch mit hausgemachten Problemen in Qualität und *Liefer*fähigkeit zu tun gehabt.

Der Uhren-Umsatz (daneben werden auch wehrtechnische Produkte gefertigt) *dieses* größten deutschen Uhrenherstellers ging 1982 um 4 bis 5 Prozent auf 110 Mill. DM zurück. Es wurden rote Zahlen geschrieben. Inzwischen sei man auf dem Weg der Besserung. Für 1983 habe man einen Umsatzzuwachs im Visier. Der Auftragseingang der ersten drei Monate, der quer durchs Programm – Junghans ist mit über 1000 Uhrenmodellen einer der wenigen Vollsortimenter – um 25 Prozent über dem Vorjahr liege, deutet darauf, daß dieses Ziel erreicht werde.

Zwei Drittel des Junghans-Umsatzes entfallen auf Großuhren, ein Drittel auf Kleinuhren. Mit erheblichen Investitionen – konkrete Angaben hierüber wurden nicht ge*macht – sind neue Uhrwerke ent*wickelt worden und die Produktion weiter rationalisiert worden, ein Prozeß, der forciert weiterge*führt werden soll. Zur Zeit beginne* Junghans mit einer „neuen Qualifizierung" des Großuhren-Sortiments. Dazu gehöre, daß Junghans im Vertrieb von *Großuhren jetzt* auch mit der Dugena-Fachhandelsgruppe eine „aktive" Geschäftsverbindung aufnehmen will.

Die Kleinuhren-*Produktion* sei inzwischen stabilisiert worden und werde jetzt hochgefahren. Der Exportanteil am Uhrenumsatz beträgt 40 Prozent. Junghans beschäftigt derzeit rund 1600 Mitarbeiter, davon etwa 1000 im Uhrensektor. Bis zum Februar habe man *kurzgearbeitet, jetzt* seien die Kapazitäten voll ausgelastet.

ERGEBNISSE

Schalke – Karlsruhe	1:0	(1:0)
Gladbach – Hamburg	1:1	(0:0)
Stuttgart – München	1:1	(0:1)
Berlin – Bochum	1:1	(0:1)
Köln – Frankfurt	2:2	(1:1)
Bremen – Braunschweig	6:0	(3:0)
Nürnberg – Düsseldorf	3:1	(2:0)
K'lautern – Bielefeld	3:0	(0:0)
Dortmund – Leverkusen	3:3	(0:3)

DIE SPIELE

Bremen – Braunschweig 6:0 (3:0)
Bremen: Burdenski – Fichtel – Schaaf, Siegmann – Sidka, Bracht, Möhlmann, Okudera, Otten – Reinders, Völler. – **Braunschweig:** Franke – Studzizba – Bruns, Merkhoffer – Lux, Tripbacher, Borg, Kindermann (46. Pahl), Geiger – Geyer, Worm. – **Schiedsrichter:** Wippker (Rötgen). – **Tore:** 1:0 Reinders (15.), 2:0 Schaaf (21.), 3:0 Reinders (26., Handelfmeter), 4:0 Sidka (56.), 5:0 Völler (74.), 6:0 Völler (78.). – **Zuschauer:** 29 150. – **Gelbe Karte:** Reinders (2).

Dortmund – Leverkusen 3:3 (0:3)
Dortmund: Immel – Loose (46. Schmedding) – Huber, Rüßmann, Bönighausen – Tenhagen, Burgsmüller, Wagner (58. Eggeling), Koch – Abramczik, Keser. – **Leverkusen:** Greiner – Gelsdorf – Saborowski, Wojtowicz, Winklhofer – Hörster (33. Knauf), Bittorf, Röber, Vöge (64. Bruckmann) – Ökland, Waas. – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Tore:** 0:1 Ökland (4.), 0:2 Waas (15.), 0:3 Waas (17.), 1:3 Abramczik (62.), 2:3 Keser (64.), 3:3 Koch (79.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Eggeling, Wojtowicz (4/1).

Stuttgart – München 1:1 (0:1)
Stuttgart: Grüninger – Niedermayer – Schäfer, Kh. Förster, B. Förster – Kempe (67. Habiger), Ohlicher, Sigurvinsson, Allgöwer – Reichert, Six (67. Kelsch). – **München:** Pfaff – Beierlorzer – Dremmler, Grobe, Horsmann – Kraus, Dürnberger, Pflügler, Del'Haye – Mathy (59. Hoeneß), Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 0:1 Mathy (43.), 1:1 Habiger (82.). – **Zuschauer:** 70 708 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** B. Förster (7/1), Grobe (3).

Berlin – Bochum 1:1 (0:1)
Berlin: Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Timme – Beck (60. Remark), Blau, Mohr, Schmitz – Killmaier (75. Emig), Mack. – **Bochum:** Zumdick – Bast – Woelk, Knüwe, Jakobs – Lameck, Oswald, Kühn (55. Krella), Schreier – Benatelli, Pater. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 0:1 Knüwe (41.), 1:1 Mohr (89.). – **Zuschauer:** 15 112 – **Gelbe Karten:** Rasmussen (2), Bast (3).

Köln – Frankfurt 2:2 (1:1)
Köln: Schumacher – Steiner – Hönerbach, Prestin, Hartmann – Sljivo, Zimmermann, Strack, Willmer (69. Neumann) – Fischer, Littbarski. – **Frankfurt:** Jüriens – Pezzey – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Kroth (76. Lottermann), Trieb, Nickel – Gulich, Tscha. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 1:0 Littbarski (5., Foulelfmeter), 1:1 Sziedat (16.), 2:1 Fischer (53.), 2:2 Kroth (59.). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karte:** Steiner (2).

K'lautern – Bielefeld 3:0 (0:0)
K'lautern: Henrichs – Dusek – Wolf, Briegel, Brehme – Melzer, Eilenfeldt (79. Kitzmann), Bongartz (84. Funkel) – Geye, Nilsson, Allofs. – **Bielefeld:** Diergardt – Wohlers – Geils, Hupe, Pohl – Schnier, Rautiainen (63. Reiss), Büscher, Schröder – Grillemeier, Lienen. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Nilsson (51.), 2:0 Geye (84.), 3:0 Allofs (89.). – **Zuschauer:** 19 000. – **Gelbe Karten:** Dusek (4), Diergardt. – **Rote Karte:** Büscher.

Gladbach – Hamburg 1:1 (0:0)
Gladbach: Kamps – Hannes – Schäfer, Borowka – Pinkall, Herlovsen, Mohren, Matthäus, Bruns, Schäfer – Schmider, Reich. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Jakobs, Wehmeyer – Kaltz, Hartwig, Rolff, Groh (55. Schröder), Magath – Hrubesch, Bastrup (80. von Heesen). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Hrubesch (84.), 1:1 Matthäus (86.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Borowka (4/1), Hannes (3), Rolff (4/1), Hieronymus (4/1).

Nürnberg – Düsseldorf 3:1 (2:0)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt, Stocker – Eder, Botteron, Schlegel – Trunk, Heck (85. Heidenreich), Dreßel (80. Schneider). – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Bockenfeld, Kuczinski (46. Thiele), Löhr – Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Dreßel (10.), 2:0 Reinhardt (32.), 3:0 Trunk (61.), 3:1 Edvaldsson (73.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karten:** Kuczinski (3), Dusend (2).

Schalke – Karlsruhe 1:0 (1:0)
Schalke: Junghans – Dietz – Kruse (79. Geier), Lorant, Schipper – Drexler, Bittcher, Opitz – Wuttke, Tüfekci, Abel. – **Karlsruhe:** Wimmer – Bold – Lazic, Kleppinger, Boysen – Theiss, Zahn (77. Hagmayr), Dittus, Trenkel – Günther, Hofeditz. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tor:** 1:0 Tüfekci (16.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Kruse (3), Bold (4), Lazic (3), Dittus (2).

VORSCHAU

Dienstag, 19. April, 20.00 Uhr:

Köln – Leverkusen	(0:0)
Karlsruhe – Dortmund	(3:4)

(alles Nachholspiele)

Freitag, 29. April, 20.00 Uhr:

Bielefeld – Dortmund	(1:11)
Karlsruhe – Nürnberg	(1:3)

Samstag, 30. April, 15.30 Uhr:

München – Berlin	(3:1)
Hamburg – Stuttgart	(2:1)
Bochum – Köln	(1:4)
Braunschweig – Gladbach	(0:3)
Düsseldorf – Bremen	(2:2)
Leverkusen – Schalke	(0:2)
Frankfurt – K'lautern	(0:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Krise in Köln, Krise in Dortmund und München, nur Werder Bremen schießt unbeirrt Tor auf Tor

Zielscheibe Michels. Strack: „Das allerletzte, was hier passiert"

Von ULRICH DOST

Gerd Strack (27) zählt bestimmt nicht zu denen, die stets mit der Klappe vorne weg sind. Wenn er etwas sagt, dann hat er lange nachgedacht. So spielt er auch Fußball – korrekt, direkt, mit Bedacht, aber nie impulsiv oder intuitiv. Bevor der neue Libero der Nationalmannschaft einmal aus seiner Haut fährt, muß ihm schon etwas gewaltig über die Hutschnur gegangen sein. Am Samstag, nach dem 2:2 des 1. FC Köln gegen Eintracht Frankfurt, war es soweit. Gerd Strack ging in die Offensive, impulsiv und mit viel Vehemenz: „Das ist das allerletzte, was hier beim 1. FC Köln passiert."

Und dann zog er vom Leder: Nach dem Spiel sei ein Kölner Vorstandsmitglied zu seiner Frau **Emmi** (25) gegangen und habe gesagt, ihr Mann spiele sich einen schönen Mist zusammen. Emmi Strack war empört und hatte selbstverständlich nichts Eiligeres zu tun, als diese Botschaft ihrem Mann zu überbringen.

Damit war der hausgemachte Krach perfekt, nun begannen alle Mechanismen beim 1. FC Köln zu laufen, die immer eines bewirken: Der Klub stellt sich selbst ein Bein und steht bei der Titelvergabe wieder mit leeren Händen da. Jetzt beschuldigt einer den anderen, jeder wird zum Sündenbock gestempelt. Nur auf die Idee, daß sie sich diesen Mist gemeinsam eingebrockt haben, kommt so schnell niemand. Nirgendwo sind sie, wenn es mal wieder nicht geklappt hat, mit den Schuldzuweisungen so schnell bei der Hand wie in Köln.

Gerd Strack informierte erst einmal nach dem Essen im Kölner „Geißbockheim" die Journalisten. Er sei empört und zum Sündenbock lasse er sich nun mal gar nicht machen.

Nach seiner guten Leistung im Pokal-Halbfinale gegen den VfB Stuttgart klopften ihm noch alle anerkennend auf die Schulter, nun soll er dafür verantwortlich sein, daß die Kölner sogar um einen UEFA-Pokalplatz bangen müssen. Nach dem 0:2 in Bielefeld habe der Trainer ihn schon mal zusammengestaucht, doch das akzeptierte er in seiner Funktion als Mannschafts-Kapitän. Doch ihn auf diese Weise über seine Frau so auszuschmieren, sei „einfach unmöglich".

Der Zorn des Liberos kam nicht von ungefähr. Erst kurz vor dem Spiel nämlich informierte ihn Trainer **Rinus Michels** (54), daß er gegen Frankfurt im Mittelfeld spielen solle. Michels Begründung: Strack soll dort die Fäden in die Hand nehmen, er sei der geeignete Mann dazu. Das scheint zu beweisen, daß Michels nicht gerade viel Vertrauen zu seinem Spielmacher **Edhem Sljivo** (33) besitzt. Strack ließ sich widerwillig überreden. Doch er sagte auch, wenn der Trainer einen Tag vorher mit diesem Vorschlag gekommen wäre, hätte er nicht gespielt. Wenn Michels, so der Libero, in der Kölner Mannschaft Änderungen vornehmen würde, ginge das stets zu seinen Lasten. Auch gegen Frankfurt war deutlich zu sehen, daß Strack im Mittelfeld völlig überfordert war.

Es kann aber auch sein, daß Michels an Strack nur eine Retourkutsche los werden wollte. Denn im Verlauf der letzten Woche hatte **Pierre Littbarski** (23) über seinen Manager **Rüdiger Schmitz** (42) schweres Geschütz gegen den Trainer aufgefahren. Neben Littbarski zählen auch Gerd Strack und Torwart **Harald Schumacher** (29) zu den Klienten von Schmitz.

Er sei konditionell vollkommen am Ende, hatte Littbarski seinem Manager vorgestöhnt, die Konditionsarbeit und das zusätzliche Straftraining nach der Bielefeld-Pleite mache ihm sehr zu schaffen. Das teilte Schmitz Kölner Journalisten mit. Michels konnte nachlesen, was man von seiner Arbeit hält. Inzwischen hat sich Littbarski aber seinen Manager zur Brust genommen: Diese Aussage sei nun wirklich nicht für die Öffentlichkeit gedacht gewesen. Littbarski selbst weiß, daß er derzeit völlig außer Form ist. Als ihm ein Journalist zum 23. Geburtstag gratulierte und ihm endlich mal wieder ein gutes Spiel bei der Nationalmannschaft gegen die Türkei und Österreich wünschte, sagte er nur resignierend: „Ich bin schon froh, wenn ich mit darf und vielleicht als Auswechselspieler reinkomme."

Zu später Stunde dann setzten sich die Parteien an einen Tisch. **Karl-Heinz Thielen** (44), Vize-Präsident und Schatzmeister des Vereins, stand zu seiner Aussage der Frau Strack gegenüber, aber er entschuldigte sich sogleich beim Spieler dafür. Dann mußte sich Manager Schmitz harte Vorwürfe anhören. Klub-Manager **Hannes Löhr** (40) warf dem Spieler-Manager vor, Informationen an die Öffentlichkeit getragen zu haben, die dort nicht hingehören.

Vor dem Spiel gegen Frankfurt machten die Kölner unter den Zuschauern eine Umfrage, warum der Zuschauerzuspruch so nachgelassen habe. Hans Schäfer (52), Weltmeister von 1954 und jahrelang Spieler des 1. FC Köln, fand dafür nur eine ironische Bemerkung: „Vor dem Stadion wird eine Umfrage gemacht, warum keine Zuschauer mehr kommen. Auf dem Spielfeld sieht man's."

*

In Köln beschweren sich die Spieler, der Trainer ließe sie nur die Knute spüren. Mitsprache sei nicht erlaubt, wer Kritik am Trainer übe, müsse damit rechnen, nicht aufgestellt zu werden. In Bremen dagegen himmeln die Spieler ihren Trainer **Otto Rehhagel** (43) an, weil er einen zeitgenmäßen Führungsstil gefunden habe. Köln hat mit dem Ausgang der Meisterschaft nichts mehr zu tun und liegt auf dem siebten Tabellenplatz – Bremen dagegen liegt mit dem Meister Hamburger SV punktgleich an der Spitze und darf auf den zweiten Titelgewinn der Vereinsgeschichte nach 1965 hoffen.

Darüber sollten die Kölner vielleicht auch einmal nachdenken. Pierre Littbarski sagt: „Wenn wir etwas sagen, kriegen wir nur Theater." In Bremen sagt **Rudi Völler** (24) über seinen Trainer: „Der Otto Rehhagel stellt uns immer richtig ein. Er hat auch kein stures Trainingskonzept, die Spieler können Einfluß auf die Taktik und ihre Spielpositionen nehmen. Bei uns steht zur Zeit im richtigen Moment der richtige Spieler auf der richtigen Position." An diesem Wochenende besiegte Werder Bremen Eintracht Braunschweig klar mit 6:0 Toren, der 1. FC Köln kam über ein mageres 2:2 gegen Frankfurt nicht hinaus.

Und noch ein Unterschied der beiden Klubs. Beim 1. FC Köln wird auch noch dann vom Titel geredet, wenn er kaum noch möglich ist, jahrein, jahraus. Bremen spielt einen herrlichen, offensiven Fußball, hat Erfolge, aber bleibt bescheiden. „Meister im Tiefstapeln" nannte gestern der Sport-Informationsdienst (sid) die Mannschaft und den Trainer von Werder Bremen. Und so reden sie. Rehhagel: „Meisterschaft? Ich bin doch kein Prophet." Rudi Völler: „Meisterschaft? Nur wenn wir in Düsseldorf gewinnen." Mannschaftsführer **Benno Möhlmann** (26): „Meisterschaft? Der Hamburger SV ist Favorit."

Reden sollen die anderen, die Bremer handeln. Als sich in der letzten Woche ihr Manager **Willi Lemke** (35) tatsächlich in einem Anfall unkontrollierter Gefühle zu weit vorgewagt hatte, bekam er direkt eins auf den Deckel. Den Satz, „wenn wir gegen Braunschweig gewinnen, reden wir von der Meisterschaft", wollte der Manager nach dem 6:0 plötzlich nicht mehr gesagt haben.

Otto Rehhagel macht es psychologisch richtig. Er kann mit seiner Mannschaft nicht mehr tief fallen, wenn er ruhig bleibt. Nehmen sie sich aber die Meisterschaft zum Ziel, weiß er nicht, wie seine Mannschaft reagiert, wenn es nicht klappen sollte. Daß sie im Innern dem Tag entgegenfiebert, an dem sie die Meisterschale bekommen könnten, steht dabei auf einem ganz anderen Blatt.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Nach einer langen Verletzungspause ist der frühere Nationalspieler Uwe Reinders wieder im Einsatz. Gegen Braunschweig beim 6:0 erzielte er zwei Treffer. Hier verwandelt er einen Elfmeter. FOTO: WILFRIED WITTERS

Übertraf alle Erwartungen: Torwart-Ersatz Siegfried Grüninger. FOTO: SVEN SIMON

Tanz der Reservisten am Mittelkreis

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Der Manager fluchte. „Sonntagsschuß", sagte Hoeneß. Und der, der den Treffer hatte hinnehmen müssen, schimpfte auch. „So ein Tor schießt der nur einmal im Jahr", sagte Jean Marie Pfaff. Den Schützen, Stuttgarts Auswechselspieler Werner Habiger (25), hat das ganze Münchner Theater nicht gestört. Er habe einfach draufgehalten, sagt er und strahlt dabei. Weil Grobe und Dremmler sich nicht einig waren und auch der große Pfaff einen Augenblick wie belämmert dagestanden hatte, konnte Ersatzmann Habiger energisch die Gunst der Sekunde nutzen. Sein Schuß hatte so exakt in den Torwinkel getroffen, daß zwischen Ball und Gestänge keine Zeitung mehr gepaßt hätte.

Vor Freude über soviel Glück schlug Habiger einen Purzelbaum, und nach dem Schlußpfiff tanzte er am Mittelkreis mit Siegfried Grüninger. Dieser Samstag vor 72 000 Zuschauern im ausverkauften Neckarstadion war das Fest dieser beiden. Das Fest der Reservisten.

Ersatztorwart Siegfried Grüninger (23), den die Zweifel von Kulisse und Kameraden auf den Rasen begleitet hatten, war zum Helden des Spiels gewachsen. Bei seinen ersten Paraden schien er förmlich auf dem Angstschrei des Stuttgarter Anhangs dem Ball entgegenzureiten. „Nachdem ich den ersten Schuß gehalten hatte, war die Nervosität weg", sagte er. Aber die Woche vor seinem ersten, großen Auftritt muß für den Stellvertreter des gesperrten Stammtorwarts Helmut Roleder schlimm gewesen sein. Immer wieder hat er da die Angst vor dem Versagen verdrängen müssen.

Nur einmal war Grüninger machtlos gewesen. In der 43. Minute hatten Karl Del'Haye und Reinhold Mathy mit zwei Doppelpässen die Stuttgarter Abwehr geknackt. Daß ausgerechnet Reinhold Mathy (21) die Bayern-Führung geglückt war, paßte zu den Ereignissen dieses Spiels. Auch Mathy steht bei den Bayern im Schatten der Asse. Erst auf ziemlich massiven Druck hatte Trainer Csernai das Talent überhaupt nominiert. Nur weil für Dieter Hoeneß das gegnerische Tor zur Zeit mit Brettern vernagelt ist, war Mathy überhaupt eingesetzt worden.

Sein Glück genießen aber konnte der arme Teufel Mathy nur kurz. Ein Foul von Bernd Förster holte ihn von den Beinen. Vom Autotelefon des Modemachers Jochen Holly klingelte Hoeneß sofort hinter einer medizinischen Kapazität her. Doch der dringend gesuchte Professor verbrachte das schöne Wochenende an irgendeinem der bayerischen Seen. Mathy wird heute am Meniskus operiert. Stuttgarts Libero Kurt Niedermayer wurde schon gestern am gerissenen Innenband operiert.

Für beide ist die Saison gelaufen. Ironie des Schicksals: Niedermayer ist im Sommer vom FC Bayern nach Stuttgart gekommen. Mathy liebäugelt mit demselben Plan.

Als Niedermayer ins Krankenhaus mußte, waren die Stuttgarter nur noch zehn Mann. Trainer Benthaus hatte mit Kelsch und Habiger für die äußerst schwachen Kempe und Six sein Auswechselkontingent schon erschöpft. Wahrscheinlich haben sich Rummenigge und seine Kollegen von ihrer Überlegenheit einlullen lassen. Aus Hochmut haben die Bayern den Sieg und einen wichtigen Punkt verschenkt.

Denn die Münchner waren eindeutig stärker. Sie besaßen die besseren Nerven für so ein Spitzenspiel, die bessere Taktik und die bestimmenden Personen des Spiels: den überragenden Spielmacher Kraus, Del'Haye und Mathy. Daß Rummenigge von Karl-Heinz Förster neutralisiert wurde, konnten die Bayern ganz gut verkraften. Stuttgarts vielgepriesene Mittelfeld-Strategen und Scharfschützen Allgöwer und Sigurvinsson aber kamen nicht zur Geltung. Das Unentschieden verdanken sie einzig und allein ihrer Moral, auch zu zehnt nicht aufgegeben zu haben. Und natürlich dem Glück.

Aber wieso soll der in den vergangenen Monaten vom Pech verfolgte VfB Stuttgart nicht auch einmal Glück haben? Wieso muß Fortuna immer nur Rummenigge oder einen Nationalspieler küssen? Warum nicht mal Habiger oder Grüninger? An diese unerwartete Wende des Fußball-Schicksals klammern die Schwaben nun ihr letztes Fünkchen Hoffnung auf die Meisterschaft.

Rummenigge hat ihnen diese Träume abgeschminkt. „Die Meisterschaft ist jetzt nur noch ein Dreikampf", so der Kapitän der Nationalmannschaft, „Werder, der HSV und wir". Stuttgart habe das schwerste Restprogramm aller Titelkandidaten, meinte Rummenigge, und die Stuttgarter würden ja wohl ihr nächstes Auswärtsspiel beim Hamburger SV verlieren. So richtig überzeugend klang Rummenigges Rede nicht. Es schien eher, als ob da der Mannschaftskapitän allein von Amts wegen Mut machte. Csernais Parole klang etwas trotziger: „Wir mischen trotzdem mit. Wir sind noch ein Team der Spitzenklasse. Und wenn Augenthaler wieder dabei ist, stehen unsere Chancen gar nicht schlecht." In München aber gab ein Vereinsmitglied 500 Mark für eine Zeitungsanzeige aus. Überschrift: „Hoffmann und Csernai müssen weg."

Zielscheibe Präsident Jürgen Vogt – Rüßmann schickte die Kündigung

BERND WEBER, Dortmund

Vor gut vier Wochen war die Welt bei Borussia Dortmund noch völlig in Ordnung. Die Mannschaft träumte sogar von der Meisterschaft, die Teilnahme am DFB-Pokalfinale war ohnehin beschlossene Sache. Gegen Fortuna Köln, so glaubten die Spieler nämlich, kann einfach nichts schiefgehen. Was folgte, ist bekannt: Der Zweitligist prügelte Dortmund mit 5:0 aus dem Pokalwettbewerb. Von der Meisterschaft redet in Dortmund niemand mehr. Statt dessen, und erst recht nach dem enttäuschenden 3:3 am Freitagabend zu Hause gegen Bayer Leverkusen, ist die große Angst ins Westfalenstadion eingezogen. Die Angst davor, daß nun auch noch die Teilnahme am nächsten UEFA-Cup-Wettbewerb verpaßt werden könnte.

„Dies wäre", sagt Borussia-Präsident Jürgen Vogt, „sowohl sportlich als auch finanziell die totale Katastrophe." Es wäre in erster Linie eine Katastrophe für ihn selbst. Es gibt nicht wenige in Dortmund, die glauben, daß Vogt kaum noch eine Überlebenschance als Präsident hätte, stünde er am Ende der Saison mit leeren Händen da. Tatsache ist, daß Vogt in den vergangenen Wochen heftig kritisiert worden ist und daß er vor allem auch aus den eigenen Reihen massiv attackiert wird.

Sein Vertreter Rüdiger Petzold warf ihm nach der vorzeitigen Beurlaubung von Trainer Karl-Heinz Feldkamp übereiltes Handeln vor. Friedhelm Cramer, Vorsitzender des Borussia-Wirtschaftsrates, fuhr noch schärferes Geschütz auf. Er bezeichnet die Feldkamp-Entlassung „als Alleingang des Präsidenten". Er habe zwar satzungskonform, aber ohne jedes Gespür für die Situation gehandelt. Cramer: „Ich werde darauf drängen, daß solche Alleingänge in Zukunft nicht mehr möglich sind." Der innere Frieden also besteht bei Dortmund nicht mehr – die Mannschaft demonstrierte es gegen Leverkusen deutlich. Aber sie ist, nach einem 0:3-Rückstand, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. „Normalerweise", meinte Vorstopper Rolf Rüßmann nach dem Spiel, „hätten wir Leverkusen aufgefressen. Aber derzeit sind wir schwach, weil wir einfach alle verunsichert sind." Rüßmann selbst, dessen Vertrag am Ende der Saison ausläuft, hat seinem Verein die schriftliche Kündigung ins Haus geschickt.

Wie sehr es derzeit in Dortmund durcheinander geht, konnte man gestern erleben. Erst tagte in den Mittagsstunden der Vorstand, um über die Trainerfrage zu beraten, dann vertagte er sich. Vogt will nun am Mittwoch nach Wattenscheid ins Haus des Braunschweiger Trainers Uli Maslo fahren, um mit ihm Verhandlungen zu führen. Was Vogt gestern mittag wußte, war, daß Maslo von seinem derzeitigen Arbeitgeber bereits grünes Licht für einen Wechsel zu den Borussen bekommen hatte, die er vor vier Jahren schon einmal vor dem Abstieg gerettet hat. Braunschweigs Präsident Hennes Jäcker erklärte gestern morgen: „Warum sollen wir Maslo, dessen Vertrag eigentlich bis Juni 1984 läuft, behalten, wenn er sich gedanklich doch schon auf die Reise gemacht hat."

Was Vogts freilich nicht wußte: Hinter seinem Rücken haben sich Petzold, Cramer und Mannschaftskapitän Manfred Burgsmüller zusammengehockt und sind über Mittelsmänner an Kickers-Offenbach-Trainer Lothar Buchmann herangetreten. Daß bei den Dortmundern zur Zeit so vieles auseinanderdriftet, liegt sicherlich vor allem an Vogt selbst. Keiner wird ihm guten Willen und ungeheuerlich viel Engagement absprechen. Nur: Als Führungspersönlichkeit kann er den freiwillig zurückgetretenen Rechtsanwalt Reinhard Rauball einfach nicht ersetzen. Viele wünschen sich ein Comeback von Rauball, das jedoch wird es nicht geben. Dafür aber scheint es sicher, daß bei der nächsten Jahreshauptversammlung, die für September geplant ist, ein Rauball-Intimus in den Vorstand zurückkommen wird. Bergwerksdirektor a. D. Heinz Günther. Der war schon einmal Präsident, bevor Rauball kam, und er wird den rücktrittswilligen Rüdiger Petzold ersetzen.

28. Spieltag der Bundesliga: Zehnte rote Karte – Zweithöchste Zuschauerzahl der Saison

DIE TABELLE

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	28	15	11	2	64:28	41:15	36:10	23:5	28:18	18:10
2. Bremen	28	18	5	5	58:32	41:15	41:13	26:2	17:19	15:13
3. München	28	15	9	4	63:23	39:17	39:7	23:5	24:16	16:12
4. Stuttgart	27	15	7	5	64:36	37:17	39:17	22:6	25:19	15:11
5. Dortmund	27	15	5	7	64:41	35:19	41:17	21:7	23:24	14:12
6. K'lautern	28	12	11	5	47:33	35:21	38:13	25:3	9:20	10:18
7. Köln	27	13	8	6	56:34	34:20	34:14	21:5	22:20	13:15
8. Frankfurt	28	11	4	13	41:40	26:30	31:8	22:6	10:32	4:24
9. Nürnberg	28	10	6	12	38:55	26:30	26:19	21:7	12:36	5:23
10. Bochum	28	7	10	11	33:41	24:32	22:17	15:13	11:24	9:19
11. Düsseldorf	28	8	8	12	45:65	24:32	27:29	16:10	18:36	8:22
12. Bielefeld	27	9	5	13	36:57	23:31	28:18	18:8	8:39	5:23
13. Braunschw.	28	7	9	12	32:51	23:33	19:15	16:10	13:36	7:23
14. Gladbach	28	9	3	16	48:51	21:35	32:19	17:13	16:32	4:22
15. Leverkusen	27	6	8	13	31:54	20:34	14:15	15:13	17:39	5:21
16. Hertha	28	5	9	14	35:48	19:37	23:20	15:15	12:28	4:22
17. Schalke	28	5	6	17	36:60	16:40	20:26	11:17	16:34	5:23
18. Karlsruhe	27	4	6	17	30:72	14:40	16:18	12:14	14:54	2:26

● Torschützenliste

An der Spitze der Torschützenliste kommt es immer mehr zu einem Zweikampf zwischen den beiden Nationalstürmern Karl-Heinz Rummenigge (München) und Rudi Völler (Bremen). Während Rummenigge am 28. Spieltag leer ausging, erzielte Völler beim 6:0-Sieg der Bremer über Braunschweig zwei Treffer und zog bei insgesamt 18 Toren mit dem bisher führenden Münchner gleich. Das Verfolger-Quartett mit Manfred Burgsmüller, Karl Allgöwer, Pierre Littbarski und Horst Hrubesch liegt bei je 15 Toren schon drei Treffer zurück. Jeweils ihr erstes Bundezliga-Tor erzielten Werner Habiger (Stuttgart) und Thomas Schaaf (Bremen).

● Zuschauer-Bilanz

Mit 213 211 Zuschauern erlebten die Bundesliga-Vereine den zweitbesten Besuch der bisherigen Saison. Nur am 23. Spieltag (5. 3.) kamen mehr Zuschauer zu neun Spielen (230 000). Neben dem durchweg sonnigen Wetter hatte vor allem das Spiel Stuttgart gegen München großen Anteil an der überdurchschnittlichen Besucherzahl, denn das ausverkaufte Neckarstadion bot allein 70 708 Menschen Platz. Vor der Saison hatten die Bremer für das Spiel gegen Braunschweig nur mit 11 000 Zuschauern kalkuliert. Mit 29 150 hatten sie aber die zweithöchste Besucherzahl des Tages. Nach Köln kamen die wenigsten Zuschauer (11 000).

● Platzverweise

Die zehnte rote Karte der Saison bekam der Bielefelder Uli Büscher in Kaiserslautern zu sehen, nachdem erst vor einer Woche Frank Mill (Mönchengladbach) und Stuttgarts Torhüter Helmut Roleder vom Platz gestellt worden waren. In einem Schnellverfahren wurde Roleder bereits mit einer Sperre von vier Wochen bestraft. Nicht pausieren mußte dagegen Karl Del'Haye, der mit einem Einspruch gegen seine vierte gelbe Karte Erfolg hatte.

Michael Dusek (Kaiserslautern) und Gerd Bold (Karlsruhe) hingegen müssen jeweils nach ihrer vierten Verwarnung beim nächsten Spiel ihrer Mannschaft zuschauen.

● Serien

Länger als eine ganze Saison ist Werder Bremen nach dem 28. Spieltag im Weser-Stadion ungeschlagen. Aus den letzten 18 Heimspielen holten die Bremer 34:2 Punkte. Die letzte Niederlage zu Hause gab es am 3. April 1982 mit 0:1 gegen Kaiserslautern.

Rechnet man die Auswärtsspiele hinzu, so sind die Bremer genauso wie Tabellenführer Hamburg seit sechs Spieltagen unbesiegt. Während der Deutsche Meister aber „nur" 9:3 Punkte sammeln konnte, war die Ausbeute der Bremer mit 12:0 Zählern optimal.

Als einziger Trainer der ersten Liga ist Lothar Strehlau (Karlsruhe) noch ohne Sieg.

Mexiko-Besuch beendet

Mexiko (dpa) – Die Kommission des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA) hat ihren Besuch in Mexiko, bei dem sie sich über die Voraussetzungen für eine Ausrichtung der Weltmeisterschaft 1986 erkundigte, beendet. Auf der Pressekonferenz in Mexiko entstand der Eindruck, daß die Mexikaner am 20. Mai in Stockholm mit dem Zuschlag rechnen können.

Bassett überraschte

Amelia Island (sid) – Für eine Überraschung sorgte die 15 Jahre alte Carling Bassett (Kanada) beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Amelia Island (Florida). Carling Bassett, die zuvor die beiden Deutschen Eva Pfaff und Bettina Bunge ausgeschaltet hatte, zog durch einen 6:2, 6:2-Erfolg über Kathy Rinaldi (USA) ins Finale ein.

Deutschland im Finale

Regina (sid) – Deutschland erreichte bei der Curling-Weltmeisterschaft der Männer in Regina (Kanada) nach einem 4:3-Sieg über Norwegen das Finale gegen Kanada.

Autorennen abgesagt

Düsseldorf (sid) – Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) Hessen hat den für den 11. September geplanten achten Lauf zur Deutschen Rennsportmeisterschaft auf dem Hockenheimring abgesagt. Wegen des geringen Zuschauerinteresses in den letzten Jahren fürchteten die Veranstalter um eine solide Finanzierung.

Englisches Pokal-Finale

London (sid) – Manchester United spielt am 21. Mai im Londoner Wembley-Stadion gegen Brighton and Hove Albion um den englischen Fußball-Pokal.

Passarelli verletzt

Ludwigshafen (dpa) – Pasquale Passarelli (Nürnberg) wird nicht an den Ringer-Europameisterschaften im griechisch-römischen Stil in Budapest (22. 4.–25. 4.) teilnehmen können. Im Abschlußtraining der deutschen Mannschaft in Hennef zog sich Passarelli beim Volleyballspielen einen Bänderriß im rechten Sprunggelenk zu.

Schwimmern fehlt Geld

Frankfurt (sid) – Einen Fehlbetrag von rund 165 000 Mark erwartet der Schatzmeister des Deutschen Schwimmverbandes (DSV), Joachim Rogge (Krefeld), für das Haushaltsjahr 1983. Der für den Verbandstag in Kronach angefertigte Voranschlag sieht Ausgaben in Höhe von 1 054 200 Mark vor, während man beim DSV nur mit 889 200 Mark Einnahmen rechnet.

Liepiench vor Raab

Goslar (sid) – Danies Liepiench (UdSSR) gewann die 7. Internationale Niedersachsen-Rundfahrt der Radamateure vor den beiden „DDR"-Fahrern Uwe Raab und Dan Rathke. Bester Teilnehmer der Mannschaft aus der Bundesrepublik war Michael Marx (Berlin) auf dem elften Platz. Die letzte Etappe von Bad Lauterberg nach Goslar über 145 Kilometer hatte der Österreicher Helmut Wechselberger für sich entschieden.

Rekord beim Preisgeld

New York (sid) – Eine Rekordsumme an Preisgeldern wird bei den nächsten Internationalen Tennismeisterschaften der USA in Flushing Meadows (30. 8.–11. 9.) ausgeschüttet. Insgesamt geht es um 2 001 000 Millionen Dollar, von denen die Sieger im Herren- und Damen-Einzel jeweils 120 000 Dollar erhalten.

Hose in der Endrunde

Elda (dpa) – Titelverteidiger Klaus Hose (Hochfeld) hat die Endrunde bei der Billard-Europameisterschaft im Cadre 47/2 erreicht. In Elda (Spanien) ist Hose nach drei Partien noch unbesiegt.

Box-Siege im Hofbräuhaus

München (sid) – Punktsiege gab es für die beiden Münchner Georg Steinherr und Toni Habermayer bei einer Berufsbox-Veranstaltung vor 873 Zuschauern im Münchner Hofbräuhaus. Steinherr bezwang im Mittelgewicht Fred Coranson (Frankreich), und Habermayer setzte sich gegen Rocco Fransca (Italien) durch.

Bernd Schuster wurde Vater

Barcelona (sid) – Bernd Schuster, deutscher Fußball-Nationalspieler vom FC Barcelona, ist am Samstag zum dritten Mal Vater geworden. Seine Frau Gaby brachte ein sieben Pfund schweres Mädchen zur Welt, das auf den Namen Sarah getauft werden soll. Damit steht Schusters Teilnahme an den Länderspielen in der Türkei (23. 4.) und Österreich (27. 4.) nichts mehr im Wege.

Degner wieder Meister

Bad Kreuznach (dpa) – Nach 1981 und 1982 holte sich Karl Degner (Wolfsburg) zum dritten Mal hintereinander bei den Deutschen Gehermeisterschaften den Titel über 50 Kilometer. Degner kam in Bad Kreuznach nach 4:00:30 Stunden ins Ziel. Zweiter wurde der Hildesheimer Walter Schwoche (4:02:15 Stunden) vor dem Wolfsburger Jürgen Meier.

Rekorde im Gewichtheben

Berlin (dpa) – Martin Zawieja (Dortmund) stellte bei den Juniorenmeisterschaften der Gewichtheber in Rettigheim zwei Juniorenrekorde auf. In der Klasse bis 110 Kilogramm verbesserte Zawieja die Bestmarke im Reißen auf 153,0 Kilo und im Stoßen auf 193,0 Kilogramm.

EISHOCKEY / Schwacher Auftakt der WM – 1:5-Niederlage gegen die Schweden



Im nutz- und sinnlosen Anflug auf das Tor der Schweden: Ernst Höfner vom SB Rosenheim. FOTO: WESTFOTO

Sowjetischer Trainer schämte sich für Spieler

DW. **Bonn**

Die Favoriten kamen zum Auftakt der Eishockey-Weltmeisterschaft nur mühsam in Schwung – wenn man einmal von den Schweden absieht. Titelverteidiger UdSSR leistete sich beim 3:0 über die „DDR" ein derart lustloses Pflichtlaufen, daß sich Trainer Viktor Tichonow für seine Stars schämte: „Ich muß mich für die Fehler meiner Mannschaft entschuldigen."

Auch Vizeweltmeister CSSR hatte beim 4:2 über Finnland große Mühe, das erste Spiel ohne Niederlage zu überstehen. Erst in den letzten zehn Minuten wurde der Sieg herausgeschossen.

Kanadas Profis kamen beim 6:0 über *Italien zum klarsten Erfolg* des ersten Spieltages, doch vieles blieb Stückwerk. Die Harmonie fehlte. Vielleicht war es das große Glück der Kanadier, im ersten Spiel ausgerechnet auf die schwachen Italiener zu treffen – sie konnten sich wenigstens etwas einspielen. Trainer Dave King kommentierte das Spiel seiner Mannschaft: „Ich bin ganz zufrieden, schließlich habe ich zwölf Spieler zum erstenmal gesehen." Diese zwölf, Profis aus Klubs, die im „Stanley Cup" ausgeschieden sind, trafen erst am Freitag in Deutschland ein ...

Die verzweifelte Suche nach Ausreden

FRANK QUEDNAU, **Dortmund**

So ist es denn, so stürzen Hoffnungen im freien Fall, krachen aufs Eis, werden tiefgefroren, um bei passender Gelegenheit wieder hervorgeklaubt zu werden. Vielleicht nach dem ersten Sieg, vielleicht nach der nächsten knappen Niederlage gegen die UdSSR, die *immer öfter auch die Kleinen leben* läßt und sogar gegen die „DDR" nur 0:3 verliert. So ist es denn immer wieder bei Eishockey-Weltmeisterschaften, wenn es um die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland geht: Gestern noch auf hohen Rossen, selbstverständlich nur verbal, heute von irgendeinem Team, von dem man glaubte, es schlagen zu können, in den Wind geschossen. Am Samstag in Dortmund taten das die Schweden mit 5:1.

Davor, nach allgemein anerkannter Leistungssteigerung in der Bundesliga, nach konzentriertem Training, nach dem aufkommenden, sich bis zur Gewißheit steigernden Gefühl, so stark zu sein wie nie – also direkt vor diesem ersten Spiel der WM sagte Erich Kühnhackl: „Das Warten tut schon fast körperlich weh."

Und weil Kühnhackl Kapitän der Mannschaft ist, wird er das ja wohl auch für seine Kollegen gesagt haben. Der unwillkürliche Eindruck bei diesen Worten: Da scharren kraftvolle Stiere mit den Beinen, erwartungsfroh, endlich in die Arena gelassen zu werden. Da wartet eine geballte Ladung mühsam gebändigter Kraft, sich endlich entladen zu dürfen. Erich Kühnhackl, der Kapitän, war der schwächste deutsche Spieler. Er fuhr saubere Bogen – ohne Puck, *immer an der Bande entlang.*

Und wie es denn auch immer ist: Die Schwachen, die glaubten, andere auf den Arm nehmen zu können, suchen hinterher nach Ausreden, die sie lächerlich machen. Also sagte Gerd Truntschka: „In der Halle war es viel zu heiß. Schon nach dem ersten Drittel war ich naß bis auf die Haut, konnte meine Ausrüstung auswringen und brauchte zum Trockenreiben drei Handtücher." Wenigstens geschwitzt hat er also.

Und Roy Rödger sagt: „Die Leute haben ziemlich viel geraucht." Wahrscheinlich rauchen die Schweden alle selbst, oder warum haben sie die Luft in der Dortmunder Westfalenhalle vertragen?

Holger Meitinger sagt: „In unserer Reihe klappte es. Aber was willst du machen, wenn andere die Chance nicht nutzen." Schon jetzt Schuldverteilung innerhalb der eigenen Mannschaft? Auch für Meitinger gilt das Wort: Wenn jemand mit dem Zeigefinger auf andere deutet, weisen drei Finger der Hand zurück – auf die eigene Brust.

Schön ist auch der wahrlich herzzerreißende Seufzer von Markus Kuhl: „Daß die Schweden auch diesen Gustafsson aus Amerika herholen dürfen ..." Bengt-Ake Gustafsson von den „Washington Capitals" erzielte zwei Treffer, er ist ein Profi. Und was sind die Herren Spieler von Bundestrainer Xaver Unsinn, deren Gehälter die Vereine in die roten Zahlen treiben?

Gestern, am Morgen nach dem Spiel, stand Xaver Unsinn zwischen seinen Verlierern und sagte: „So geht's fei nett", und forderte wieder „Lust und Freude am Beruf zu entwickeln". Beruf also – und *Lust und Freude schon im ersten* Spiel verloren?

Bleiben wir bei Xaver Unsinns lakonischem Ausspruch: „Die WM geht weiter." Selbstverständlich, das tut sie, auch mit der Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland, die am Samstag im Schlußdrittel kaum noch einer der 10 575 Zuschauer in der ausverkauften Halle, in der tatsächlich 20 Grad herrschten, sehen wollte. Sie standen auf und gingen schweigend, nachdem sie im ersten Drittel noch bereit waren, ein lautstarkes Fest zu feiern. Der rosarot eingefärbte Blick der Gastgeber dieser Weltmeisterschaft muß sich wieder den Realitäten zuwenden: Kein Kampf um Platz vier, sondern Teilnahme in der Abstiegsrunde.

Denn nicht allein die Niederlage oder ihre Höhe sind deprimierend, sondern das planlose Herumgestochere mit den Schlägern über zwei Drittel des Spiels. Nur im ersten Drittel bot die Mannschaft das, was *ihr zugetraut worden war. Nicht* gerade die hohe Kunst des Eishokkeys, aber eine kraftvolle, aggressive Spielweise, die schließlich auch zur Führung nach drei Minuten (Berndaner) ausgereicht hatte. Schon vor dem Ausgleich (neunte Minute) und erst recht am Ende des ersten Drittels war zu erkennen, daß die Schweden wieder eine Nummer zu groß sind. Am deutlichsten war es der Sturmreihe Kuhl-Kühnhackl-Steiger (sie läuft unter der schlichten Bezeichnung „Paradesturm") anzumerken, daß hier eine Mannschaft schon resigniert hatte, bevor es die Zuschauer merkten. Verlaß war am Ende nur noch auf einen, auf Torwart Karl Friesen.

Der Trost, jetzt könne alles nur noch noch besser werden, ist schwach, aber es ist immerhin einer. Doch nur dann, wenn er zu der Erkenntnis führt, die Xaver Unsinn formulierte: „Jetzt muß es sich beweisen, ob wir wirklich eine Mannschaft sind."

MOTORSPORT / Klarer Formel-1-Sieg von Prost

Angst vor Feuer durch den Trick mit den Tanks

DW./sid. **Le Castellet**

Der 28 Jahre alte Franzose Alain Prost gewann in Le Castellet auf einem 600 PS starken Renault-Turbo mit deutlichem Vorsprung den Großen Preis von Frankreich, den dritten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft. Platz zwei reichte Ex-Weltmeister Nelson Piquet (Brasilien) auf Brabham-BMW, um mit 15 Punkten die Führung in der WM-Wertung vor Niki Lauda (Österreich) zu übernehmen. Lauda schied mit technischen Problemen an seinem McLaren vorzeitig aus. Dritter wurde Prosts amerikanischer Teamkollege Eddie Cheever. Beide Renaults hatten in der ersten Startreihe gestanden.

Der überlegene Erfolg des 28jährigen Prost, der bereits im Training *eine souveräne Bestzeit erzielt hat*te, war kaum gefährdet. Vom Start weg baute er seine Position aus und hatte im Ziel, bei seinem sechsten Grand-Prix-Sieg, über 30 Sekunden Vorsprung. Nur einmal gab er die Führung ab. Als er zum Nachtanken und Reifenwechsel an die Boxen fuhr, konnte Piquet kurzfristig die Spitze übernehmen.

Auch sonst wurde das Gesche*hen durch die zahlreichen Boxen*stopps bestimmt. Brabham-BMW, Ferrari, Renault und Williams holten ihre Fahrer an die Boxen und ahmten damit den Trick nach, den Brabham im letzten Jahr eingeführt hatte. Mit nur halbvollen Tanks und weicheren Reifen konnten deutlich geringere Rundenzeiten erzielt werden. Den Vogel in Le Castellet schoß dabei der Franzose Jacques Laffite auf Williams-Ford ab, der bereits nach 13,78 Sekunden das Rennen wieder aufnehmen konnte. Am längsten brauchte sein Team-Kollege Keke Rosberg aus Finnland. Der Wagen des Weltmeisters sprang nur schlecht an, so daß Rosberg über 26 Sekunden verlor.

Um bei eiligem Hantieren mit Benzin einer Feuerkatastrophe vorzubeugen, hatten die Veranstalter die Boxen hermetisch abgeriegelt. Nur Team-Mitglieder hatten Zugang. Um unnötiger Konfusion vorzubeugen, hatten die Teamchefs von Renault und Brabham zusätzlich die Zeitpunkte für die Boxenstops abgestimmt, ein bei der im Grand-Prix-Sport üblichen Rivalität einmaliger Vorgang.

Manfred Winkelhock (ATS-BMW) kämpfte zeitweilig um den achten Platz. Dann warfen ihn Reifenprobleme weit zurück.

Zuvor hatte sich folgendes zugetragen: Elf turboangetriebene Formel-1-Renner auf den ersten elf Startplätzen mit dem 28 Jahre alten Franzosen Alain Prost und dem Amerikaner Eddie Cheever im 1,5-Liter-Renault auf den beiden besten Positionen. Die Disqualifikation des italienischen Alfa-Romeo-Piloten Andrea de Cesaris wegen Verstoßes gegen die Sicherheitsbestimmungen. Ein glücklicher Manfred Winkelhock in einem ATS, der mit dem 1,5-Liter-BMW-Turbo im Heck zum ersten Mal vollauf zufrieden war.

Wie schon in den beiden letzten Jahren, als Renault mit Alain Prost in Dijon und mit René Arnoux auf dem Paul-Ricard-Kurs die Sieger im Großen Preis von Frankreich gestellt hatte, überragte auch beim diesjährigen Training wieder die französische Staatsfirma. Dabei erwies sich, daß die Konstrukteure von Renault den technischen Rückschlag durch die in diesem Jahre verbotenen sogenannten Schürzen fast vollständig aufgeholt haben: Der 28jährige Alain Prost am Steuer des 1,5-Liter-RE 40 umrundete den Kurs nur 2,2 Sekunden langsamer als sein Landsmann René Arnoux, der im Vorjahr den Trainingsrekord aufgestellt hatte.

Auf der Mistral-Geraden wurden dabei für den Franzosen Geschwindigkeiten um 330 Stundenkilometer gemessen. Eddie Cheever, für Arnoux in das Renault-Team gekommen, vervollständigte den Triumph der Franzosen mit der zweitbesten Trainingszeit. Diesen zweiten Startplatz in der ersten Reihe vergab durch skandalöse *Umstände der Italiener Andrea de* Cesaris am Steuer des Acht-Zylinder-Turbos von Alfa Romeo. Nach dem ersten Training am Freitag, das der wegen seiner schweren Unfälle „Mr. Crasharis" genannte Italiener als Schnellster beendet hatte, wurde bei einer Überprüfung festgestellt, daß die beiden mitgeführten Feuerlöscher leer waren. Dieser Versuch, ein Gewicht von *7,5 Kilogramm einzusparen*, führte zur sofortigen Disqualifikation von Andrea de Cesaris wegen schweren Verstoßes gegen die Sicherheitsbestimmungen in der Formel 1. Nicht auszudenken, wenn der Alfa Romeo in einen Unfall verwickelt worden wäre und das Auto Feuer gefangen hätte.

Dabei war das die Frage: Schaffte Andrea de Cesaris in Le Castellet endlich den Durchbruch? Schon im vorigen Jahr in Monte Carlo hätte er gewinnen können, wäre nicht in der letzten Runde das Benzin ausgegangen – genauso wie in Montreal, wo er den dritten Platz verlor.

Die Saison hatte für den jungen Mann aus Rom turbulent begonnen. Im September hatte er leichtfertig ein Angebot von Renault ausgeschlagen. Dann gab es einen Motorradunfall in Rom, bei dem er den linken Mittelfußknochen brach. Beim Grand Prix von Brasilien in Rio de Janeiro, dem Saisonauftakt, wurde Andrea de Cesaris disqualifiziert, weil er eine Gewichtskontrolle nicht beachtete. Nun wurde er zum Rennen in Le Castellet erst gar nicht zugelassen, weil er mit leeren Feuerlöschern starten wollte.

Kompromißlos müsse man sein, um in der Formel 1 zum Zuge zu kommen, meinte Andrea de Cesaris. Doch bisher bremste er sich auf diese Weise immer nur selbst aus.

FUSSBALL / Offener Brief – Italiens Pleite

Weisweiler: „Lieber Jupp"

In den scheinbar unversöhnlichen Konflikt mit Bundestrainer Jupp Derwall greift Hennes Weisweiler mit einem offenen Brief ein:

„In den letzten Tagen war es ja wieder ordentlich bunt, was da mit und in meinem Namen getrieben und geschrieben wurde in Deutschland. Der arme Jupp muß bald das Gefühl haben, ich würde da oben auf meinen Schweizer Bergen sitzen und ununterbrochen mit einer gewaltigen Kanone nach ihm schießen.

Also, um es einmal aus der Welt zu schaffen: Lieber Jupp, ich habe gar nichts gegen Dich. Und auch Deinen Job, den will ich nicht. Wenn ich etwas von Dir will, dann bloß das, was alle Deutschen von Dir wollen und vor allem jene, die im Ausland leben: Siege!

An Dir, Deiner Taktik und Deinen Aufstellungen habe ich nie herumgemeckert. Ich habe mal ein Wort fallenlassen, daß mir ein gewisser Führungsstil nicht besonders erfolgversprechend vorkomme. Das war's dann schon.

Drei Jahre bin ich jetzt weg von Deutschland. Aber wenn ich die deutschen Zeitungen lese, sieht es so aus, als wäre ich bloß ein paar Tage weggewesen. Hennes wird zu dem zitiert, Hennes wird zu anderem zitiert. Wenn von der National*elf die Rede ist, darf wohl ein Satz* von Hennes nicht fehlen. Ich meine, das ehrt mich auf eine gewisse Art, auf die andere Weise stimmt es mich nachdenklich.

Ich will nicht der Zeus der Nationalmannschaft sein, der da oben vom Olymp mit Blitz und Donner alles weltmeisterlich rein machen kann, wenn die Bälle nicht mehr ins gegnerische Tor hinein wollen. Und auf gar keinen Fall möchte ich, daß die deutsche Elf an einem Weisweiler-Syndrom zu leiden hätte. Sie leidet, so scheint es mir, schon genügend an Syndrömchen.

Wenn ich einen Rat geben soll, in Ordnung: Ich mache dies ohne Rentenansprüche beim DFB. Springt über all' die Schatten, die Ihr ständig hinter Euch herschleppt, über meinen Schatten, über den Schatten Spaniens und auch über den Schatten der guten Zeiten mit Beckenbauer, Müller und Netzer.

Macht es wie die Reiter in einem schweren Parcours: Nehmt das Herz in beide Hände und werft es voraus zusammen mit dem, was Ihr an Spielern und Trainern besitzt."

Weltmeister im Abseits

sid/dpa, **Bukarest/Mailand**

„Neun Monate nach dem WM-Triumph wurde der Weltmeister aus Europa verjagt." Mit dieser Schlagzeile berichtete die angesehene Sportzeitung „Gazetta dello Sport" vom jüngsten Tiefschlag für Italiens Fußball-Nationalmannschaft. Mit 0:1 (0:1) verloren die Schützlinge von Trainer Enzo Bearzot ihr vorentscheidendes Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft gegen Rumänien in Bukarest. Bei nunmehr 3:5 Punkten besitzen die noch sieglosen Italiener nur noch minimale Aussichten, in der Gruppe „5" die mit 7:1 Punkten führenden Rumänen noch einzuholen. Die EM-Endrunde 1984 in Frankreich dürfte ohne die „Squadra Azzura" stattfinden.

Allerdings hielt sich die italienische Presse in ihrer Kritik an der Mannschaft diesmal zurück. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand statt dessen die überharte rumänische Gangart. „Tuttosport" sprach von einer „skandalösen Eliminierung der WM-Helden". Spielmacher Giancarlo Antognoni (AC Florenz) und „Heimkehrer" Roberto Bettega (Juventus Turin) mußten verletzt ausscheiden. Der Einsatz des grauhaarigen Juve-Stürmers am Mittwoch im Europacup-Rückspiel bei Widzew Lodz ist ernsthaft gefährdet. Der französische Schiedsrichter Michel Vautrot, der die Zügel allzu sehr schleifen ließ, gab zu: „Noch nie habe ich ein so hartes Spiel gepfiffen."

Auch Torhüter Dino Zoff (41) hatte sich sein 111. Länderspiel wohl anders vorgestellt. Am einzigen Tor durch Bolonyi (25.) war „Dino Nazionale" machtlos. Zoff: „Wir sind beim Europa-Examen durchgefallen und so gut wie ausgeschieden." Dieselbe Meinung vertritt der greise Staatspräsident Sandro Pertini. Gegenüber dem „Corriere della Sera" äußerte er sich besorgt: „Ich fürchte, wir sind 1984 in Frankreich nicht dabei."

Die CSSR hingegen wahrte mit einem 6:0 (3:0) über Zypern die *Chance auf den Sieg in der Gruppe* fünf. Drei Wochen nach dem blamablen 1:1 in Nikosia wollten nur 7000 Zuschauer in Prag ihre Nationalmannschaft sehen, die erneut einige Probleme mit den Zyprioten hatte. So hatte Zypern zum Beispiel drei Ecken mehr als die Gastgeber.

KUNSTTURNEN / Zufriedenheit trotz Niederlage

Ursula Hinz ist nicht mehr die Riegen-Chefin

dpa/sid, **Günzburg**

Mit 379,35 zu 388,15 Punkten verloren die deutschen Kunstturnerinnen in Günzburg den Länderkampf gegen Rumäniens Weltklasse-Riege, in der die Junioren-Europameisterin Ecaterina Szabo mit der Traumnote zehn für die Bodenkür herausragte.

Dennoch war Cheftrainer Vladimir Prorok zufrieden. „Ich hatte mit einer höheren Niederlage gerechnet", sagte er. Vier Europameisterschafts-Kandidatinnen für die in drei Wochen in Göteborg stattfindenden Titelkämpfe benannte Prorok nach dem Länderkampf: Anja Wilhelm (Wolfsburg), Brigitta Lehmann (Berlin), Astrid Beckers (Wattenscheid) und die Deutsche Meisterin Yvonne Haug (Berlin). Eine dieser vier Turnerinnen wird nach den Vorbereitungslehrgängen ausscheiden müssen.

Gegen Rumänien war Anja Wilhelm mit 77,00 Punkten als Vierte beste deutsche Einzelturnerin. Brigitta Lehmann wurde Achte (76,00) vor Astrid Beckers (75,95). Prorok: „Wir haben von Anja Wilhelm und Brigitta Lehmann neue Übungen mit Weltklasseteilen gesehen."

Yvonne Haug, die wegen ihres Verzichts auf den Abschlußlehrgang von Prorok nicht für den Länderkampf berücksichtigt wurde, braucht keine weiteren Konsequenzen zu befürchten. Bundessportwart Zacharias: „Wir wollten damit allen Turnerinnen und ihren Heimtrainern zeigen, daß sie nicht machen können, was sie wollen."

Dabei soll sich wohl ihr Berliner Trainer Jupp Hinz angesprochen fühlen, der Brigitta Lehmann wegen „absoluter Passivität" vom Berliner Leistungszentrum ausschloß. Brigitta Lehmann trainiert jetzt in Hannover bei Bundestrainer Eric Singer.

Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz, Ehefrau des Berliner Trainers Jupp Hinz, wurde bei der Nominierung der EM-Riege gar nicht nach ihrer Meinung gefragt. Sie befindet sich in Kur, und an ihrer Stelle soll Trainerrats-Vorsitzender Erich Biendl in Göteborg die deutsche Delegation leiten. Zacharias: „Dann ist in unserer Mannschaft wenigstens Ruhe."

Einen guten siebten Platz (38,35 Punkte) in der Vierkampfwertung belegte die Deutsche Meisterin Regina Weber (Wattenscheid) beim ersten Weltcup in der Rhythmischen Sportgymnastik in Belgrad. Siegerin wurde die Bulgarin Lilia Ignatova mit 39,55 Punkten vor der Sowjetrussin Delia Kutkaite (39,25) und Weltmeisterin Anelia Ralenkova aus Bulgarien (39,25), die gemeinsam den zweiten Platz belegten. Erst nach einem Protest wurde die Wertung der Bulgarin angehoben.





Rumäniens Kinder-Mannschaft

Einem Kindergarten gleicht die rumänische Turn-Riege. Doch außer Konkurrenz turnte gegen Deutschland auch die bereits 21jährige *Theodora Ungeuranu* mit. Wäre die ehemalige Mannschaftskameradin von Nadia Comaneci gewertet worden, hätte sie Platz vier belegt. FOTO: FMS

GOLF

Langer tat sich schwer

G. BOLZE, **Port El Kantaoui**

Im neuen Urlaubs-Zentrum Port El Kantaoui an der Mittelmeerküste begann mit der Offenen Meisterschaft von Tunesien die europäische Golf-Tour. Nach 29 Turnieren endet sie Anfang November in Portugal. Von der neuen Rekordsumme der Gesamt-Preisgelder von über 2,75 Millionen Pfund Sterling (rund zehn Millionen Mark) versuchen auch vier Deutsche unter 300 zugelassenen Berufsgolfern etwas zu gewinnen.

Wie schwer das ist, erfuhren die beiden deutschen Neulinge, der 19jährige Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) und der 25jährige Thorsten Giedeon (St. Dionys). Ihre Zulassung erhielten beide automatisch, weil sie die deutschen Farben im Dezember beim World-Cup in Acapulco vertraten. Erspielen konnten sie sich diese wichtige Lizenz in drei Versuchen nicht, als *zum Saisonende an der portugiesi*schen Algarve oder neuerdings im spanischen La Mana bei einem 72-Löcher-Kampf auf zwei Plätzen für über 300 Bewerber aus 14 Nationen 72 solcher Zulassungen vergeben wurden.

Nach den 36 Löchern an den beiden ersten Tagen spielten nur noch die besten 65 sowie Spieler mit dem gleichen Ergebnis weiter. Erst diese verdienen Geld: Auf der europäischen Tour mindestens 36 500 Mark und bei der „British Open" höchstens 145 000 und 1450 Mark.

Nur um einen Schlag verpaßte Thül mit 75+76=151 („Das war ein unnötiger Aus-Ball zum Beginn der zweiten Runde"), an 74. bis 83. Stelle, sowie Giedeon mit enttäuschenden 78+79=157, an 124. bis 128. Stelle liegend, die Entscheidung in Tunesien. Sie flogen mit anderen Ausgeschiedenen nach Madrid weiter,

Bernhard Langer (77+73), der Gewinner der Offenen Deutschen Meisterschaften, und Carlo Knauß aus München (79+77) schafften gerade noch das Weiterspielen. Langer gehört schon zu den privilegierten Profis. Damit ist er von allen Vorausqualifikationen befreit. Der 25jährige hat sich in seinen bisher sieben Turnierjahren über eine Million Mark an Preisgeldern erspielt. Für den 22jährigen Carlo Knauß, 1981 die Nummer 135 und 1982 nur 148 der Europa-Rangliste, gab es erst runde 6000 Mark bei der Tour zu gewinnen.

HOCKEY-WM

Doch noch im Halbfinale

sid, **Kuala Lampur**

In einem Zitterspiel, aber letztlich doch aus eigener Kraft, schaffte die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Frauen bei der Weltmeisterschaft in Kuala Lumpur (Malaysia) den Einzug ins Halbfinale. Im letzten Gruppenspiel benötigten die Spielerinnen von Bundestrainer Wolfgang Strödter gegen die bis dahin führenden Engländerinnen einen Sieg mit mindestens zwei Toren Vorsprung, um ins Halbfinale zu kommen. Mit 4:2 erfüllte die deutsche Mannschaft schließlich das geforderte Soll und trifft nun am Mittwoch auf Holland. Die zweite Begegnung um den Einzug ins Endspiel bestreiten Australien und Kanada.

Bundestrainer Strödter zeigte sich nach dem Schlußpfiff im Tun-Razak-Stadion mit der Leistung seiner Spielerinnen hochzufrieden: „Die Mädchen haben heute all das gezeigt, was sie vorher scheinbar vergessen hatten." Damit spielte Strödter vor allem auf die beiden Niederlagen gegen Argentinien (0:1) und Kanada (1:2) an, die beinahe zu einem vorzeitigen Ausscheiden geführt hätten.

Im 19. Zusammentreffen mit den Engländerinnen, die das Testspiel am 12. März im Wembley-Stadion noch mit 3:2 gewonnen hatten, fiel gleich nach dem Seitenwechsel die Vorentscheidung. Aus der 2:1-Pausenführung – nach Toren von Patricia Ott und Gaby Appel sowie einem Gegentreffer von Jane Swinnerton – machte die deutsche Mannschaft innerhalb von drei Minuten einen 4:1-Vorsprung. Patri*cia Ott mit ihrem zweiten* Tor und Marita Koch mit einer verwandelten Strafecke waren die Torschützen. Acht Minuten vor dem Ende begann dann für die deutschen Spielerinnen noch einmal das Zittern, als die Engländerinnen durch einen verwandelten Siebenmeter von Kim Gordon auf 2:4 herankamen.

Die deutsche Abwehr rettete das Wunschergebnis jedoch mit ihren beiden Routiniers Susi Schmid und Elke Drüll (beide 50 Länderspiele) über die Zeit. Nach dem Abpfiff resümierte die Damenwartin des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), Ulrike Diehl-Huth, denn auch: „Ein solches Zitterspiel möchte ich nicht noch al erleben."

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

ZWEITE LIGA

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Essen	0:2	(0:0)
Osnabrück – Fürth	2:1	(1:0)
Offenbach – Kassel	2:0	(0:0)
Mannheim – Wattenscheid	4:0	(1:0)
Augsburg – Stuttgart	0:2	(0:1)
Solingen – Darmstadt	3:2	(1:2)
Neuhaus – Hannover	1:1	(1:0)
Frankfurt – Köln	2:0	(0:0)
Lüttringhausen – Aachen	3:0	(1:0)
Uerdingen – Freiburg	3:0	(2:0)

DIE TABELLE

1. Mannheim	32	19	9	4	74:28	47:17
2. Offenbach	32	20	6	6	69:33	46:18
3. Kassel	32	17	5	10	62:47	39:25
4. Uerdingen	30	15	8	7	50:39	38:22
5. Köln	31	13	10	8	65:45	36:26
6. Freiburg	30	12	11	7	42:36	35:25
7. Stuttgart	31	14	7	10	63:43	35:27
8. Darmstadt	32	13	9	10	57:50	35:29
9. Aachen	30	12	8	10	41:41	32:28
10. Osnabrück	31	14	3	14	56:53	31:31
11. Duisburg	32	12	6	14	45:48	30:34
12. Hannover	32	10	9	13	60:60	29:35
13. Essen	31	10	8	13	46:48	28:34
14. Fürth	32	9	10	13	49:63	28:36
15. Lüttringh.	30	10	7	13	42:61	27:33
16. Solingen	31	8	9	14	43:60	25:37
17. Wattensch.	32	10	5	17	45:61	25:39
18. Augsburg	30	8	7	15	24:43	23:37
19. Frankfurt	31	6	7	18	39:73	19:43
20. Neuhaus	32	5	6	21	37:77	16:48

DIE VORSCHAU

Freitag, 22. April, Nachholspiele: Freiburg – Essen, Solingen – Uerdingen, Osnabrück – Stuttgart, Aachen – Augsburg. – **Freitag, 29. April:** Darmstadt – Schloß Neuhaus, Aachen – Uerdingen, Hannover – Offenbach. – **Samstag, 30. April:** Essen – Osnabrück, Fürth – Mannheim, Kassel – Frankfurt, Stuttgart – Lüttringhausen, Köln – Augsburg. – **Sonntag, 1. Mai:** Wattenscheid – Solingen, Freiburg – Duisburg.

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 21. Spieltag: Rostock – Aue 0:0, Zwickau – Union Berlin 3:1, Jena – Leipzig 2:1, Frankfurt – Dresden 5:1, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Erfurt 2:1, Böhlen – Magdeburg 1:6, Dynamo Berlin – Halle 4:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 51:16/37:5, 2. Jena 37:24/29:13, 3. Frankfurt 41:21/28:14, 4. Leipzig 34:19/28:16.

Englische Meisterschaft: Norwich – Sunderland 2:0, Coventry – Birmingham 0:1, Manchester City – West Ham 2:0, Notts – Luton 1:1, Southampton – Liverpool 3:2, Swansea – Stoke 1:1, Tottenham – Ipswich 3:1, Watford – Nottingham 1:3. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 81 Punkte, 2. Watford 64, 3. Manchester United 60, 4. Aston 58. – Pokal-Halbfinale: Manchester United – Arsenal 2:1, Brighton – Sheffield 2:1.

EM-Qualifikationsspiele, Gruppe 5: Rumänien – Italien 1:0 (1:0), CSSR – Zypern 6:0 (3:0).

Damen-Länderpokal, Halbfinale: Mittelrhein – Bayern 1:2 (0:1), Hessen – Berlin 2:0 (1:0).

EISHOCKEY

Weltmeisterschaften, in Dortmund: UdSSR – „DDR" 3:0, Deutschland – Schweden 1:5; in Düsseldorf: Finnland – CSSR 2:4, Kanada – Italien 6:0.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 21. Spieltag: Schwabing – Günzburg 30:22, Dankersen – Hofweier 17:19, Reinickendorf – Gummersbach 16:17, Großwallstadt – Nettelstedt 26:16. – **Bundesliga, Damen,** 16. Spieltag: Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Berlin 13:15, Greven – Leverkusen 9:32, Kiel – Oldenburg 16:23. – Gruppe Süd: Sindelfingen – Frankfurt 13:19.

GOLF

Offene Meisterschaft von Tunesien in Port El Kantaoui, Stand nach der dritten Runde (Standard 74/Par 72): 1.–2. Sieckmann (USA) 68+70+74=212, James (England) 74+69+69=212; 3. Smyth (Irland) 72+68+74=214; 4.–6. Mosey (England) 68+71+76, Brand jr. (Schottland) 75+68+72 und Brand Sen. (England) 76+70+69 alle 215; 13.–19. Langer 77+73+69=219; ... 71. Knauß (beide Deutschland) 72+78+81=231 von 142 Teilnehmern aus 22 Nationen.

KUNSTTURNEN

Länderkampf Deutschland – Rumänien in Günzburg: 379,35:388,15 Punkte. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Szabo 78,90, 2. Agache 77,70, 3. Stanulct 77,55, 4. Wilhelm 77,00, ... 8. Lehmann 76,00, 9. Beckers 75,95, 10. Schwarm 75,35, 11. Eiselbrecher 73,75, 12. Meier 72,65.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Endrunde in Berlin, Halbfinale, Herren: Passau – Paderborn 2:3, Gießen – Hamburg 0:3. – Damen: Feuerbach – Rüsselsheim 3:2, Lohhof – Oythe 3:2.

TENNIS

Damenturnier in Amelia Island (250 000 Dollar), Halbfinale: Lloyd-Evert (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:2, 6:4, Bassett (Kanada) – Rinaldi (USA) 6:2, 6:2. – WCT-Turnier in Hilton Head Island (250 000 Dollar), Halbfinale: Lendl (CSSR) – Teacher (USA) 6:3, 6:3, 6:1, Vilas (Argentinien) – Smid (CSSR) 7:6, 6:3, 6:4. – Grand-Prix-Turnier in Aix-en-Provence (75 000 Dollar), Viertelfinale: Casal (Spanien) – Courteau (Frankreich) 5:7, 6:3, 10:8, Leconte (Frankreich) – Velasco (Kolumbien) 6:3, 6:2, Willander (Schweden) – Pecci (Paraguay) 6:3, 6:2, Nystroem (Schweden) – Ganzabal (Spanien) 6:2, 6:0. – Turnier in Los Angeles (225 000 Dollar), Halbfinale: Kriek (Südafrika) – Connors (USA) 2:6, 6:4, 6:4, G. Mayer – Gottfried (beide USA) 6:1, 6:3.

RADSPORT

Niedersachsen-Rundfahrt, 8. Etappe von Bad Lauterberg nach Goslar (147,5 km): 1. Wechselberger (Österreich) 3:39:19 Std., 2. Martin (Luxemburg) 18 Sek. zur., 3. Muzyka (Polen) 1:00 Min. zur. – Gesamteinzelwertung nach der Schlußetappe: 1. Liepinsch (UdSSR) 27:16:14 Std., 2. Raab 20 Sek. zur., 3. Radtke (beide „DDR") 1:14 Min. zur., ... 11. Marx (Deutschland) 8:01. – Gesamtmannschaftswertung: 1. „DDR" 82:20:34 Std. 2. UdSSR 82:24:38, 3. Holland 82:33:22.

FECHTEN

Sieben-Nationen-Turnier der Degenfechter in Tauberbischofsheim: Endstand: 1. Deutschland A 6 Mannschaftssiege/1 Niederlage/61 Einzelsiege, 2. UdSSR 6/1/59, 3. Polen 5/2/50, 4. Italien 4/3/54, 5. Frankreich 3/4/51, 6. Rumänien 2/5/32, 7. Ungarn 1/6/38, 8. Deutschland B 1/6/27.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Tarmina (L. Mäder), 2. Empress Mathilda, 3. Allrak, Toto: 19, Pl. 13, 38, 26, ZW: 320, DW: 1448; 2. R.: 1. Basurko (R. Malinowski), 2. Bellator, 3. Playboy, Toto: 56, Pl. 20, 16, 22, ZW: 84:, DW 892, 3. R.: 1. Elsässerin (D. Wildman), 2. Altkanzler, 3. Sultana, Toto: 240, Pl. 38, 16, 12, ZW: 1368, DW: 3884; 4. R.: 1. Snatina (R. Suerland), 2. Wondrous Pearl, 3. Casadai, Toto: 272, Pl. 42, 15, 38, ZW: 1240, DW: 27 660; 5. R.: 1. Ado Khan (P. Faulstich), 2. Mantelano, 3. Paraklet, Toto: 156, Pl. 38, 21, 26, ZW: 1508, DW: 10 088; 6. R.: 1. Zapfenstreich (A. Tylicki), 2. Speedy, 3. Abu Simbel, Toto: 120, Pl. 56, 62, 42, ZW: 1868, DW: 23 992; 7. R.: 1. Sinfonietta (L. Mäder), 2. Tomahawk, 3. Narhalla, Toto: 34, Pl. 16, 22, 18, ZW: 212, DW: 948; 8. R.: 1. Rivalina (J. Orihuel), 2. Kiss me quick, 3. Thronjuwel, Toto: 76, Pl. 20, 28, 22, ZW: 816, DW: 9836; 9. R.: 1. Ciel d'Amour (A. Renk), 2. Pätzer, 3. Cashew, Toto: 32, Pl. 18, 42, 34, ZW: 380, DW: 1780.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 10, 12, 15, 32, 44, Zusatzzahl 4. – Spiel 77: 1 9 4 0 4 6 6. (Ohne Gewähr).

SCHACH / Viktor Kortschnoi hat wieder das Halbfinale erreicht

Robert Hübner von Remis zu Remis, muß jetzt um den Sieg gelost werden?

LUDEK PACHMAN, Bonn

Muß das Los darüber entscheiden, ob Robert Hübner oder Wassili Smyslow das Halbfinale im Schach-Kandidatenturnier erreicht? Auch die zweite Verlängerungs-Partie endete remis. Der deutsche Großmeister hatte keine Gewinnchance, obwohl er nach der Eröffnung mit seinem Läuferpaar einen minimalen Positionsvorteil besaß.

Entschieden ist dagegen, daß Viktor Kortschnoi im Halbfinale gegen den jungen sowjetischen Star Garri Kasparow (20) antritt. Kortschnoi gewann die neunte Partie in Bad Kissingen gegen den Ungarn Lajos Portisch und beendete den Wettkampf mit einem 6:3-Endergebnis. Kortschnoi konnte es sich sogar leisten, seinen Abgabezug bei Abbruch der Partie öffentlich und nicht, wie üblich, in einem verschlossenen Briefumschlag abzugeben.

Die Notation der 12. Partie (englisch), Hübner weiß:

1.c4 Sf6, 2.Sc3 e5, 3.Sf3 Sc6, 4.g3 Lb4,

Zum erstenmal im Wettkampf verwendet Smyslow diese in den letzten Jahren sehr populäre Spielweise. Nach 5.Sd5 ist die Erwiderung e4! am besten.

5.Lg2 0-0, 6.0-0 e4, 7.Se1 ...

Schärfer, aber nicht stärker ist 7.Sg5!? Lxc3, 8.bxc3 Te8 und jetzt entweder 9.f3 ... oder 9.d3 ...

7. ... Lxc3, 8.dxc3 ...

Weniger verspricht 8.bxc3 Te8, 9.Sc2 d6, 10.Se3 Se5, 11.d3 exd3, 12.exd3 c6 usw.

8. ... h6!

Nur so erhält Schwarz ein annehmbares Spiel. Falls statt dessen 8. ... Te8?, so folgt 9.Lg5! h6, 10.Lxf6 Dxf6, 11.Sc2 d6, 12.Se3 Te5, 13.Db3 Tb8, 14.Tad 1 und Weiß beherrscht das strategisch wichtige Feld d5.

9.Sc2 Te8, 10.Se3 b6, 11.Dc2 Lb7, 12.f4 exf3 e. p., 13.exf3 Se7, 14.b3 d6, 15.Lb2 Dd7, 16.Tad1 Tad8, 17.Df2 Sf5! 18.Sc2!

Der Abtausch auf f5 führt zum vollen Ausgleich, und nach 18.Lh3 Txe3, 19.Lxf5 De7, 20.Tfe1 Te8, stünde Schwarz sogar besser.

18. ... Dc8!, 19.Lh3 Lc6, 20.Lc1 Ld7, 21.Lg2 Se7, 22.Tfe1 Sg6, 23.Se3 Te7, 24.Sd5 Sxd5, 25.cxd5 Tde8, 26.f4 Lg4, 27.Txe7 Txe7, 28.Te1 Df5, 29.Le3 Kf8, 30.c4 h5, 31.Df1 De2, 32.Df2 Dc3.

Da überschätzt Smyslow seine Position. – Die Zugwiederholung 32. ... Df5 wäre logisch, da Weiß nun im Endspiel mit seinem Läuferpaar selbst noch Gewinnversuche unternehmen kann!

33.Dd2! Dxd2, 34.Lxd2 Txe1+, 35.Lxe1 Lf5, 36.Lf1! ...

Es drohte 36. ... Lb1, 37.a3 La2 mit Bauerngewinn.

36. ... Lb1, 37. a3 Se7, 38.Lc3 a5, 39.Kf2 Lc2, 40.b4 axb4, 41.Lxb4 ...

Nach 41. axb4 könnte Schwarz mit b5!, 42.cxb 5, Sxd5, oder 42.Ke3 Sf5+, 43.Kd2 Lb3 sogar einen Vorteil erringen.

41. ... Sf5, 42.Lc3 Ke7, 43.Ke2 f6, 44.Kd2 La4, 45.Le2 Le8, 46.Ld1 Sh6, 47.Ld4 Sg4, 48.h3 Sh6, 49.Kc3 Ld7, 50.h4 Sf5, 51.Lf2 Le8, 52.Kb4 Kd8, 53.a4 Se7, 54.Lf3 Kc8, 55.a5 bxa5+, 56.Kxa5 Kb7, 57.Kb4 Kc8, 58.Kc3 c6, 59.dxc6 Sxc6, 60.Le4 Se7, 61.Le1 remis.

Die letzte Partie des Kampfes Kortschnoi (weiß) – Portisch:

1.Sf3 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 b6, 4.g3 Lb7, 5.Lg2 c5, 6.0-0 Le7, 7.b3 d6, 8.Lb2 0-0, 9.e3 a6, 10.d4 cxd4, 11.Sxd4 Lxg2, 12.Kxg2 Ta7, 13.Df3 Dc7, 14.Tfd1 Tc8, 15.Tac1 Lf8, 16.Se4 Sxe4, 17.Dxe4 Sbd7, 18.Kg1 Db8, 19.Sf3 h6, 20.Sd4 Tac7, 21.Dd3 Db7, 22.De2 De4, 23.f3 Dg6, 24.e4 h5, 25.Kh1 Dh6, 26.Sc2 h4, 27.gxh4 se5, 28.Se3 Dxh4, 29.Tg1 Dh5, 30.Tg3 b5, 31.Tcg1 bxc4, 32.Dg2 Sg6, 33.bxc4 Tb7, 34.f4 Tcb8, 35.Lc1 Tb1, 36.f5 Txc1, 37.Txc1 Sf4, 38.Df1 e5, 39.Sd5 Sxd5, 40.cxd5 Tb2, 41.Tg2 Tb4, 42.De2 Dh4, 43.Tg4 Dh6, 44.Tcg1 Td4, 45.Dg2 Td3, 46.Tg5 Th3, 47.Df2 (offener Abgabezug) Df6, 48.De2 Dh6, 49.T5g2 Th4, 50.Dxa6 De3, 51.de2 Dxe4, 52.Dxe4 Txe4, 53.Tg4 Te2, 54.a4 Ta2, 55.f6 g6, 56.Th4 Tf2, 57.a5 – aufgegeben.

GALOPP / Frühjahrs-Stutenpreis an Santina

Traurige Bilanz für den Stall von Sven von Mitzlaff

HARALD SIEMEN, Köln

Am Samstag wurde auf der Galopprennbahn in Köln mit dem Frühjahrs-Stutenpreis (20 000 Mark, 1600 m) das letzte Vorbereitungsrennen für das in vier Wochen stattfindende Schwarzgold-Rennen, der ersten klassischen Prüfung der Saison, gelaufen. Zu den Favoriten zählten mit Kaiserjagd und Cacadei auch zwei Stuten aus dem Nobelrennstall des Kölner Trainers Sven von Mitzlaff. Während sich Cacadei als Dritte noch achtbar schlug, endete die höher eingeschätzte Kaiserjagd, die auch die Wahl von Stalljockey Peter Alafi war, abgeschlagen auf dem letzten Platz.

Nichts beleuchtet die derzeitige Situation am Mitzlaff-Stall besser als dieses Ergebnis: Die Pferde sind nicht in Form. Ganze zwei Rennen gewann der erfolgsverwöhnte Coach, in dessen Stall auch der überragende Orofino steht, in diesem Jahr. Eine traurige Bilanz. Von Mitzlaff: „Viele Pferde haben eine Erkältung, aber Gott sei Dank kein Fieber. Das Wetter in den letzten Wochen war einfach zu naß." Inwieweit der Crack Orofino auch schon von der Stall-Baisse angesteckt ist, weiß man nicht. Gerüchte über schlechte Arbeitsleistungen kursieren aber schon über der Kölner Rennbahn. Orofino soll am 8. Mai beim Kölner Gerling-Preis das erste Mal laufen.

Siegerin im Frühjahrs-Stutenpreis war mit dreiviertel Längen Vorsprung die dreijährige Stute Santina unter Jockey Ralf Suerland. Santina gewann das Rennen als große Außenseiterin, am Totalisator betrug ihre Siegquote 272:10. Offenbar traute niemand der 25 000 Zuschauer (die größtenteils wegen eines gleichzeitig auf der Bahn stattfindenden Volksfestes gekommen waren) dem kleinen Krefelder Stall von Wolfgang Hallmann, der Santina trainiert, einen solchen Erfolg zu. Santina gehört der Krefelderin Gabriele Christ. Es ist ihr erstes Rennpferd überhaupt. „Mein Mann war aber schon mal zu einem Sechstel an dem Hengst Don Cody beteiligt. Da sind wir auf den Geschmack gekommen", erzählt sie. Im Sommer 1981 fuhr das Ehepaar dann in das Gestüt Rosenau in Bad Sassendorf/Westfalen, um sich einige Pferde anzusehen. „Kaufen wollten wir eigentlich nicht, wir hatten gar kein Geld." Als man das Gestüt verließ, hatte man aber doch für 16 000 Mark Santina gekauft.

Den zweiten Platz belegte Gestüt Röttgens Stute Wondreous Pearl, die als klare 24:10-Favoritin ins Rennen gegangen war. Mit Wondreous Pearl, dem Lieblingspferd von Gestütsherrin Maria Mehl-Mülhens, hat man große Pläne. Die hervorragend aussehende Stute soll möglicherweise im Derby laufen. Trainer Theo Grieper war trotz der Niederlage nicht enttäuscht: „Die Stute hatte wohl noch nicht genug Kondition. Sie läuft jetzt wie vorgesehen in fünf Wochen im Henckel-Rennen oder im Nereide-Rennen."

FECHTEN

Pusch: In Spitzenform

sid/dpa, Tauberbischofsheim

Acht Tage nach dem Sieg im Europa-Cup der Degenfechter in Heidenheim holte sich die Mannschaft von Bundestrainer Emil Beck in Tauberbischofsheim auch den Sieg im Sieben-Nationen-Turnier. Im neunten Aufeinandertreffen der besten Degenmannschaften der Welt gewannen Alexander Pusch, Elmar Borrmann, Volker Fischer, Rafael Nickel und Gerhard Heer zum sechsten Mal. Den zweiten Platz belegte die Mannschaft der UdSSR vor Polen und Italien. Der amtierende Weltmeister Frankreich kam ohne Ex-Weltmeister Philippe Riboud nur auf den fünften Platz. Die Franzosen brachten allerdings der UdSSR die einzige Niederlage bei.

Während die deutsche Mannschaft die Franzosen mit 9:4 besiegte, bezogen Ex-Weltmeister Alexander Pusch, der Weltranglisten-Erste Elmar Borrmann, Fischer und Nickel (alle Tauberbischofsheim) beim 8:8 gegen die UdSSR aufgrund des Trefferverhältnisses von 58:61 die einzige Turnier-Niederlage. Gegen Deutschland B (9:1), Italien (9:5), Polen (9:1), Rumänien (9:0) und Ungarn (8:4) gewann die deutsche A-Mannschaft jeweils sicher.

Bester Einzelfechter war Ex-Weltmeister und Olympiasieger Alexander Pusch mit 23 Siegen bei zwei Niederlagen. Der Italiener Angelo Mazzoni verbuchte 23 Siege bei vier Niederlagen. Schon beim Europa-Cup vor acht Tagen in Heidenheim stellte sich Pusch in bestechender Form vor. Selten hat man den früheren Weltmeister derart locker und dennoch konzentriert fechten gesehen, wie in letzter Zeit.

Die deutsche B-Vertretung mit den Heidenheimern Stefan Hörger und Hans-Jürgen Hauch, dem Krefelder Norbert Austen sowie den Tauberbischofsheimern Franz Hoch und Thomas Gerull belegte mit einem Sieg und sechs Niederlagen den achten und letzten Rang. Der einzige Sieg gelang ausgerechnet in den Gefechten gegen Weltmeister Frankreich.

LEICHTATHLETIK

Grete Waitz: Großer Rekord

sid/DW. London

Grete Waitz aus Norwegen stellte beim dritten London-Marathon mit der Siegerzeit von 2:29:28 Stunden für die 42,195 Kilometer lange Strecke eine neue Weltbestzeit auf. Sie war um genau eine Sekunde schneller als die Neuseeländerin Alison Roe beim New York-Marathon im Oktober 1981.

Bei den Männern gewann der Engländer Mike Gratton in ebenfalls ausgezeichneten 2:09:43 Stunden mit 36 Sekunden Vorsprung vor seinem Landsmann Gerry Helme und dem Dänen Henrik Jorgensen. Insgesamt nahmen bei strömendem Regen 18 000 Läufer an dem Rennen teil.

Unter den Teilnehmern befanden sich auch die Ex-Europameister im Berufsboxen, John Conteh und Alan Minter, sowie der Popstar Keith Emerson von der Gruppe „Emerson, Lake und Palmer" sowie zwei Blinde und ein 24jähriger, der sich vor drei Jahren einer Nierentransplantation unterziehen mußte.

Bei den deutschen Marathonmeisterschaften in Dülmen gewann Ralf Salzmann (LG Frankfurt) zum vierten Mal den Titel in ununterbrochener Reihenfolge. In 2:15:17 Stunden setzte sich der 28jährige Frankfurter vor Gerhard Kripper (Quelle Fürth) und Franz Hornberger (PSV Weilheim) durch. Salzmann: „Mir kam es vornehmlich heute auf den Sieg und nicht so sehr auf die Zeit an, weil ich durch die 2:12 Stunden, die ich im Februar in Tokio gelaufen bin, die Weltmeisterschafts-Teilnahme in Helsinki schon sicher habe."

Bei den Frauen gab es einen Start-Ziel-Sieg für die Titelverteidigerin Monika Lövernich (LG Bonn-Troisdorf) in 2:43:03 Stunden vor der erst 18jährigen Birgit Lennertz (SV St. Augustin), die sich um zwei Minuten auf 2:45:14 Stunden verbesserte.

Die Mannschaftswertung gewann bei den Herren die LAC Quelle Fürth, bei den Damen stellte die LAV Dortmund mit 8:28:36 Stunden einen neuen deutschen Rekord auf.

Ein „Sternchen“ kämpft um einen großen Namen

F. DIEDERICHS, Berlin

In einem verräucherten Musiklokal auf der Hamburger Reeperbahn spielte im Sommer des Jahres 1961 eine damals noch unbekannte englische Band auf, die den klangvollen Namen „Silver Beatles“ trug. Der Silberglanz der „Sechziger“ ist heute längst zu einem Goldregen geworden für die Gruppe, die später als die Pilzköpfe aus Liverpool zur erfolgreichsten Musiktruppe aller Zeiten avancierte.

Ist McCartney der Vater?

Doch just der Reeperbahn-Auftritt hat in jüngster Zeit dem Glorienschein eines „Beatle“ Kratzer zugefügt: Paul McCartney (40) soll heute, 22 Jahre nach seinem Elbe-Auftritt, ein Zehntel seines auf eine halbe Milliarde Mark geschätzten Vermögens nach Berlin überweisen. Das jedenfalls fordert die Berliner Hausfrau Erika Hübers (39), derzeit arbeitslos, für ihre 20jährige Tochter Bettina. Die angehende Kindererzieherin kam genau neun Monate später zur Welt, nachdem Mutter Erika auf der Reeperbahn den Pilzkopf kennengelernt hatte.

Eine Richterin des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg soll nun bis Monatsende entscheiden, was ein halbes Dutzend Anwaltskanzleien zwischen New York, London, Hamburg und Berlin bisher nicht klären konnten: Ist McCartney, was dieser stets bestritten hat, der Vater? Hand in Hand mit dieser Frage geht es natürlich auch um die Höhe der Abfindung – Mutter und Tochter würden gerne aus der Sozialwohnung in eine Villa im Nobel-Viertel Grunewald ziehen. Ein Zehntel des McCartney-Vermögens wäre ihnen dazu gerade recht, wie die beiden immer versichern.

Vor fünfzehn Jahren hatte es die letzte Finanzspritze gegeben, als der Engländer, um öffentliche Diskussionen zu vermeiden, 30 000 Mark als Unterhalt für seine angebliche Tochter überwies – ohne jedoch mit dieser Zahlung die Vaterschaft anzuerkennen. Endgültige Aufklärung sollte jetzt eine Blutprobe bringen: Der Ex-Beatle hatte sich in London zum klärenden Aderlaß bereitgefunden, das Ergebnis lag in der vergangenen Woche der Amtsrichterin in Berlin vor.

Fazit der Testreihe: Das Gutachten spreche, so das Gericht, „überwiegend gegen die Vaterschaft“, schließe sie jedoch nicht völlig aus. Die Anwälte von Erika Hübers verlangen nun eine Untersuchung des britischen Musikers von einem Berliner Gerichtsmediziner und begründen es so: „Es ist nicht erwiesen, daß in London wirklich das Blut von McCartney untersucht worden ist.“

Willkommene Publicity

Ob Paul McCartney nun der Vater ist oder nicht – an der Spree wird von der angeblichen Beatle-Tochter wieder geredet, was ihr keinesfalls ungelegen kommt. In jugendlicher Unbekümmertheit versucht sie, im Schlagergeschäft Fuß zu fassen. Der Publicity-Rummel und ihr selbstsicher gewählter Künstlername „Bettina McCartney“ verhalfen ihr bislang zu zahlreichen Auftritten in Berliner Tanzschuppen. Die Honorare bewegen sich jedoch, bezogen auf das übliche Beatle-Salär, in vergleichsweise dürftigem Rahmen: Für einen oder auch schon mal drei Hunderter pro Abend trällert Bettina „mit kräftigem Stimmchen“, so die Fachpresse, alte Presley-Songs.

Ein karrierehinderliches Übergewicht hat der angebliche Cartney-Sproß mit Selters und Salaten mittlerweile abgebaut, so daß ein Produzent dem singenden Aschenputtel jetzt sogar eine Single spendierte. Der beziehungsreiche Titel: „Let it be me ...“



Ein Kleinod preußischer Baukunst in der Rekonstruktion: die gestern eingeweihte Kirche. Das Original hatten die Hugenotten 1705 erbaut. FOTO: JÜRGENS

Zwei getrennte Gemeinden, ein Dom und das Hohenzollern-Lob in Ost-Berlin

39 Jahre nach ihrer Zerstörung wurde die Kirche der Hugenotten neu geweiht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ein Lob der Hohenzollern prangt seit gestern mittag mitten in Ost-Berlin am Fries eines Gotteshauses, das gestern zwei getrennte Gemeinden einte: Berlins französisch reformierte Protestanten – 350 in Ost, 1500 in West – feierten 39 Jahre nach der Bombennacht vom Mai 1944 die Wiedereinweihung ihrer Kirche. Sie steht, mit dem Spruch versehen „Gott zur Ehre, der Gemeinde zum Segen, unter dem Schutz der Hohenzollern erbaut“ auf Berlins einst prominentestem Platz *neben dem Lustgarten – am* Gendarmenmarkt.

Rund 7,5 Millionen Mark kostete diese Rekonstruktion eines Kleinods preußischer Baukunst von 1705. Inmitten der riesigen Baustelle eines Platzes, den die „DDR“-Führung zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 mit Glanz und Gloria wieder herrichten will, nimmt sich das Kirchlein schlicht und bescheiden aus.

„Wir werden uns in der neuen Kirche zuerst wie verloren fühlen“, meinte Pfarrer Friedrich Welge aus Ost-Berlin. Nach der Kriegsnacht zog das kleine Häuflein der Nach*fahren der Hugenotten, die der* Große Kurfürst ins karge Brandenburg ließ, in den benachbarten Kuppelbau ein.

Der Turmbau im alten Herzen Berlins geht auf eine „Ordre“ des Alten Fritz zurück – seither gehört dieser Dom-Teil folglich dem Staat. Heute dem Ostberliner Magistrat, der auch für die Restaurierung der vergoldeten Figur auf der kupferbeschlagenen Kuppel aufkam. In 70 Meter Höhe schwenkt eine allegorische Frauengestalt Richtung Machtzentrum der SED ihren Palmzweig.

Im „Neuen Deutschland“ behalf man sich einst bei der Beschreibung mit dem Hinweis auf eine „symbolische Figur“. Daß es sich dabei um den „Triumph der Religion“ handelte, war für die Redaktion des Parteiblatts wohl doch zuviel des Guten ...

Die Mittel für den Kirchbau stammten zum größten Teil aus Spenden der bundesrepublikanischen Landeskirchen. Das Finanzierungsmodell „Neubauten gegen harte Devisen“ bewährte sich bereits bei der Wiedererrichtung des wilhelminischen Doms vis-à-vis des Prunkbaus der „DDR“, dem „Palast der Republik“.

Schon am Samstag drückten Ostberliner Spaziergänger zu Dutzenden die noch verschlossene Türklinke des Neubaus.

Um den Andrang zu steuern, gab die Kirchgemeinde gestern Eintrittskarten für die 600 Plätze aus. Der Premieren-Gottesdienst war per Lautsprecher auch in Nebenräumen zu verfolgen. Auf den Ehrenplätzen fanden sich die Bot*schafter der USA, Frankreichs und* Großbritanniens samt alliierten Offizieren in ihren Ausgehuniformen ein. Prominente und namenlose Gäste erlebten eine Kirche, deren westliche Teil-Gemeinde in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms residiert.

Ihre Pastorin Horsta Krum sprach ein Grußwort an die Bruderkirchen im Westen.

Als ihre neue Heimat betrachten künftig auch die rund 400 verbliebenen lutherischen Protestanten der Ruine der „Friedrich-Werderschen Kirche“ den erneuerten Bet-Saal der „Réfugies“ aus Frankreich.

Es war der Große Kurfürst, der 1685 durch sein berühmtes „Edikt von Potsdam“ den Zug der französischen Flüchtlinge ins Preußische ermöglichte. Die Nachfahren der Bartholomäusnacht-Opfer brachten den wackeren, aber ungehobelten Berlinern Stil, Witz, Grazie und Lebensart bei – eben „komment“.

Glaubt man den Folianten, sprach damals jeder dritte Hauptstädter nur Französisch. Dichter und Künstler wie Theodor (oder Théodore) Fontane, der geniale Schauspieler Ludwig Devrient und die berühmte Familie der „de Mai*zière“ führten hugenottisch-französisches* Blut.

Im Blatt der Ost-CDU, der „Neuen Zeit“, war kürzlich nachzulesen, was Carl Ludwig Freiherr von Pöllnitz 1791 über die Neu-Preußen schrieb: „Sie haben Überfluß und Wohlstand eingeführt und diese Stadt zu einer der schönsten Europas gemacht. Durch sie kam der Geschmack an Künsten und Wissenschaften zu uns. Sie milderten unsere rauhen Sitten.“ Die Hugenotten schlugen die ersten Marktstände auf, pflasterten Straßen und erfanden den Schutzmann.

Mit dem Alten Fritz gab's aller*dings auch Ärger: Denn um zur* Kirche zu gelangen, mußten sich die Gläubigen bisweilen ihren Weg durch die dampfenden Pferdeleiber der „Gens d'armes“ bahnen, die nahebei ihre Ställe unterhielten.

Luxusverbrauch an Herzschrittmachern?

Deutsche Experten warnen vor zu rascher Implantation

Von JOCHEN AUMILLER

Die Herzschrittmacher-Industrie in der Bundesrepublik blüht, *vor allem dank der tatkräftigen* Unterstützung der Ärzte. Möglicherweise blüht sie sogar zu üppig. Schrittmacher werden nicht nur allzu großzügig eingepflanzt, sondern auch häufig schon ausge*tauscht, wenn ihre Leistungsfähig*keit noch lange nicht erschöpft ist, regen sich kritische Töne nicht nur in den USA.

Den Mut zu einer ähnlichen Kritik fand jetzt auch in Deutschland eine Kardiologengruppe der Technischen Hochschule in Aachen unter Leitung von Professor Effert in Zusammenarbeit mit Professor Irnich vom Institut für Medizinische Technik der Universität Gießen. Die Experten bedauerten den Luxusverbrauch an Herzschrittmachern nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch, weil sie wissen, „daß eine Schrittmacherimplantation durchaus mit nennenswerten Risiken verbunden ist“.

Kein Zweifel kann freilich daran bestehen, daß die Entwicklung der Herzschrittmacher ein Meilenstein in der modernen Kardiologie geworden ist. Allein in der Bundesrepublik werden seit 1978 jährlich mehr als 30 000 Schrittmacher eingepflanzt, „implantiert“, wie die Mediziner sagen. Bei speziellen *Herzrhythmusstörungen* vermag der Schrittmacher nicht das Leben zu retten, viele dieser Patienten merken dann gar nicht mehr, daß sie herzkrank sind – ein Geniestreich der Medizintechnik, der unverständlicherweise *nie* mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die Ärzte schienen sich auf diesen Fortschritt geradezu zu stürzen. In der Bundesrepublik verzeichnete man von 1970 bis 1976 insgesamt eine Steigerungsrate von 776 Prozent. Ähnlich war es in den USA. Dort fiel beispielsweise dem Brooklyn Hospital in New York 1976 auf, daß die Implantationshäufigkeit innerhalb von vier Jahren um 600 Prozent hochgeschnellt war. Im gleichen Zeitraum nahm aber die Patientenzahl nur um 15 Prozent zu. Zweifel regte sich, ob da nicht des Guten zuviel getan werde. Der Verdacht erhärtete sich. Nachdem ein Kardiologengremium Richtlinien für den Einsatz von Schrittmachern ausgearbeitet hatte, sank die Zahl der jährlichen Implantationen daraufhin in *den Jahren 1977 bis 1978 um mehr* als 50 Prozent. Was sich so anschaulich im Brooklyn Hospital abspielte, soll sich in vielen amerikanischen Kliniken ebenfalls zugetragen haben.

„Vor *diesem Hintergrund*“, so kommentieren nun die deutschen Experten, „stellt sich die Frage, ob nicht auch in der Bundesrepublik zu viele Schrittmacher aus zweifelhafter Indikation implantiert werden.“ Die Bestätigung des Verdachts fällt ihnen nicht schwer. Dazu braucht nur die sogenannte Gesamtimplantationsrate in Erst- und Austauschimplantationen aufgeteilt zu werden. Danach zeigt sich in den letzten fünf Jahren ein weiterer Anstieg von Erstimplantationen. Das bedeutet aber, daß in den Kliniken zunehmend häufig entschieden wird, Herzrhythmusstörungen mit einem Schrittmacher zu behandeln.

Künftig sollte die Entscheidung, ob eine Schrittmacher-Implantation tatsächlich zwingend ist, kritischer gefällt werden, fordern daher *die Experten. Bei einer Reihe von* Ursachen für Rhythmusstörungen sei noch längst kein Nutzen nachgewiesen, andere „Taktunregelmäßigkeiten“ des Herzens ließen sich auch medikamentös zufriedenstellen.

Seite 2: Zu viele Schrittmacher

Kaum noch Hoffnung auf Rettung der „Siddharta“

Falschmeldungen irritieren Suche nach deutscher Yacht

dpa, Singapur

Mit immer weniger Hoffnung, noch Überlebende zu finden, ging gestern im Südchinesischen Meer die Suche nach der seit einer Woche verschollenen deutschen Yacht „Siddharta“ und ihren sechs Besatzungsmitgliedern weiter. Bereits in der Nacht gestartet, um beim Hellwerden über dem Suchgebiet zu sein, flog ein Rettungsflugzeug mit geschulten Beobachtern an Bord den näheren und weiteren Umkreis der gefürchteten und normalerweise gemiedenen Spratley-Inselgruppe ab.

Von dort hatten sich der Yachtbesitzer Peter Marx, seine Frau Jenny aus Singapur und die vier Kölner Funkamateure zum letztenmal am 10. April authentisch mit einem dramatischen SOS gemeldet und gefunkt, sie würden bei Annäherung der Küste von dort beschossen. Die Yacht sei in Brand geraten. Die Kölner wollten von den Spratleys eine Funkbrücke in alle Welt schlagen.

Vier Tage später waren dann noch einmal verzweifelt klingende Notsignale aufgefangen worden, in denen es hieß, vier der ursprünglich sechs Besatzungsmitglieder seien noch am Leben. Die Echtheit dieser Funksprüche ist umstritten.

Auf den Spratleys, die als „Gefahrengebiet“ gelten, unterhalten mit Vietnam, den Philippinen und Taiwan mindestens drei Länder militärische Stützpunkte. Sie wollen damit ihren Hoheitsanspruch auf die Inseln unterstreichen, in deren Nähe reiche Ölvorkommen vermutet werden. Auf dem südlichsten Ausläufer „Amboyna Cay“, wo möglicherweise die Yacht unter Beschuß kam, sollen die Vietnamesen eine beachtliche Garnison haben.

In Singapur und in Brunei befürchtet man, daß die Verschollenen nicht mehr am Leben seien. Die Theorie, daß die technisch und funkmäßig hervorragend ausgerüstete „Siddharta“ vielleicht noch irgendwo wohlbehalten kreuzt und möglicherweise wegen Stromausfalls nicht senden kann, wird allgemein verworfen. Die Suchflugzeuge, meinen Kenner, hätten den 17 *Meter langen und sehr breiten* Katamaran mit dem gelben Aufbau auch aus großer Höhe bereits ausgemacht. Bisher ist nicht die geringste Spur von der Yacht entdeckt worden. Es wird allerdings auch noch für möglich gehalten, daß die verschollene Besatzung von Soldaten einer fremden Macht gefangengehalten wird.

Falschsignale, die vermutlich *aus reiner Sensationslust gesendet* werden, hemmen die Suche immer wieder. So hatte ein malaysischer Funkamateur die ganze Welt durch die „Tartaren-Nachricht“ alarmiert, er habe abgehört, daß ein sowjetisches Atomunterseeboot vier Überlebende gerettet habe.

Ausschuß regt Billig-Programm für Raumfahrt an

AP, Washington

Angesichts weiterhin beschränkter Finanzmittel soll sich die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa nach den Vorschlägen eines Experten-Ausschusses bis zum Ende des Jahrhunderts auf kostengünstige „Billig-Unternehmen“ zur Erforschung des erdnahen Weltraums konzentrieren. Der Ausschuß für die Erforschung des Sonnensystems schlug jetzt vor, neben den für *dieses Jahrzehnt geplanten Flügen* zu Jupiter und Venus bis zum Jahr 2000 auch den Mars, den Saturn-Mond Titan und einen oder mehrere Kometen zu erforschen. Um die Kosten niedrig zu halten, regt der *Ausschuß an, Planetensonden* auf der Grundlage jetzt schon benutzter Satelliten zu entwickeln und für die Reisen in die Grenzbezirke unseres Sonnensystems eine Forschungssonde (Mariner II) zu entwerfen. Diese Sonde könnte auch einen Kometen und Asteroiden erforschen. Für das Planetenprogramm sollten ab 1984 jährlich 60 Millionen Dollar, für „Mariner II“ 100 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden.

Tod auf der Straße

AP, Deggendorf

Drei Tote hat ein Verkehrsunfall im Landkreis Deggendorf (Niederbayern) gefordert, bei dem am Samstagabend ein 20jähriger Mann in den umgekippten Wagen seines jüngeren Bruders fuhr. Dieser war mit seinem Wagen von der Fahrbahn abgekommen und gegen eine Böschung geprallt. Der Wagen wurde auf die Fahrbahn zurückgeschleudert. Der nachfolgende zweite Wagen raste in das Wrack. Dabei wurden der Bruder des Fahrers, ein 21jähriger *Beifahrer* und ein 17jähriges Mädchen getötet.

Schlagbaum stoppte Jagd

dpa, Göttingen

Bei der Verfolgung eines Autodiebs ist ein Göttinger Streifenwagen in der Nacht zu gestern bei Reifenhausen (Kreis Göttingen) in einen Schlagbaum an der Grenze zur „DDR“ gerast. Der hölzerne Absperrbalken auf dem Gebiet der Bundesrepublik zersplitterte. Die beiden Polizeibeamten mußten verletzt in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Autodieb entkam.

Indischer Satellit gestartet

AFP, Neu-Delhi

Ein indischer Forschungssatellit ist gestern morgen erfolgreich auf eine Erdumlaufbahn gebracht worden. Eine 17 Tonnen schwere, vierstufige Rakete mit festem Brennstoff wurde benutzt, die auch als Trägerrakete mittlerer Reichweite für Gefechtsköpfe dienen könnte.

Großbrand im Hafen

dpa, Duisburg

Bei einem Großbrand in einer Holzlagerhalle im Duisburger Hafengebiet ist am Samstagabend nach ersten Schätzungen ein Sachschaden von sechs Millionen Mark angerichtet worden. Über eine Stunde lang stand ein mächtiger Rauchpilz über dem Hafengelände, während immer wieder Gasflaschen explodierten.

Älteste Zwillinge getrennt

SAD, Morae

Das älteste bekannteste Zwillingspaar der Welt wurde jetzt durch den Tod getrennt, als die 101 Jahre alte Elizabeth Brown English in einem Altenheim in Morae, Georgia, starb. Sie und ihre Schwester Lucy kamen am 13. Januar 1882 in einer Blockhütte zur Welt.

Bus in Gruppe gerast

dpa, Seoul

Zwölf Menschen sind in Südkorea getötet und etwa zwanzig weitere verletzt worden, als ein Omnibus in eine Fußgängergruppe raste. Der Fahrer hatte nahe der Ortschaft Nonsan, 152 Kilometer südlich der Hauptstadt Seoul, beim Überholen eines Radfahrers die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren. Die meisten Opfer sind Frauen, die sich auf dem Weg zur Arbeit auf den Feldern befanden.

Kochtopf explodiert

SAD, Perugia

Vier Frauen wurden schwer, zwei von ihnen lebensgefährlich verletzt, als in einer Großküche in Perugia ein großer Dampfkochtopf explodierte. Teile des platzenden Topfes hatten ihnen schwere Verbrennungen zugefügt.

17 Opfer bei Absturz

rtr, Khartum

Beim Absturz eines liberischen Flugzeuges sind am Samstag mindestens 17 Menschen getötet worden, darunter der Direktor der Fluggesellschaft Air Liberia. Die Maschine vom Typ Hawker Siddley stürzte kurz nach dem Start auf ein rund drei Kilometer vom Flughafen entferntes Wohngebiet. Acht der neun Passagiere verbrannten; mindestens neun Personen einer sudanesischen Familie, die die Einweihung ihres neuen Hauses feierte, wurden getötet.

LEUTE HEUTE

Kapituliert

„Die letzten Tage waren die reinste Hölle: Ich will dort nie wieder hin!“ Das erklärte der britische Abenteurer **David Hempleman-Adamz** (26) nach dem Scheitern seines waghalsigen Unternehmens, *den Nordpol zu Fuß zu erreichen.* Der völlig entkräftete Brite war Sonnabend von einer zweimotorigen „Twin Otter“ aus der Eiswüste geholt und zurück zum Stützpunkt „Operation Cäsar“ gebracht worden.

Grimms Märchen

Aller guten Dinge sind drei, scheint sich der texanische Ölmagnat **Jack Grimm** zu sagen; er ist jedenfalls bereit, ein drittes Mal auf die Suche nach der versunkenen „Titanic“ zu gehen. Die beiden Fehlschläge sollen den ungebrochen optimistischen Amerikaner schon mehr als zehn Millionen Dollar gekostet haben.

Ratenzahlung

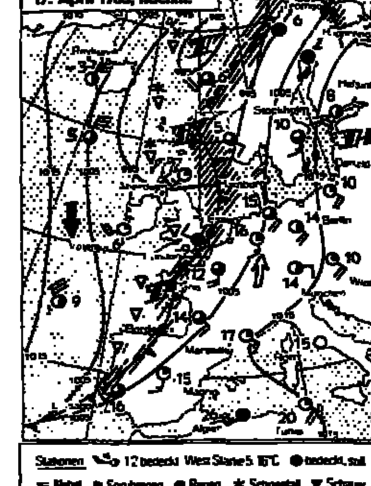
US-Präsident **Ronald Reagan** und seine Frau **Nancy** haben den Rest ihrer fälligen Einkommensteuer für 1982 bezahlt und an den Staat einen Scheck über 124 582 Dollar übersandt. Einen Teil der Gesamtsteuersumme von 292 616 Dollar – 39,5 Prozent des Einkommens – hatten sie schon früher überwiesen. Mit dem Rest hatten sie sich wie Millionen US-Bürger Zeit bis kurz vor dem Fälligkeitstermin gelassen. Im vergangenen Jahr hatten die Reagans 165 291 Dollar Einkommensteuer gezahlt.

Geld spielt keine Rolle

Der saudiarabische **König Fahd** demonstriert in London auf überzeugende Weise, daß Geld für ihn keine Rolle spielt. Er läßt sich nur wenige Minuten vom Buckingham Palast entfernt ein vierstöckiges Stadtpalais mit 52 Räumen herrichten, bei dem alleine die Umbauten fast 100 Millionen Mark kosten. Im Garten wird ein zweistöckiger, unterirdischer Swimming-pool-, Sauna- und Massageraumkomplex gebaut.

WETTER: Es bleibt mild

Wetterlage: Zwischen hohem Luftdruck über dem östlichen Mitteleuropa und einer von der Biskaya bis zum Nordmeer reichenden Tiefdruckrinne wird sehr milde Luft nach Deutschland geführt. Schwache Tiefausläufer erfassen den Westen des Bundesgebietes.



Vorhersage für Montag:

Südwesten und Nordwesten: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung und gelegentlich leichter Regen. Höchsttemperaturen 17 bis 21 Grad. Auch nachts zeitweise Regen und Abkühlung auf 12 bis 9 Grad. Mäßiger bis frischer Wind um Süd.

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und trocken. Nachmittagstemperaturen nahe 22 Grad. Nachts wolkenarm und Abkühlung auf 9 bis 3 Grad. Mäßiger Wind aus Süd bis Südost.

Weitere Aussichten für Dienstag: Wolkig, gelegentlich Regen, weiterhin mild.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	18°
Bonn	17°	Kopenh.	10°
Dresden	13°	Las Palmas	20°
Essen	16°	London	9°
Frankfurt	15°	Madrid	15°
Hamburg	15°	Mailand	14°
List/Sylt	12°	Mallorca	16°
München	14°	Moskau	2°
Stuttgart	15°	Nizza	14°
Algier	26°	Oslo	7°
Amsterdam	11°	Paris	12°
Athen	15°	Prag	12°
Barcelona	14°	Rom	15°
Brüssel	14°	Stockholm	10°
Budapest	9°	Tel Aviv	18°
Bukarest	12°	Tunis	20°
Helsinki	8°	Wien	10°
Istanbul	10°	Zürich	13°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 6.20 Uhr, Untergang: 20.24 Uhr, Mondaufgang: 10.26 Uhr, Untergang 2.39 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

„Jonny Cash war nicht voll an Bord“

rb. Bonn

Millionen Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik, in Österreich und der Schweiz waren am Samstag abend bei der ZDF-Sendung „Wetten daß ...“ Zeugen des blamablen Auftritts des amerikanischen Country-Sängers Jonny Cash. Der Star trat zwar wie gewöhnlich ganz in Schwarz gekleidet auf, was er am Vorabend seines Tournee-Starts durch zahlreiche deutsche Städte jedoch bot, war nur ein Bruchteil seines Könnens: Kraftlos die legendäre Stimme, unsicher die Haltung, unverständlich die Worte. War Jonny Cash krank? Hatte er während des Flugs über den Atlantik zu tief ins Glas geschaut?

„Es kann nicht geleugnet werden, daß Jonny Cash fast aus den Pantinen gekippt wäre“, gab ZDF-Pressesprecher Fritz Hufen zu. „Er war tatsächlich nicht voll an Bord. Doch was die Ursache seiner miserablen Vorstellung war, kann ich nicht sagen. Fest steht nur, daß Cash keine Proben mitgemacht hat. Das verträgt sich nicht mit dem Professionalitätsverständnis der amerikanischen Stars. Künftig verlangen wir jedoch auch von ihnen Teilnahme an den Proben – Professionalität hin, Professionalität her.“

Ein „Steinbock“ überspringt die Anden

Südamerika soll durch das „Projekt Steinbock“ verkehrsmäßig besser erschlossen werden. Vorgesehen sind direkte Straßen- und Eisenbahn-Verbindungen zwischen Atlantik und Pazifik, die entlang des Wendekreises des Steinbocks verlaufen werden.

Die Topographie des Subkontinents – *ein abweisendes Interieur* und die schroffe Barriere der Kordilleren in seiner Nord-Süd-Ausdehnung – sowie die Ballungszentren am Küstensaum erschwerten eine Integration der südamerikanischen Republiken.

Bis vor wenigen Jahren noch waren Metropolen an der Ostküste stärker nach Europa oder Nordamerika zugewandt als mit der Pazifik-Küste des eigenen Erdteils verbunden. Besonders im Postverkehr und im Güterumschlag zur See gab es kuriose Umwege.

Die politische Einigung und wirtschaftliche Kooperation Südamerikas krankt an der verkehrstechnischen Rückständigkeit. Das von interessierten Regierungen und der Wirtschaft konzipierte „Projekt Steinbock“, das infolge der angespannten Finanzlage der betroffenen Länder kaum vor dem Jahre *2000 verwirklicht werden* kann, umfaßt:

- Eine die Südspitze Südamerikas durchquerende Fernstraße vom chilenischen Hafen Antofagasta über die Anden zur argentinischen Stadt Salta, der paraguayischen Hauptstadt Asuncion zum brasilianischen Hafen Santos.
- Eine vom chilenischen Hafen Iquique ausgehende und parallel zu der Fernstraße verlaufende Ei*senbahn-Linie nach Santos, die* ebenfalls über Salta und Asuncion führt.



An der transandinen Fernstraße von Antofagasta nach Salta wird bereits im chilenischen Planungsministerium auf den Reißbrettern *gearbeitet. Dieses Vorhaben wird* von den Vereinten Nationen unterstützt.

Soweit ist es mit der Eisenbahn-Trasse noch nicht. Vorerst liegt hierzu nur der Wunsch einer Wirtschaftsgruppe vor, der Unternehmer aus Argentinien, Bolivien, Chile und Paraguay angehören. Die Regierungen dieser Staaten scheuen noch vor bindenden Abmachungen zurück.

*Deshalb setzt Brasilien erst ein*mal auf eine zweite Straßenverbindung zum Pazifik: Die Landesstraße 364 von der Hauptstadt Brasilia über Cuiaba (Mato Grosso) und Porto Velho (Rondoia) nach Rio *Branco (Bundesstaat Acré) wird* asphaltiert.

Vor allem im Ballungsgebiet São Paulo wartet man auf kürzere Absatzrouten zum Pazifik – der Schiffahrtsweg durch die Magel*lan-Straße und den Panamakanal* ist zeitraubend und kostenträchtig.

In Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, wird das „Projekt Steinbock“ freilich mit Mißtrauen betrachtet. Man befürchtet ein *wirtschaftspolitisches Vordringen* der Brasilianer und eine schwindende Bindung der eigenen Nordprovinzen an die Zentrale. Buenos Aires würde seine dominierende Rolle für das Hinterland im Ein*zugsgebiet des Parana-Stromes* einbüßen.

MANFRED NEUBER

ZU GUTER LETZT

Erschossener Türke von Kugeln förmlich durchsiebt. Überschrift einer dpa-Meldung